Zocker ausbremsen, S. 7

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 20 – 22. Mai 2010

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Bundeskanzlerin Merkel weiß, dass sie mit den beiden Rettungsaktionen für Griechenland und den Euro unendlich hoch gepokert hat: Der Druck auf sie war noch selten so groß.

Bild: eyevine

Deutschland verliert

Die Folgen der neuen Rettungspakete werden erkennbar – Strapazierte Phantasie

Nach dem doppelten Rettungspaket für Griechenland und den Euro legt sich der Staub der neuesten Finanzmarktkrise nur langsam. Die zurückliegende Woche stand noch ganz im Zeichen europaweiter Anstrengungen, das Debakel in den Griff zu bekommen.

Keine 48 Stunden vergingen zwischen dem kaum verklausulierten „Nein" der Kanzlerin zu einer Steuer auf Finanzmarkttransaktionen auf dem DGB-Kongress am Sonntag und ihrem „Ja" am Dienstagmorgen. Dazwischen, so heißt es offiziell, stand nicht etwa ein Umdenken der Regierungschefin, sondern ein Sinneswandel in anderen Ländern der EU, aber auch das Einlenken der FDP. Die Liberalen wollten sich offenbar angesichts der kalten Dusche in Nordrhein-Westfalen und unter massivem Druck des Koalitionspartners dem Vorhaben nicht länger verschließen.

Die schnelle Kehrtwende in dieser Frage ist bezeichnend für die fast schon wirre Unübersichtlichkeit, mit der in diesen Tagen in ganz Europa finanzpolitische Positionen zur Disposition gestellt werden. Überraschend schnell gab Großbritannien nun seinen jahrelangen Widerstand gegen die strengere Regulierung von Hedgefonds auf, und die EZB versuchte die Scharte ihres im Grunde satzungswidrigen Kaufs von Staatsanleihen binnen Tagen auszuwetzen.

> Deutschland gilt in Brüssel als Verlierer der Euro-Rettung

Noch ist unklar, wie sich die finanzpolitische Landschaft Europas nach diesen Tagen sortieren wird. Deutschland gilt in Brüssel aber schon jetzt als der große Verlierer der Euro-Rettung, der Ton einiger Kommentare etwa in der britischen Presse ist mitleidig.

Doch die deutsche Politik scheint nicht nur von mächtigen Akteuren der Finanzmärkte im Zusammenspiel mit interessierten EU-Ländern nachgerade erpresst worden zu sein. Sie wirkt auch ratlos bei der Frage, wie es nach der Serie gewaltiger Rettungsaktionen weitergehen soll.

Was soll man etwa von der Empörung der Politik über die Worte von Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann halten, Griechenland werde seine Schulden – Rettungspaket hin oder her – auf Dauer wohl nicht bedienen können. Das pfeiffen in ganz Europa die Spatzen von den Dächern. Ist die Empörung über diese Worte also komplett gespielt? Oder unterstellt man Ackermann – wie durchaus angesehene Finanzwirtschaftler es tun –, er habe im Wissen um die Wirkung seiner Äußerung im Fernsehen seine Händler zuvor so disponieren lassen, dass die absehbaren Kursbewegungen zu einem Geldsegen für sein Institut würden?

Die enormen Summen, die die Politik in diesen Tagen aufwendet, um angeblich drohende Katastrophen abzuwenden, scheinen aber nicht nur das Vorstellungsvermögen der Akteure in den Hauptstädten zu strapazieren. Auch die Finanzmärkte selbst finden keine klare Meinung zur Euro-Rettung: An der Börse geht es seit Tagen auf und ab. Nur der Euro selbst kennt nur eine Richtung: Sein Außenwert verfällt. *Konrad Badenheuer*

Konrad Badenheuer:

Fell des Bären

Im Schatten der Euro-Krise scheint sich etwas zu bewegen in Sachen Afghanistan. Ende vergangener Woche war Präsident Hamid Karzai in Washington und suchte bei US-Präsident Obama grünes Licht für direkte Verhandlungen mit den Taliban. Noch vor wenigen Wochen war unklar, ob Washington Karzai nach den massiven Unregelmäßigkeiten bei dessen „Wiederwahl" im Herbst und provozierenden Äußerungen, in denen Karzai die Isaf in die Nähe von Besatzern rückte, überhaupt empfangen würde.

Nun ist nicht nur das Geschehen, auch die Inhalte der Beratungen frappieren. Das Ziel der Verdrängung der Taliban aus dem politischen Leben Afghanistans scheint aufgegeben zu sein, es geht nur noch um das Ausmaß der Zugeständnisse. Soll man sofort (Karzai) oder erst nach einer Sommeroffensive im Süden (Obama) mit ihnen reden? Den „Fußtruppen" der Taliban will man großzügig helfen, aber wie weit soll man den Anführern entgegen kommen? Und welche Rolle soll Mullah Omar, der De-facto Herrscher der Jahre 1996 bis 2001, wieder spielen können?

Der Westen scheint in Afghanistan um Schadensbegrenzung bemüht zu sein. Das ließ nun auch Verteidigungsminister zu Guttenberg durchblicken, der zuletzt ein „Mindestmaß an selbsttragender Stabilität" in Afghanistan verlangte und davon sprach, man müsse in Kauf nehmen, dass sich dort „Stämme bekämpfen". Im Klartext: Man überlässt den Taliban Teile des Landes. Die gute Nachricht: Der Westen beginnt, seine Niederlage zu akzeptieren. Die schlechte: Bis zum Abzug wird eher noch mehr Blut fließen, denn ab sofort wird das Fell des Bären verteilt.

Landesprogamm Cannabis-Anbau?

Linkspartei: Fragiler Burgfriede in Rostock – Gysi als Übervater im Hintergrund

Die Linkspartei hat eine neue Führungsspitze und zeigte auf dem Bundesparteitag in Rostock ungeahnte Einigkeit. Aber nach dem Parteitag dürften die alten Zwistigkeiten eher noch schlimmer werden, weil die Integrationsfigur Oskar Lafontaine aus Altersgründen abgetreten ist. Die Partei bleibt ein heterogener Haufen und ist zutiefst in Grabenkämpfen zerstritten.

Im Wesentlichen zerfällt die Linkspartei in zwei Lager: Einerseits die alten SED- und PDS-Kader aus dem Osten, die für jede Regierungsbeteiligung mit der SPD offen sind. Die sind zwar links, aber doch auch pragmatisch, und sie konnten ihre zweifelhafte Regierungskunst bereits in Brandenburg, Berlin, früher auch in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern demonstrieren. Dabei schreckte die Linkspartei gerade in Berlin auch vor harten Sparbeschlüssen nicht zurück.

> In NRW sind die Ziele der Linken schlicht radikal

Von Realitätsnähe aber kann man bei den West-Linken kaum sprechen: Die bestehen aus Linksutopisten und Radikal-Gewerkschaftlern aus der ehemaligen WASG, sowie Leuten mit zwielichtiger linksextremer Herkunft, ehemaligen DKP-Kadern, Leninisten, Sektierern. Ein drastisches Beispiel für diese Art der Realitätsverweigerung ist ausgerechnet der Landesverband Nordrhein-Westfalen, der nun in den Landtag eingezogen ist und über die Macht im bevölkerungsreichsten Bundesland mitentscheiden kann. Die NRW-Linken fordern die Verstaatlichung des Banken- und Energiesektors, das Ende von Religionsunterricht und Bundeswehr, ein „Recht auf Rausch", ein Landes-Programm Cannabis-Anbau sowie staatsfinanzierte Förderung von Lesben- und Schwulen-Initiativen für Jugendliche.

Auffällig, dass vom Führungsstreit zu Jahresbeginn, als Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch, einer der profiliertesten „Realos", wegen angeblicher Indiskretionen über Lafontaine seinen Posten verlor, in Rostock keine Rede mehr war. Die direkte Debatte, die Konfrontation mit offenem Visier ist offensichtlich nicht die Sache der Sozialisten – man stichelt lieber hintenherum, über die Presse.

Die SED-Erben demonstrierten also einen Burgfrieden, der kaum anhalten wird, denn die neuen Chefs Klaus Ernst und Gesine Lötzsch sind einfach zu schwach dafür. Im Hintergrund dürfte Gregor Gysi als eine Art Übervater der Partei die Fäden ziehen. *Anton Heinrich*

Zweite Welle

Geburtenrückgang scheint unaufhaltsam

Die Zahl der Geburten in Deutschland ist 2009 erneut deutlich zurückgegangen (genaue Zahlen auf Seite 24). Damit schlägt immer stärker die „zweite Welle" des Geburtenknicks zu, der Ende der 60er Jahre eintrat: Noch in den 90er Jahren wurden die Frauen der „Baby-Boom"-Ära der 60er Jahre Mütter, weshalb in jener Zeit in Deutschland in einzelnen Jahren noch mehr als 800 000 Kinder geboren wurden. Heute sind an ihre Stelle die Frauen der geburtenschwächeren Jahrgänge getreten, weshalb die Geburtenzahl nun weiter kontinuierlich abnimmt. Demographen hatten, kaum beachtet und oft angefeindet, diese weitere Abwärtsentwicklung schon vor 40 Jahren vorhergesagt.

> Bei Einheimischen 70 Prozent weniger

Auch die ethnische Zusammensetzung des Nachwuchses hat sich drastisch verändert. Im Rekordjahr 1964, als 1,36 Millionen Kinder geboren wurden, waren diese noch fast ausschließlich deutscher Abkunft. Heute hat laut Schätzung rund ein Drittel der Neugeborenen einen Immigrationshintergrund. Die Zahl der Kinder einheimischer Eltern ist somit seit 1964 um mehr als zwei Drittel gefallen. *Hans Heckel*

MELDUNGEN

Berlin laviert gegenüber Iran

Berlin – In Deutschland lebende iranische Exilanten mokieren sich über die deutsche Zurückhaltung bei der Aufnahme von in der Türkei gestrandeten iranischen Oppositionellen. Hierbei handele es sich um gut Ausgebildete, die im Iran politisch verfolgt seien und teilweise bereits inhaftiert waren. Die Regierung Erdogan toleriert die Flüchtlinge zwar, doch da Ankara gute Beziehungen mit Teheran anstrebt, will es die Regimekritiker nicht offiziell aufnehmen. Während die USA bereits 1169, Kanada 255, Australien 89, Schweden 45 und Norwegen 140 Iraner aus der Türkei aufgenommen hat, hat Berlin die Anfragen der 80 Journalisten, Ärzte und Studenten, die nach Deutschland wollen, bisher nicht beantwortet, obwohl Hamburg, Berlin und Nordrhein-Westfalen bereits erklärt haben, einige Iraner aufnehmen zu wollen. Ruprecht Polenz, Außenexperte der CDU, sieht nun die Glaubwürdigkeit der deutschen Iranpolitik auf dem Spiel. Man müsse Teheran durch die Aufnahme zeigen, dass man seinen Umgang mit Oppositionellen nicht gutheiße. *Bel*

Selbstmörder werden jünger

Tokio – 32845 Japaner nahmen sich 2009 das Leben. Zwar hat Japan eine traditionell hohe Suizidrate – sie ist ziemlich genau doppelt so hoch wie in Deutschland – doch die neueste Entwicklung ist selbst für japanische Verhältnisse besorgniserregend. Nicht nur ist die Zahl weiter gestiegen, die Täter sind auch immer jünger. „Selbstmorde galten als ein Problem der mittleren Jahrgänge, aber nun breiten sie sich in der Generation der 20- bis 30-Jährigen aus", so ein Experte der Beratungsstelle für Selbstmordgefährdete. Die steigende Arbeitslosigkeit und die immer härteren Arbeitsbedingungen nähmen jungen Menschen den Lebensmut. *Bel*

Nach dem Debakel: Jeder gegen jeden

In der Union wird nur noch gestritten – über Bildung, Kita, Atomkraft und Finanztransaktionssteuer

Der Schock sitzt tief nach der NRW-Wahl: In Berlin wird mehr gestritten als regiert, und CDU-Chefin Angela Merkel muss feststellen, dass sie auch unter Parteifreunden keineswegs so unumstritten ist, wie sie selber wähnte.

Ein Warnschuss sei es gewesen, das Wahldebakel von Düsseldorf, räumte ein sichtlich zerknirschter Guido Westerwelle ein. Das mag für den liberalen Part des schwarzgelben Regierungsbündnisses in Berlin zutreffen. Beim Seniorpartner CDU/CSU hingegen sieht es zwei Wochen danach eher so aus, als sei der vermeintliche „Schuss vor den Bug" ein kapitaler Volltreffer gewesen – die Union beschwört Einigkeit und gibt sich zugleich total zerstritten.

Bittere Konsequenz: Die kühnen Reformprojekte, mit deren Ankündigung Merkel und Westerwelle im vergangenen Herbst die Bundestagswahl gewonnen hatten, drohen nun endgültig auf der Strecke zu bleiben. Es rächt sich, dass die Berliner Koalitionäre glaubten, erst nach der Landtagswahl im bevölkerungs- und wählerstimmenstärksten Bundesland dürfe man mit dem Regieren beginnen. Das Ergebnis aber zeigte: Angst vor dem eigenen Volk zahlt sich am Ende doch nicht aus.

Beispielhaft ist der aktuelle Streit um eine Verlängerung der Laufzeiten der deutschen Atomkraftwerke. Vor der Bundestagswahl hatten Union und FDP hinreichend klar gemacht, dass sie auf diesem Weg den behutsamen Ausstieg aus dem rot-grünen Atomausstieg einleiten wollten. Sie haben gewusst, dass es nicht einfach werden würde, dafür öffentliche Akzeptanz zu erlangen. Aber sie haben – auch mit diesem heiklen Punkt im Wahlprogramm – eine Mehrheit bekommen.

Statt aber sofort nach der Regierungsbildung das Projekt umzusetzen, bevor die Opposition medialen und außerparlamentarischen Widerstand organisieren konnte, berief die alte und neue Kanzlerin einen ihrer Getreuen ins Amt des Umweltministers, den vor allem der Ehrgeiz plagt, die Grünen möglichst links und rechts gleichzeitig zu überholen.

Nun aber ist die Mehrheit im Bundesrat futsch. SPD, Grüne und Linke setzen darauf, dass Laufzeitverlängerungen nicht ohne die Länderkammer beschlossen werden können, und CDU-Minister Norbert Röttgen bestärkt sie in dieser Haltung.

Freilich ist seine (und Merkels) Position seit dem 9. Mai so geschwächt, dass innerparteilicher Widerstand sich nicht länger an den Rand drücken ließ. Zum Wortführer machte sich Baden-Württembergs Ministerpräsident Stefan Mappus. Er sei „nicht mehr bereit, die Eskapaden des Bundesumweltministers zu akzeptieren", zürnte der Stuttgarter Regierungschef und forderte die Kanzlerin auf, sie solle Röttgen „zurückpfeifen". Denn „Politik ist ein Mannschaftsspiel, und wer Individualsport bevorzugt, muss sich ein anderes Tätigkeitsfeld suchen". In Berlin wurde dieser Satz, dessen Tonlage für Merkel ungewohnt ist, als kaum noch verhüllte Rücktritts- beziehungsweise Entlassungsforderung verstanden.

> Mappus fordert von Merkel endlich Führungsstärke

Ebenso unmissverständlich die Kritik an Merkel selbst: Sie müsse nun Führungsstärke zeigen, mahnt Mappus und sagt damit indirekt, woran es seiner Parteichefin bislang mangelt.



Angriffe aus den eigenen Reihen: Der Wirbel um Norbert Röttgens (Mitte) Haltung zum Atomsausstieg schwächt auch Merkel. Unions-Fraktionschef Volker Kauder (r.) muss innerhalb der Partei schlichten. Bild: pa

Immerhin hatte Kanzleramtsminister Ronald Pofalla, der wie Röttgen als Sprachrohr Merkels gilt, gerade erst angekündigt, man arbeite an einem „verfassungskonformen zustimmungsfreien Gesetz" für die Laufzeitverlängerung. Röttgen hingegen beruft sich auf Koalitionsvertrag und Grundgesetz und leitet daraus Zustimmungspflicht im Bundesrat ab. Womit das Vorhaben zumindest für diese Legislaturperiode beerdigt wäre.

Aber nicht nur an dieser Front ist die CDU-Chefin in die Bredouille geraten. Ebenso lautstark wie Mappus in Sachen Atom meldete sich dessen Amtskollege aus Hessen zum Thema Sparen zu Wort: Roland Koch will angesichts der desolaten Lage aller öffentlichen Hände die Staatsausgaben insgesamt auf dem Prüfstand sehen. Dabei dürfe es keine Tabus geben. Ob der streitbare Hesse klug beraten war, neben den offenkundig unfinanzierbaren Kita-Träumen auch den Bildungsbereich als Beispiel für Rotstift-Aktionen zu nennen, mag bezweifelt werden. Durch das Echo auf seine Sparempfehlungen kann er sich aber im Prinzip weitgehend bestätigt fühlen. Denn sofort ertönte ein vielstimmiger Chor von Ausnahmeforderungen: Sparen ja, aber nicht bei uns, nicht bei der Bildung, nicht beim Sozialen, nicht bei der inneren und äußeren Sicherheit, nicht bei Integration und Multikulti, nicht bei der Kultur, nicht bei der Förderung der Wirtschaft, nicht bei der Arbeitsmarktpolitik, nicht bei der Gesundheit, nicht bei der Unterstützung maroder Euro-Partner – wo dann eigentlich sonst?

Zumindest hat Koch – wieder einmal – eine Debatte losgetreten, die überfällig war und die Kanzlerin weiter in die Defensive drängt. In der befindet sie sich auch bezüglich der Möglichkeiten, die aus allen Fugen geratenen Finanzmärkte zu zähmen. Sie lehnte bis zuletzt eine Finanztransaktionssteuer ab, solange diese nicht weltweit einheitlich durchsetzbar wäre. Die SPD versagte ihr deshalb die Gefolgschaft beim Griechenland-Hilfspaket – und fand Unterstützung bei der CSU. Der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer wollte dem neuen Euro-Rettungspaket nur zustimmen, wenn Merkel ihren Widerstand gegen die Finanzmarktsteuer aufgibt, schließlich lenkte Merkel ein (siehe Seite 7).

So sehr der CSU-Chef die Vorsitzende der Schwesterpartei damit in Bedrängnis bringt, wenn es gegen den Kollegen Koch geht, so gerne steht er wieder an Merkels Seite: Es sei „weder klug noch richtig", den kostspieligen Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder ab einem Jahr zur Disposition zu stellen; auch bei Bildung, Forschung und Familie gebe es nichts zu sparen.

Atomenergie, leere Kassen, Hilflosigkeit gegenüber Euro- und Finanzkrise – die Kakophonie im schwarz-gelben Regierungslager beschränkt sich nicht auf diese drei Stichworte. Nach der NRW-Wahl heißt die Devise nur noch „Jeder gegen jeden". Einer in der CDU kann sich allerdings womöglich die Hände reiben: Nach *PAZ*-Informationen treffen die Berichte zu, wonach Rüttgers im Falle seiner Wiederwahl in NRW mit Merkels Unterstützung im Jahre 2014 Bundespräsident hätte werden sollen. Dieser Traum ist geplatzt, Christian Wulff kann ihn weiterträumen. *Hans-Jürgen Mahlitz*

Die Schulden-Uhr: Risikoaufschlag droht

Finanzexperten fürchten, dass aufgrund des Hilfspaketes für Griechenland, des Euro-Rettungsschirms und der Bonitätsprobleme im Euro-Raum auch der deutsche Staat bald einen höheren Risikoaufschlag für seine Staatsanleihen zahlen muss. Doch ein Prozent Zinsaufschlag würde bedeuten, dass Deutschland jährlich gut 17 Milliarden Euro mehr an Zinsen zahlen muss.

Dies hätte zur Folge, dass das Geld in anderen Bereichen eingespart werden müsste. Da sich die Politiker selbst innerhalb ihrer Parteien aber schon jetzt nicht darauf einigen können, wo die zehn Milliarden Euro, die im Jahr 2011 gespart werden müssen, gekürzt werden sollen, drohen neue Schulden oder höhere Steuern. *Bel*

1.708.106.934.667 €

Vorwoche: 1.705.381.680.085 €
Verschuldung pro Kopf: 20894 €
Vorwoche: 20861 €

(Dienstag, 18. Mai 2010, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Kinder in desolater Lage

Die traurigste Seite von Russlands demographischer Krise

Die Lage von Kindern hat sich in Russland seit 2000 so verschlimmert, dass Ältere sich an 1930 erinnert fühlen, als das Internationale Rote Kreuz in der Sowjetunion zwölf Millionen elternlose oder unbetreute Kinder zählte. Derzeit leben in Russland über 35 Millionen Kinder, von denen nur zwölf Prozent als „gesund" gelten. Laut Kinderschützern streunen bis zu sechs Millionen kindliche Alkoholiker, Kriminelle, Drogensüchtige, Aidsinfizierte und Prostituierte durch Russland. Und die Lage wird schlimmer, warnen Experten.

Zahlenmäßig erträglicher erscheint das Problem der russischen Waisenkinder, bei denen jedoch der Sozialpolitiker Grigorij Rapota eine unerwartete Entdekkung machte: Es gibt seit Jahren mehr Kinder in sogenannten Waisenhäusern als selbst in der Nachkriegszeit: 1945 wurden in Russland 600000 gezählt, Anfang 2007 748000 und derzeit über 800000. Wie Rapota berichtete, haben zwei Drittel dieser „Waisen" beide Elternteile, denen aber die Elternrechte entzogen wurden, um die Kinder vor ihnen zu schützen. Im Jahr 2007 wurden so 65585 Eltern 77416 Kinder „weggenommen".

Das Elend dieser „Waisen" ist nur ein Aspekt der langanhaltenden und tiefgehenden Bevölkerungskrise Russlands. Mittlerweile kommen auf zehn Eheschließungen acht Scheidungen und auf 100 Geburten 92 Schwangerschaftsabbrüche. Die chronische Wohnungsnot und die jüngste Wirtschaftskrise haben sich negativ auf die Bevölkerungsentwicklung ausgewirkt – das 2008 mit großem Aufwand begangene „Jahr der Familie" brachte in der Bilanz weniger Ehen, mehr Scheidungen und 120000 zusätzliche „Waisen".

> Auf 100 Geburten kommen 92 Abtreibungen

Die beste Lösung für letztere wären wohl Adoptionen – zumal solche ins westliche Ausland, von denen es früher 10000 pro Jahr gab, aber die wurden mittlerweile von der Bürokratie nahezu unmöglich gemacht. Auch die einst populären Pflegefamilien gingen 2008 und 2009 um jeweils 20 Prozent zurück und betreuen jetzt nur noch 68000 Kinder. Wenn der Staat kein Geld für solche Familien hat, sinkt auch deren traditionell ohnehin eher geringes Interesse. Um Waisenkinder soll sich der Staat kümmern, denn sie verkommen sowieso – das war die zynische Mehrheitsmeinung, die im Jahr 2008 eine Umfrage ans Licht brachte.

Während die „Waisen" mehr werden, geht die Zahl der Waisenhäuser laufend zurück. In Russland sind Waisenkinder und junge Rechtsbrecher Opfer mangelnden Mitgefühls mit Unglücklichen, das aus traditionell russischer Antifamiliarität und tief verwurzelten „Lagerinstinkten" rührt: Wie konnten leibeigene Bauern ein Familienleben führen, wenn jeder Angehörige einzeln verkauft wurde? Welches Leben erwartete Kinder, deren Eltern als „Volksfeinde" in Stalins Gulag endeten? Was wird aus Waisen, die gegenwärtig in „geschlossenen Heimen" unter unfähigen, vorbestraften „Erziehern" zu leiden haben? Wer unterscheiden sich „Strafkolonien" für kriminelle Jugendliche und manche Waisenhäuser? Wen wundert's, wenn die einen wie die anderen nach gewisser Lehrzeit als „pazani" entlassen werden, als junge Schwerverbrecher? *Wolf Oschlies*

Clever ausgenutzt

Erdogans Angebote an Griechenland

Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan ist ein langfristig denkender Stratege, der selbst zufällige Gelegenheiten zu nutzen weiß: So reiste er vorige Woche mit zehn Ministern und einer Wirtschaftsdelegation nach Athen, um dem angeschlagenen Amtskollegen Papandreou Hilfe anzubieten. Die Aktion sollte natürlich auch den Türkei-Befürwortern in der EU Argumente liefern – wenngleich türkische Investitionen sich als „Danaer-Geschenke" herausstellen könnten.

> Das türkische Volk wächst langsamer

Die Kritik von EU-Nettozahlern an Griechenlands Rüstungsausgaben nutzte Erdogan gleich, um Athen eine Kürzung beider Militär-Budgets vorzuschlagen. Das klingt ebenfalls gut in Europa – und schadet den heftigsten Gegnern daheim, den „Kemalisten" und allen anderen laizistischen Gruppierungen, die in der Armee ihre mächtigste Stütze haben.

Oppositionsführer Deniz Baykal musste in der Vorwoche als Chef der Kemalisten-Partei CHP abtreten, nachdem im Internet auf Youtube heimlich gedrehte Aufnahmen erschienen, die ihn in Intimszenen mit seiner Sekretärin zeigen.

Ob dahinter gleichfalls die Regierung steckt oder ob es sich um eine parteiinterne Intrige handelt, ist umstritten. Jedenfalls nützt es bei der für Juli geplanten Volksabstimmung über eine Verfassungsänderung, welche die Türkei „Europa näherbringen" soll – und zugleich Erdogans Befugnisse deutlich erweitern würde.

Erdogan, der sinngemäß einst geprahlt hatte, diesmal werde man Europa nicht mit Soldaten, sondern mit den Gebärmüttern der Türkinnen und der Lendenkraft der Türken erobern, reagierte auch prompt auf Statistiken, laut denen nun selbst in der Türkei nur mehr knapp über zwei Kinder pro Frau geboren werden: Er will eine Baby-Prämie einführen. Auch das dient der Islamisierung, denn was die Statistik nicht sagt: Die Geburtenrate liegt bei unteren und islamisch geprägten Bevölkerungsschichten, vor allem in Ostanatolien, ohnehin weit über dem Durchschnitt. *R. G. Kerschhofer*

Das Gelächter des Karl-Heinz Kurras

Von HARALD FOURIER

Die Frau, die den sterbenden Benno Ohnesorg in den Händen hält – jeder kennt dieses Bild. Es ist so bekannt wie Adenauer in der Moskauer Kirche, bevor er die letzten Kriegsgefangenen heimholt. So bekannt wie der 1000000. VW-Käfer. So bekannt wie die Bilder vom Mauerfall.

So bekannt, so falsch. Als vor genau einem Jahr herauskam, dass Benno Ohnesorg nicht von einem „normalen“ Polizisten erschossen worden ist, sondern von einem langjährigen Stasi-Spion und SED-Mitglied, da war plötzlich alles anders. Hat Karl-Heinz Kurras, der Ohnesorg am Rande einer gewalttätigen linken Demo am 2. Juni 1967 erschossen hat, im Auftrag seiner MfS-Führungsoffiziere gehandelt? Selbst wenn nicht, so ist doch zumindest die These vom „politischen Mord“ der „postfaschistischen Gesellschaft“ (so die „taz“) an dem Studenten eindeutig vom Tisch, denn Kurras war ein Kundschafter der anderen Seite, ein bezahlter Agent, der sich dem Sieg der Weltrevolution verschrieben hatte. Wäre seine MfS-Tätigkeit schon damals bekannt gewesen, die Geschichte der Bundesrepublik wäre wohl anders verlaufen.

Doch welche Folgen hat das Ganze für Kurras, der nach wie vor in Berlin lebt? Erstaunlicherweise keine. Obwohl er jahrelang Geheimnisse preisgegeben, also Landesverrat geübt und obendrein vielleicht einen Mord begangenen hat, wird ihm noch nicht einmal seine Pension gekürzt. Der Berliner Senat hat ein Disziplinarverfahren gegen den jetzt 82-jährigen Ex-Polizisten eingeleitet. Doch der aus Ostpreußen stammende Kurras muss nicht um seine Pension bangen, weil seine Stasi-Akte nicht als Beweismittel angeführt werden darf. Sie lesen richtig! Das Berliner Verwaltungsgericht hat vor einer Woche bekanntgegeben, dass die entsprechenden Unterlagen in diesem Fall nicht berücksichtigt werden dürften.

Fiat iustitia et pereat mundus, wussten schon die alten Römer: Es geschehe Recht, auch wenn die Welt daran zu Grunde geht. Dieser Staat macht sich lächerlich, wenn mit Hinweis auf einen Paragraphen im Stasi-Unterlagengesetz die offizielle Herausgabe der Stasi-Akte an die Staatsanwaltschaft und damit die Pensionskürzung verhindert wird. Es ist doch längst allgemein bekannt, was in dieser Akte drinsteht, nämlich dass Kurras Stasi-Spitzel war. Was für ein Treppenwitz: Der gleiche Rechtstaat, den Kurras am liebsten mit Gewalt abgeschafft hätte, hat ihn 1967 wegen des Mordvorwurfs freigesprochen und gewährt ihm jetzt eine großzügige Pension. Er und Margot Honecker können sich bestimmt vor Lachen kaum halten.

Berlin nimmt Fahrt auf

DIW-Studie sieht die Hauptstadt überraschend an der Spitze der Wachstumsrangfolge



Junge Leistungsträger fühlen sich vom kulturellen Leben der Hauptstadt angezogen: Doktoranden am Berliner Max-Planck-Institut für molekulare Genetik

Bild: laif

Berlin ist endlich nicht mehr nur gefühlt „jung und dynamisch“ – eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) mit Sitz in Berlin stellt der Hauptstadt im deutschen Metropolenvergleich gute Noten aus.

Das Papier im Auftrag der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung würdigt Berlin allerdings nicht aufgrund der absoluten Zahlen. Dazu gibt es auch wenig Anlass. München und Hamburg, aber auch Frankfurt am Main schneiden in den untersuchten Bereichen teils deutlich besser ab. Auffällig sei jedoch der Aufstieg der Spree-Metropole im Hinblick auf die Gesamtsituation, so die Wissenschaftler. Mehr junge Menschen, vor allem mehr Frauen, ziehe es in die Stadt. Auch mehr Arbeit gebe es hier als noch vor einigen Jahren, und zwar nicht nur im unteren Lohnsegment. Der Tourismus-Boom tue ein Übriges.

Um diesen relativen Aufstieg gegenüber anderen Zentren sowie dem Deutschlandtrend zu beweisen, haben die Macher des Papiers für das Jahr 2005 eine Art Trennstrich gezogen. Gerade die Entwicklung danach sei in Berlin besonders erfreulich, so ihr Tenor. Berlin habe in diesem zweiten Abschnitt im Vergleich mit allen anderen betrachteten deutschen Großstädten „die größte Veränderung vollzogen“, lobt die Studie. Nach einem Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung um ein Zehntel zwischen 1999 und 2005 sei in der zweiten Teilperiode (2005 bis 2009) die Beschäftigung um „gut neun Prozent“ gewachsen.

„Zusammen mit Hamburg liegt Berlin jetzt an der Spitze der Wachstumsrangfolge“, analysiert das Forscherteam. Klassische Aufsteiger wie München und Stuttgart hätten sich dagegen in Sachen Beschäftigung seit 2005 unterdurchschnittlich entwickelt. Das Papier bilanziert, dass daraus „auf dauerhaft ungünstigere Entwicklungspfade dieser Städte geschlossen werden“ müsse. Im Umkehrschluss bedeute das: Die Berliner hätten spätestens seit 2006 viel Gutes geleistet, wahrscheinlich aber schon in den Jahren zuvor, zumal sich manches erst mit Verzögerung in messbaren Zahlen niederschlägt.

> Problem: Zu wenig qualifizierter Nachwuchs

Dieser eher unterschwelligen, da anhand der präsentierten Zahlen bestenfalls in Teilbereichen belegbaren Botschaft folgt eine Abrechnung mit München. Bei allen Unterschieden der Städte stehe fest, viel Industrie sei kein zwangsläufiger Vorteil mehr und überhaupt, die qualifizierten Köpfe – auch „kreative Klasse“ genannt – suchten einen Lebensstil mit interessanter Kunstszene und kultureller Vielfalt, wie sie vorzugsweise in den großen Städten zu finden seien. Allen anderen deutschen Städten voran empfehle sich Berlin offiziell mit diesem Standort-Mix – mangels harter Faktoren wie einer starken Industrie, blühendem Handel oder Entwicklung.

Dass es trotz unbestritten positiver Trends eher zu Fehlsteuerungen des Senats statt zu echter Unterstützung für einen aufkeimenden Aufschwung kommt, zeigt, unabhängig von der Studie, die aktuelle Lage auf dem Ausbildungsmarkt. Schon im Vorfeld des Mai-Gipfels zur Ausbildungsplatzsituation in Berlin kritisierten Arbeitgeber sowie Industrie- und Handelskammer (IHK) den gastgebenden Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) heftiger denn je. An den Berliner Oberstufenzentren (OSZ), insbesondere den dortigen einjährigen Berufsfachschulen, würden Auszubildende nur „geparkt“, statt sie ernsthaft weiterzuqualifizieren. Die Plätze beim Senats-Vorzeigeprojekt könnten „drastisch reduziert werden“, sagt Christoph von Knobelsdorff, Geschäftsführer für Aus- und Weiterbildung der IHK.

Das Berliner Problem: Bei weniger Auszubildenden nimmt zugleich der Bedarf an ausbildungsreifen Jugendlichen zu. Doch da hapert es, nicht nur in Berlin. Gewerkschafter kritisieren das Beharren der Wirtschaft auf „Sekundärtugenden“ wie Pünktlichkeit und Ordnung.

Doch bislang hat der Senat auch auf die steigende Nachfrage nach Gymnasialplätzen und damit höhere Ausbildung als Grundlage der vielgelobten „qualifizierten Köpfe“ nur mit Wartelisten reagiert. So läuft die Stadt Gefahr, den eigenen Bedarf allein durch Zuwanderung decken zu können. Und: „Die in Berlin starke Medien-, Kunst-, und Kulturszene“ halte oft nur befristete Arbeit bei schwankenden Einkommen bereit, heißt es in der Studie. Auch könnten die entsprechenden Firmen so kein „Humankapital“ bilden, sprich Leute dauerhaft binden.

Dennoch könne man mit all dem leben, „wenn wie im Fall Berlins ein großer räumlicher Arbeitsmarkt zur Verfügung steht“. Dieser Arbeitsmarkt aber ist in Gefahr, wenn Unternehmen, wie die IHK betont, immer weniger und zugleich auch noch geringer qualifizierten Nachwuchs in Berlin-Brandenburg finden. Auch wenn Ursache und Wirkung vieler Trends sich nicht „eindeutig identifizieren“ ließen, so die Studie, sprächen inzwischen Fakten dafür, „dass sich hoch Qualifizierte bei ihrer Wohnortwahl immer mehr nach der Lebensqualität und nicht so sehr nach dem Arbeitsplatzangebot richten“.

Kurzum, Berlins Zuwachs an jungen, gut ausgebildeten Menschen ist bisher weder einem tragfähigen Aufschwung noch politischen Leistungen geschuldet, sondern der Anziehungskraft der einzigen richtigen Metropole Deutschlands als kulturelles Zentrum. Es ist ein hilfreicher Faktor, auf dem sich der Senat allerdings auszuruhen droht.

Sverre Gutschmidt

Tod aus dem Autofenster

Mörderischer Trend: »Drive-by-shooting« hält Berlin in Atem

Drive-by-Shootings“ – Englisch für Schüsse, im Vorbeifahren aus einem Fahrzeug auf Missliebige abgegeben, gehören zum Verbrechensbild US-amerikanischer Großstädte. Doch nun sind auch in Berlin erneut Menschen mitten am Tag auf diese Weise angegriffen worden. Was nach Mafia und Hollywood-Klischee à la „Chicago 1930“ klingt, wird in der Hauptstadt neuerdings auch für völlig Unbeteiligte lebensbedrohlich.

Die neue Dimension des Verbrechens beschränkt sich nicht auf Problembezirke – jüngst entgingen im gutbürgerlichen Charlottenburg-Wilmersdorf, Ortsteil Halensee, ein 52-jähriger Bauunternehmer und sein 27-jähriger Sohn nur knapp dem Tod.

Zweimal schossen die Täter aus einem fahrenden Mercedes gezielt auf den Geschäftsmann, ein Schuss blieb in seiner Geldbörse stecken. Von den anfangs fünf festgenommenen Deutsch-Russen wurden drei freigelassen, da ihnen keine Tatbeteiligung nachgewiesen werden konnte. Zwei 20-Jährige sind noch in Haft.

Die mutmaßlichen Auftragskiller gingen wenig professionell vor – das Tatfahrzeug ist offenbar auf einen von ihnen zugelassen, auch sollen sie mit der Tat geprahlt haben. Wer schoss, ist noch unklar. Der vermutete Auftraggeber, ein 47-Jähriger, wurde inzwischen verhaftet, ebenso ein 52-jähriger Russe.

> Zwei Unbeteiligte überlebten nur mit Glück

Ungeachtet der widersprüchlichen und ständig neuen Aussagen der Beschuldigten handelt es sich wahrscheinlich um einen Streit innerhalb der Bau- und Immobilienbranche, in der es bereits 2008 zu einem spektakulären Mord kam – ein Unternehmer wurde in Berlin-Mitte auf offener Straße erschossen.

Der neue Gewalt-Trend, Mordanschläge aus einem bestimmten Milieu heraus in den öffentlichen Raum zu verlagern, forderte auch in den Monaten zuvor bereits Opfer. Im August 2009 starb ein Mitglied der „Hells Angels“ in Hohenschönhausen nach Schüssen aus einem fahrenden Auto.

Ende Juni 2009 waren drei Mädchen nachts an einer Bushaltestelle vor dem Bahnhof Zoo aus einem BMW beschossen worden. Sie hatten sich geweigert, zu den von ihnen später als Südländer beschriebenen drei Insassen ins Auto zu steigen. Daraufhin eröffnete der Beifahrer sofort das Feuer, schoss einem Mädchen ins Bein – die Täter konnten fliehen. Insgesamt wurden im Jahr 2009 in Berlin 27 Menschen ermordet. *SV*

Stalin, Freund der Völker?

Litauische Jung-Journalistin entdeckte Merkwürdiges in Berlin

Seit 2003 lädt die Robert-Bosch-Stiftung jährlich zehn junge oder angehende Journalisten zu einem Studienaufenthalt nach Berlin ein. Dieses Jahr waren Bewerber aus der Ukraine, Bulgarien, Georgien, Rumänien, der Slowakei, der Tschechischen Republik, Ungarn, Estland, Lettland und Litauen aus den Auswahlgesprächen erfolgreich hervorgegangen.

Das Programm sieht neben der Mitarbeit bei vorwiegend linken Blättern wie „Stern“, „taz“ oder „Zitty“ und Fernsehsenden auch Treffen mit Politikern, Medienschaffenden, Schriftstellern, Historikern und Künstlern vor.

Redakteurin Vytene Stasaityte aus Wilna berichtet selbstbewusst von ihrer bisherigen Arbeit in der Heimat: „Unser (Internet-) Portal ist eines der wenigen, die Profit machen.“ Der Besuch in der deutschen Hauptstadt macht ihr großen Spaß, doch abseits des offiziellen Programms hat sich Stasaityte an einigen Erscheinungen gestört. Besonders an den sowjetischen Hinterlassenschaften im Stadtbild, die 20 Jahre nach der Wiedervereinigung immer noch präsent sind.

Auf dem riesigen Treptower Ehrenmal für die gefallenen sowjetischen Soldaten sind acht Zitate Stalins eingraviert. Eines davon heißt: „Die Ideologie der Völkerfreundschaft hat den vollen Sieg über die hitlerfaschistische Ideologie des bestialischen Nationalismus und Rassenhasses errungen.“ Stalin ein Freund der Völker? War es nicht Stalin, der Ostdeutschland seinem Machtblock einverleibt hatte? Stasaityte wundert sich: „Wer durch Berlin läuft, muss glauben, dass sich kein Mensch mehr diese Fragen stellt.“

> Wowereit will »Erinnerungsmale« erhalten

Auf der Straße des 17. Juni posieren Touristen vor stillgelegten sowjetischen Panzern. Und von der Außenwand der Schwimmhalle in der Behrenstraße blickt ein grimmiger Lenin.

Im Berliner Stadtbild sind sie alle versammelt, die Heroen der Sowjetunion. Stasaityte fragte beim Regierenden Bürgermeister nach: „Grundsätzlich bin ich der Meinung, dass einzelne solcher Denkmale als historische Erinnerungsmale erhalten bleiben sollten. Das schließt ja eine kritische Sicht darauf aus heutiger Sicht gar nicht aus“, so die Antwort von Klaus Wowereit (SPD). Eine seltsame Replik, denkt man an die zahllosen umbenannten Straßen, die aus dem Stadtbild in den letzten 20 Jahren entfernt wurden, weil die dort zuvor verewigten Protagonisten angeblich nicht mehr in unsere Zeit passen.

Hans Lody

Zeitzeugen



Jean-Claude Juncker – Der Eurogruppen-Vorsitzende unterstützt die Forderung der Europäischen Kommission nach mehr Kontrolle über die nationalen Haushalte. Es gehe der EU nicht darum, die Budgetbefugnisse der national gewählten Politiker zu durchkreuzen, so der luxemburgische Premierminister gegenüber AFP. Die Kommission solle auch keine „Schulleiterin“ für den Haushalt der Länder werden, jedoch müssten diese sich auf genauere Prüfungen einstellen.

Josef Pröll – Auch der österreichische Finanzminister will, dass die EU-Mitglieder von Brüssel gesetzlich verpflichtet werden, ihre „Budgetperspektiven früher festzulegen“. Sanktionen hält er für sinnvoll, doch den Ausschluss einzelner Mitglieder aus dem gemeinsamen Währungsraum als Strafe lehnt er ab.



Jean-Claude Trichet – Aus Sicht des Präsidenten der Europäischen Zentralbank befindet sich Europa in der „vielleicht schwierigsten Situation seit dem Ersten Weltkrieg“. Der Franzose fordert nun „einen Quantensprung in der gegenseitigen Überwachung der Wirtschaftspolitik in Europa“. Es brauche „wirksame Sanktionen bei Verstößen gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt“.

Günther Oettinger – „Das Königsrecht Haushalt tasten wir nicht an“, versicherte der EU-Energiekommissar. „Hätten wir den Haushalt Griechenlands oder auch anderer zuvor gekannt, ... hätte man mit Sicherheit früher und erfolgreich warnen können und der Regierung entsprechende Hilfe geben können, dass solche Haushalte erst gar nicht in Kraft treten.“ Oettinger betont, dass die EU dann schon früher hätte Daumenschrauben anlegen können.



Nicolas Sarkozy – Seit Jahren träumt der französische Präsident von der Errichtung einer europäischen Wirtschaftsregierung. Die Euro-Krise bringt ihn nun näher an sein Ziel, denn auch wenn er nicht genau weiß, wie diese neue EU-Institution aussehen könnte, so hätte sie doch größere Eingriffsbefugnisse als die EU sie bisher hat. Bei nationaler Steuer-, Haushalts-, Sozial- und Wirtschaftspolitik hätte diese Wirtschaftsregierung mitzureden.

Über die Bürger hinweg

Das Etat-Recht der Nationalstaaten droht von Brüssel ausgehöhlt zu werden

Wenn die EU-Kommission künftig direkt in die nationalen Haushalte hineinregieren darf, verkommt das demokratisch gewählte Parlament zur Abnickveranstaltung ohne große Einflussmöglichkeiten und Gestaltungsspielräume.

Noch vor sechs Wochen hatte EU-Wirtschaftskommissar Olli Rehn von allen Seiten Kritik einstecken müssen. Er hatte vorgeschlagen, dass die nationalen Regierungen ihre Haushalte künftig noch bevor sie sie ihren eigenen Parlamenten unterbreiteten erst Brüssel vorlegen sollten. Doch inzwischen hat die Zeit für den 48-jährigen Finnen und den ihn unterstützenden EU-Kommissionspräsidenten José Manuel Barosso gearbeitet. Was vor einigen Wochen noch wilde Proteststürme auslöste, auch bei der deutschen Bundeskanzlerin, wird inzwischen als notwendiges Übel toleriert.

„Die Vorschläge sind ein Schritt in die richtige Richtung“, kommentierte Merkel die Pläne Mitte Mai. „Das bedeutet auch nicht automatisch, dass das Budgetrecht der nationalen Parlamente in Frage gestellt ist.“ Selbst der rauflustige Vize-Kanzler Guido Westerwelle beließ es bei einer Beteuerung: „Nicht die Europäische Kommission beschließt die Haushalte, sondern der Deutsche Bundestag und die nationalen Parlamente. Das zählt auch zum Kernbestand der Souveränität der Staaten.“

Doch die Beteuerung wurde sofort von Merkel abgeschwächt, indem sie meinte, man dürfe die Brüsseler Pläne nicht gleich so negativ interpretieren, es gehe der EU-Kommission nur um mehr Transparenz.

Brüssel macht sich gut als Ausrede

Hätten die nationalen Regierungen mit Beginn der Euro-Einführung darauf bestanden, dass nur jene, die die Stabilitätskriterien verletzten, kontrolliert würden, dann wäre allein dies schon ein Weg hin zu mehr Haushaltsdisziplin gewesen. Doch nun, wo der Euro in der Krise steckt und zudem auch fast alle Euro-Länder die Stabilitätskriterien verletzt haben, müssen alle Regierungen in der EU sich dieser Kontrolle aus Brüssel unterwerfen. Dies ärgert vor allem den schwedischen Regierungschef Frederik Reinfeldt, der es befremdlich findet, dass sein Land, obwohl es nicht einmal die Gemeinschaftswährung hat, sich auch den EU-Kontrolleuren stellen muss.

Bereits ab 2011 soll die Kontrolle der Haushalte beginnen. Gegenwehr gibt es kaum noch, da schließlich inzwischen fast jeder gesündigt hat und die Euro-Rettung strenge Sparmaßnahmen nötig macht. Zudem ist Brüssel auch eine schöne Ausrede für die Regierungen der Euro- und EU-Länder gegenüber ihren unter dem Sparzwang leidenden Bürgern. Schon bei Unmut über bestimmte Gesetze wurde oft darauf verwiesen, dass man nichts dagegen tun könne, schließlich kämen die Vorgaben hierfür aus Brüssel.

Allerdings gibt es Zweifel, inwieweit die „Stellungnahmen“ aus Brüssel, auf die bei Nichtberücksichtigung auch Sanktionen wie Einbehaltung der EU-Fördergelder oder gar Stimmentzug folgen können, demokratisch legitimiert sind. Die Bürger der EU wählen nur das EU-Parlament selbst, die für die Kontrolle vorgesehene Kommission hingegen besteht aus von den nationalen Regierungen ernannten Kommissaren. Hierbei spielen Postengeschacher und Länderschlüssel größere Rollen als Fähigkeiten. Auch stellt sich die Frage, wie die Brüsseler Kommissare die nationalen Unterschiede berücksichtigen wollen, ohne in den Geruch zu geraten, das eine Land gegenüber einem anderen zu übervorteilen.

Gerade in Zeiten von aufgezwungenen, massiven Sparanstrengungen dürfte dieses zu Missstimmungen untereinander führen. Man denke hier nur an die Griechen, die sich mehr über die Deutschen ärgern, als sich über das Geld aus Berlin zu freuen. *Rebecca Bellano*



Nach langen Debatten: Bundestagsabgeordnete bei der Abstimmung zum Bundeshaushalt 2010 Bild: imago

Verschuldung macht Wächter notwendig

Die Forderung nach einer Einschränkung der nationalen Budgethoheit speist sich vor allem aus der Erfahrung einer immer stärker ausufernden Verschuldung der Euro-Staaten. Ende vergangenen Jahres standen die EU-Staaten mit durchschnittlich 78,3 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP) in der Kreide. Ende 2010 wird diese Zahl deutlich über die Marke von 80 Prozent gestiegen sein.

Spitzenreiter waren Italien (115,8 Prozent), Griechenland (115,1) und Belgien (96,7). Auch Deutschland stand Ende 2009 nicht rosig da mit 73,2 Prozent, Frankreich noch etwas schlechter mit 77,6. In einer ähnlichen Größenordnung bewegen sich Portugal (76,8), Malta (69,1), Österreich (66,5), Irland (64,0)

Fast alle Euro-Länder im Schuldensumpf

und die Niederlande (60,9 Prozent).

Zypern mit 56,2 und Spanien mit 53,2 Prozent Verschuldung bildeten den unteren, besseren Rand des Mittelfelds. Länder wie Finnland mit 44 Prozent und erst recht Slowenien (35,9), die Slowakei (35,7) und schließlich Luxemburg (14,5 Prozent) bilden die Spitzengruppe im Euro-Raum. Estland, das womöglich schon 2012 Euro-Land wird, freut sich über eine minimale Gesamtverschuldung in Höhe von nur 9,7 Prozent des BIP.

In den kommenden Jahren wird es indes zu massiven Verschiebungen kommen, da auch bisher relativ solide Länder wie beispielsweise Irland oder Spanien in eine furchterregende Neuverschuldung fliehen, um ihre heimische Wirtschaft vor dem totalen Kollaps zu bewahren. Da den Einzelstaaten kaum zugetraut wird, wirklich in eine Politik strikter Sparsamkeit einzuschwenken, will Brüssel den Regierungen nun Zügel anlegen und ihre nationale Etathoheit beschneiden. *H. H.*

Ein scharfes Schwert

Die Budgetmacht der Parlamente in der europäischen Geschichte

Das Haushaltsrecht der Parlamente gehört zu ihren Kernrechten. Dies galt selbst in Staaten, in denen die Exekutive als Staatsoberhaupt und Regierung, weder direkt noch indirekt vom Volk gewählt wurden.

So beispielsweise im deutschen Kaiserreich der Jahre 1871 bis 1918. Das Staatsoberhaupt, der Kaiser, übernahm sein Amt in Erbfolge, war „Kaiser von Gottes Gnaden“. Dieser ernannte den Kanzler, der theoretisch ohne Zustimmung der Volksvertretung, des Reichstags, regieren konnte.

Theoretisch, wohl gemerkt. Denn was ist Politik ohne Geld? Nach damaligem Rechtsverständnis war die Rollenverteilung vollkommen logisch: Mochte das Staatsoberhaupt seine Kaiserwürde von Gott haben, das Geld stammte vom Volk, das die Steuern bezahlte.

Ergo hatte der Reichstag die Hand auf dem Geld. In einer der dramatischsten Situationen der deutschen Geschichte sollte dies zum alles entscheidenden Faktor werden. Im Strudel der Bündnisse war das Reich in den Ersten Weltkrieg gezogen werden. Vier Tage nach Kriegsausbruch trat auch Deutschland auf Entscheidung des Kaisers in den Krieg ein. Das war am 1. August 1914.

Doch war zu dem Zeitpunkt noch kein Geld für den Waffengang bewilligt worden. Vor allem in der größten Parlamentsfraktion, den Sozialdemokraten, kam es zu heftigen Debatten. Der linke Flügel um Karl Liebknecht und

Ludwig wollte Geld, der »Dritte Stand« ließ ihn auflaufen

Rosa Luxemburg sträubte sich gegen die Zustimmung. Schließlich jedoch stimmten die SPD-Abgeordneten am 4. August dennoch geschlossen für die Bewilligung der Kriegskredite.

Zuvor war bereits die Budgetmacht des Parlaments einem Monarchen zum Verhängnis geworden. Die Einberufung der französischen „Generalstände“ am 5. Mai 1789 sollte die Revolution einläuten, die einen Monat darauf ausbrach. Auch hier ging es um Geld, das jenes Parlament der drei Stände bewilligen sollte. Seit 1614 war die Drei-Stände-Versammlung aus Adel, Geistlichkeit und dem „Dritten Stand“ nicht mehr einberufen worden. Seitdem hatte in Frankreich der Absolutismus (Ludwig XIV.: „Der Staat bin ich“) geherrscht. Doch von jahrzehntelanger Verschuldungspolitik ausgezehrt war das Regime Ludwigs XVI. bankrott. Die kostspielige Unterstützung der amerikanischen Unabhängigkeitskämpfer hatte Paris den Rest gegeben.

Der König rief in seiner Not die „Generalstände“ zusammen. Sie sollten mit ihm Wege aus der Krise finden, vor allem wollte er ihre Unterstützung beim Sanieren der maroden Finanzen. Doch es entglitt alles: Bestärkt von der neuen Macht stellte der „Dritte Stand“ sofort erhebliche Forderungen. Als diese nicht nach seinen Vorstellungen erfüllt wurden, zogen die Abgeordneten aus und gründeten die erste französische „Nationalversammlung“. Schließlich lenkte der Herrscher ein, was ihn bekanntlich nicht retten sollte: Die Monarchie fiel schließlich, Ludwig XVI. wurde enthauptet. *Hans Heckel*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur
Konrad Badenheuer
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, IT:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 31.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **3772**

Bizarre Beifallsstürme

Rückblick auf den Kirchentag: Neue Gräben bei der Ökumene und 35 Prozent weniger Dauerteilnehmer

Der Ökumenische Kirchentag (ÖKT) in München war kaum dazu angetan, gläubigen Christen Mut zu machen: Die Ökumene stagniert, die katholische Kirche ist wegen der Missbrauchsfälle niedergeschlagen und ein großes Thema fehlte. Gegenüber dem ersten ÖKT sank die Zahl der Dauerteilnehmer um ein gutes Drittel.

Unbestritten war sie der Star des Ökumenischen Kirchentages in München. Sie prägte das Christentreffen mit ihrer Kleidung, ihrem Charme und mit Provokationen. Nach dem Rücktritt von ihren kirchlichen Leitungsämtern gefiel Margot Käßmann sich in der neuen Rolle einer Prophetin. Fast trotzig steht sie zu ihrer Afghanistan-Kritik und meint: „Weltverbesserer wollen wir sein.“

Damit sprach sie den meist älteren Kirchentagsbesuchern, die sich in ihre Veranstaltungen drängten, aus dem Herzen. Sie rissen jubelnd die Arme hoch und begrüßten ihr Idol teils mit stehenden Ovationen. An den ersten beiden Tagen muss die Messehalle A4 für ihre „Bibelarbeit“ vorzeitig geschlossen werden, da nicht mehr als 6000 Besucher hineinpassten. Nur Angela Merkel und die Taizé-Brüder zogen ähnliche Menschenmassen an. Dabei waren ihre Themen gar nicht so aufregend. Nachdem Käßmann mit ihrer Predigt am Hochfest Christi Himmelfahrt im Münchner Liebfrauendom („Die Pille ist ein Geschenk Gottes“) die katholische Kirche gewaltig provoziert und neue ökumenische Gräben aufgerissen hatte, arbeitete sie nun ihre Themen ab: Erneut die Kritik am Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr, der Missbrauchsskandal und das „gemeinsame Mahl“ als angeblich zentralem Baustein der Ökumene (siehe Kommentar Seite 8).

Von den drängenden politischen Themen, die früher die Kirchentage beherrscht haben, war wenig zu hören: Die Bewahrung der Schöpfung, die Abrüstung oder selbst die Kritik am Kapitalismus standen diesmal eher im Hintergrund. Der mit propagierte „Sozialismus mit christlichem Antlitz“ stößt heute trotz gravierender weltweiter Finanzkrisen auf weniger Aufmerksamkeit. Der linksorientierte „Wirtschaftsweise“ Peter Bofinger redete in einer Halle mit 1000 Plätzen vor gerade einmal 40 Zuhörern. Auch der gastgebende Erzbischof Reinhard Marx („Das Kapital“) schaffte es mit seiner Kritik an der Finanzwelt nicht in die Schlagzeilen.

Der Kirchentag des Jahres 2010, geben die Organisatoren vom evangelischen Kirchentag und dem Zentralkomitee der Deutschen Katholiken zu, hatte kein richtiges Thema – außer eben Frau Käßmann. Die Ökumene steht still und die lauten Vordenker wie Hans Küng oder Fulbert Steffenski sind in die Jahre gekommen. Dennoch loben die Veranstalter einhellig den zweiten Ökumenischen Kirchentag als „großen Erfolg“.



Gemeinsam für Gott: Teilnehmer des „Abends der Begegnungen“ des 2. Ökumenischen Kirchentages Bild: ddp

> Nicht christliche Antworten auf die Finanzkrise, sondern kühne Auftritte Margot Käßmanns prägten das Ereignis

Alois Glück, Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, sprach vom „guten Geist von München“ und bedauerte das schlechte Wetter. 20000 Menschen hätten bei der orthodoxen Vesper am Freitagabend bei sieben Grad auf dem Münchener Odeonsplatz zwei Stunden lang beim gemeinsamen Mahl der „1000 Tische“ ausgeharrt. Sein evangelisches Pendant, der Medizin-Professor Eckhard Nagel, äußerte überschwänglich, man habe „Geschichte geschrieben“. Das Bild der „1000 Tische gehe hinaus in die Welt“. Weniger euphorisch drückte sich der kommissarische EKD-Chef Schneider aus, der von der Vesper als einer „Vorspeise“ der Ökumene sprach; das „Hauptgericht“ müsse noch kommen – gemeint war die konfessionsübergreifende gemeinsame Eucharistiefeier. Erzbischof Zollitsch warnte hier zurückhaltend vor allzu großen Erwartungen. Angesichts der Dominanz der wegen eines Straßenverkehrsdelikts zurückgetretenen EKD-Ratspräsidentin fanden beim ÖKT andere Akteure von kirchlicher oder weltlicher Seite nur schwer zu einer gewichtigen Rolle.

„Warum lieben alle Margot Käßmann?“, fragt die „Bild“-Zeitung am Abschlusstag in der Schlagzeile. Sie sei ein Mensch wie Du und Ich, erwiderten Besucher von Veranstaltungen mit der evangelischen Theologin. Sie sei geschieden, krebskrank gewesen und nun diese Alkoholprobleme. Sie gehe damit so offen um und ihr Rücktritt sei so beeindruckend gewesen, schwärmten ÖKT-Besucher in München. Hier surfte Käßmann wieder gekonnt auf der Welle der Stimmung des Augenblicks, nutzte das eigene Missgeschick und zog sogar Verbindungen zum aktuellen Missbrauchsskandal. Sie warnte vor einer „übermenschlichen Kirche“. Diese solle offen mit ihren Fehlern umgehen, nur so könne sie zum „Hoffnungszeichen in der Welt“ werden, sagte die Theologin bei einer Bibelarbeit: „Für manche, die meinten, ich sei als Bischöfin ein auf irgendeine Weise besserer Mensch, war es eine harte Erkenntnis, mich bei einer Verfehlung ertappt und öffentlich zur Schau gestellt zu sehen.“ Die Kirchen seien nicht unfehlbar. Christen wüssten jedoch etwas von Vergebung, Versöhnung, Lebenszusage und Neuanfang, so Käßmann.

Die Zahl der Dauerkarteninhaber wurde nach dem Christentreffen mit 133000 angegeben. Dies sind bei rund 50 Millionen Mitgliedern der beiden Großkirchen rund 0,2 Prozent. Vor allem aber: Der erste Ökumenische Kirchentag 2003 im entchristlichten Berlin mit seinem dünnbesiedelten Umland zählte noch über 200000 Besucher mit Dauerkarte. Welche Kraft von der kräftig eingebrochenen Zahl ausgegangen sein soll, sodass „die Welt sich verändert“ und die Ökumene ein „neues Gesicht“ bekommen habe, wie sich ÖKT-Präsident Nagel ausdrückte, erschließt sich dem unvoreingenommenen Beobachter nur schwer. *Hinrich E. Bues*

MELDUNGEN

Studiengebühren sozial gerecht

Bochum – Während SPD, Grüne, Linkspartei und Gewerkschaften gegen Studiengebühren wettern, weil sie sozial ungerecht seien, belegt eine Studie der Ruhr-Universität Bochum jetzt genau das Gegenteil. Gebührenfreiheit beim Studium sei sozial ungerecht und bedeute eine „Umverteilung von unten nach oben“. Diese Subvention, die Nichtstudierenden vorenthalten werde, koste beispielsweise 15000 Euro pro Absolvent der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Bei Naturwissenschaftlern und Ingenieuren würden gar 65000 Euro pro Absolvent anfallen. „Vom kostenlosen Studium profitieren vor allem die Wohlhabenden, da sie diesen Bildungsweg ohnehin mehr nutzen.“ Wer Studenten aus sozial schwachen Familien fördern wolle, solle das lieber individuell tun. *Bel*

Sprachtest offenbart Lücken

Berlin – „Die Linke“ und die Grünen fordern, die seit 2007 geltenden Neuregelungen beim Ehegattennachzug aufzuheben. Die Koppelung der Einreisegenehmigung an einen bestandenen Deutschtest habe zu weniger Familienzusammenführungen geführt. Wurden vor dem Gesetz noch 40000 Visa für den Ehegattennachzug erteilt, seien es 2009 nur noch 33000 gewesen. Auch bestünden nur 50 bis 60 Prozent der Antragsteller den Sprachtest im ersten Anlauf. „Das Spracherfordernis führt in vielen Fällen zu erheblichen Eingriffen in das verfassungsrechtlich geschützte Recht auf familiäres Zusammenleben in Deutschland“, deutet Memet Kilic, Sprecher für Migrationspolitik der Grünen, das Grundgesetz. Die Grünen hätten gerne, dass der Ehegattennachzug unabhängig von der selbständigen Lebensunterhaltssicherung gewährt werden muss. *Bel*

Suche nach den Schuldigen

Die Integration vor allem türkischstämmiger Muslime zeigt wenig Fortschritte

Blickt man auf die bisherige Bilanz der 2006 vom damaligen Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) ins Leben gerufenen Islamkonferenz, so fällt es schwer, die Aussage von Ayyub Axel Köhler als aus der Luft gegriffen abzutun. Der in Stettin gebürtige Vorsitzende des Zentralrates der Muslime (ZMD), der etwa 300 Moscheegemeinden mit rund einer halben Million Mitgliedern vertritt, hat die Konferenz als „unverbindlichen Debattierclub“ abgetan. Doch die Motive, die Köhler zu dieser Aussage bewegten, dürften der Mehrheit in diesem Land weniger behagen. Denn der ZMD, der seine Teilnahme an der Islamkonferenz kurzfristig absagte, ist der Meinung, dass sich die Regierenden zu wenig auf die etwa vier Millionen Muslime einließen.

> Die Deutschen seien islamfeindlich

Abgesehen davon, dass es schwierig ist, in diesem Land von „den“ Muslimen zu reden, denn eine zentrale Organisation von Angehörigen dieser Glaubensgemeinschaft gibt es nicht, existieren sehr unterschiedliche Vorstellungen davon, was Integration bedeutet. Aus Sicht des ZMD ist die Bevölkerung in Deutschland zudem weitgehend islamfeindlich. Diese Behauptung Köhlers wurde sogar vor kurzem in einer Studie untermauert. So sei jeder fünfte Deutsche Ausländern gegenüber grundsätzlich negativ eingestellt. Vor allem den Muslimen gegenüber seien die Deutschen, so das Meinungsforschungsinstitut Info und deren türkisches Partnerunternehmen Liljeberg Research, äußerst skeptisch. So wäre 34 Prozent von ihnen ein muslimischer Schwiegersohn beziehungsweise muslimische Schwiegertochter unangenehm.

Demzufolge erscheine es logisch, dass sich vor allem Türken in der deutschen Gesellschaft nicht erwünscht fühlen. „Wenn ihr mich nicht wollt, bleib ich wie ich bin“, so würden laut Barbara John, die lange Jahre Ausländerbeauftragte des Berliner Senats war, viele Türken vor allem in Großstädten denken. „Türken die schlecht integriert sind, ziehen sich in ihre Community zurück. Sie finden Sicherheit in ihren mitgebrachten Traditionen, aber schmoren auch in ihrem eigenen Milieu.“

Dieses Milieu ist letztendlich wohl auch der Grund für die mangelnde Integration, denn die Studie erwähnt auch, dass jene Migranten, die mit Mitgliedern der aufnehmenden Gesellschaft Tür an Tür leben und sich austauschen, sich auch ohne Probleme integrieren. So gelten die Polen als am stärksten integrierte Migrantengruppe. Wobei auch angemerkt wird, dass sie den höchsten Bildungsgrad – vor allem im Gegensatz zu den häufig ohne Schulabschluss und Berufsausbildung seienden Türken – unter den Immigranten haben und so schnell beruflich und privat voll akzeptiert werden. „Gesellschaftliche Teilhabe führt ganz offenbar zu einer Angleichung der Wertewelten der Migranten an die der Deutschen“, so die Studie.

> Verschiedene Werte kaum vereinbar

Viele Moslems hätten aber an der Gesamtgesellschaft keine Teilhabe und wollten sie zum Teil auch gar nicht. Sie bewahrten sich ihre Wertvorstellungen, die wiederum die Mehrheitsgesellschaft abstießen. Wobei die Studie auch betont, dass Moslem eben nicht gleich Moslem ist. So seien die türkischstämmigen gerade in gesellschaftlich relevanten Fragen viel konservativer als nicht türkischstämmige Muslime.

Zwar sitzen bei der von Innenminister Thomas de Maizíere (CDU) fortgeführten Islamkonferenz auch 17 muslimische Vertreter den 17 staatlichen gegenüber, doch die, die dort sitzen, gehören der Fraktion der sogenannten liberalen Moslems an beziehungsweise sind Vertreter der türkischen Religionsbehörde Ditib.

Diese Gewichtung liegt zum einen daran, dass das Innenministerium radikale Organisationen wie Milli Görüs nicht eingeladen hat, zum anderen aber auch, weil konservative offenbar auch kein Interesse haben, sich anzupassen. Außerdem können sie ihre Anhänger nur beeindrucken, wenn sie Stärke zeigen. Hätte der ZMD brav an der Islamkonferenz teilgenommen und über Islamunterricht an den Schulen, Gleichberechtigung von Mann und Frau, Abgrenzung vom militanten Islamismus, Kopftuch, Imamausbildung und Moscheen debattiert, wäre er zu Kompromissen und Relativierungen bei der eigenen Linie genötigt gewesen. Da ein Dialog nur entstehen kann, wenn beide Seiten aufeinander zugehen, wären eigene Positionen verwässert worden. *Rebecca Bellano*

MELDUNGEN

Rumänen gegen IWF-Sparplan

Bukarest – Es gärt in Rumänien, nachdem der Internationale Währungsfonds (IWF) der Regierung des Landes ein Sparprogramm aufgedrückt hat. Der Generalsekretär der rumänischen Sozialdemokraten, Liviu Dragnea, erklärte angesichts einer riesigen Protestwelle, „dieser Tage entscheidet sich vielleicht das Schicksal Rumäniens“. Nachdem es Mitte Mai zu spontanen Demonstrationen von Rentnern gekommen war, wurde für den 31. Mai ein Generalstreik beschlossen. Während der Arbeitgeberverband vor weiteren kostenträchtigen Streiktagen warnt, weil sonst die fünfte Rate des Anfang 2009 vom IWF erhaltenen 20-Milliarden-Euro-Kredits nicht zurückbezahlt werden könne, hat Präsident Traian Basescu die gesamte politische Verantwortung für die Lage übernommen, um so den Unmut von der von ihm gestützten Regierung abzulenken. *Ernst Kulcsar*

Kaperbriefe gegen Piraten

Washington – Private US-Sicherheitsfirmen fordern im Kampf gegen somalische Piraten die von König Edward III. im Mittelalter eingeführten Kaperbriefe zu reaktivieren. In diesen ermächtigten Regierungen sogenannte „Privatiers“, auf eigene Faust maritime Plünderer zur Strecke zu bringen. Es gab bereits Anläufe, einen solchen Antrag im US-Kongress einzubringen. Auch starteten Sicherheitsfirmen Vorstöße bei anderen westlichen Regierungen wie beispielsweise in Großbritannien. Sie wiesen dabei darauf hin, dass private Firmen bereits im Irak, in Afghanistan und in Pakistan nach diesem Schema arbeiteten. Die Zulassung bewaffneter „Privatiers“ würde die internationalen Marineeinheiten sinnvoll ergänzen. *Joachim Feyerabend*

Blitzstart in London

Die neue britische Regierung beginnt schnell mit der Arbeit – Koalitionspapier in wenigen Stunden

In rekordverdächtigem Tempo hat sich in London die liberal-konservative Koalitionsregierung unter Ministerpräsident Cameron gebildet. Vorgaben der britischen Verfassung, aber auch das abschreckende Beispiel Berlins haben das schnelle Vorgehen befördert.

Der deutsche Beobachter steht staunend vor dem gegenwärtigen politischen Geschehen auf den britischen Inseln. Nur wenige Tage nach seiner Wahlniederlage verlässt der bisherige Premier Gordon Brown seinen Regierungssitz in Downing Street 10, verabschiedet sich kurz und kehrt ins Privatleben zurück. Fast gleichzeitig wird der neue Premierminister David Cameron von Königin Elisabeth II. empfangen, begrüßt die „Majestät“ mit Handkuss und ist in der Regierungsverantwortung. So reibungslos hätte kaum jemand den Regierungswechsel erwartet, da es sich hier immerhin um die erste Koalitionsregierung in Großbritannien seit über 60 Jahren handelt.

Aber auch die Koalitionsverhandlungen zwischen den beiden Parteiführern, David Cameron von den Tories und Nick Clegg von den Liberalen, gingen in atemberaubendem Tempo vor sich. Nur wenige Stunden brauchten sie, um ein sechs Seiten kurzes Papier mit den wichtigsten Maßnahmen der neuen Regierung auszuhandeln. Ebenso schnell wurden die 21 Kabinettsressorts und weitere rund 80 Staatssekretärs- und Unterstaatssekretärsposten verteilt. Gut 20 Prozent dieser Aufgaben fielen – entsprechend den errungenen Sitzen – an die Liberaldemokraten.

Die Schnelligkeit des Regierungswechsels sorgt in der britischen Demokratie dafür, dass ein Machtvakuum vermieden wird. Ein Koalitionsausschuss wird in den nächsten Tagen eingesetzt, der nun einen detaillierten Vertrag der beiden so unterschiedlichen Koalitionäre aufsetzen soll. Große Meinungsverschiedenheiten bestanden etwa in der Europapolitik, über das seegestützte Atomwaffensystem „Trident“ oder beim Bau neuer Atomkraftwerke. Das sechsseitige gemeinsame Papier der beiden Koalitionäre regelt daher erst einmal in kluger Weise, wo die Partner sich einig sind, zum Beispiel bei der Förderung neuer Arbeitsplätze, Reformen im Bankwesen und bei der Haushaltskonsolidierung. Im letzten Punkt vereinbarten Cameron und Clegg eine sofortige Kürzung des Staatshaushalts um umgerechnet sieben Milliarden Euro. Angesichts eines Defizits von 178 Milliarden Euro und 11,6 Prozent des Bruttoinlandsproduktes eher ein Tropfen auf den heißen Stein.

Die beiden Partner teilen in gewisser Weise auch die Verantwortung für die Staatsfinanzen. Der erst 38-jährige George Osborne von den Konservativen wird Schatzkanzler, David Law von den Liberalen zum „Chief Secretary of the Treasury“, eine Art Junior-Finanzminister mit Kabinettsrang. Dabei ist der Schotte Law ein erfahrenerer Sanierer und der bei weitem Kompetentere der beiden. Er absolvierte sein Wirtschaftsstudium am renommierten Kings College in Cambridge und arbeitete dann als Investmentbanker bei JP Morgan und Barclays de Zoete Wedd, bevor er in die Parteipolitik ging. Sein konservativer Kollege hat Geschichte in Oxford studiert und ist politisch noch unerfahren.

> Liberale dürfen sich bei Streitfragen enthalten

David Cameron soll sich kurz nach seiner Ernennung zum Premierminister bei Bundeskanzlerin Angela Merkel nach den Schwierigkeiten einer Koalitionsregierung erkundigt haben. Angesichts der bislang desaströsen Zusammenarbeit der schwarz-gelben Koalitionäre, deren Krachen und Knirschen bis auf die britischen Inseln vorgedrungen sind, sannen Cameron und Clegg offenbar auf schnelle Abhilfe. In ihrem Kurz-Koalitionspapier nennen sie auch die Dissenspunkte, sie regeln aber dennoch, wie in Streitfragen entschieden werden soll. In mindestens vier Fällen ist dies ausdrücklich vermerkt, so dass die Stabilität des Regierungsbündnisses gesichert scheint. Cameron und Clegg sind fest entschlossen, mindestens die nächsten fünf Jahre zu regieren.

So bleibt die offizielle Regierungslinie bei der Erneuerung der seegestützten Atomraketen zunächst unverändert, während die Liberalen weiterhin nach besseren Alternativen suchen dürfen. Ähnlich hat man sich beim Bau neuer Atomkraftwerke arrangiert: Die Liberalen dürfen sich hier bei Abstimmungen im Parlament enthalten, aber nicht die konservative Stimmenmehrheit zu Fall bringen. Über das umstrittene Mehrheitswahlrecht, das den Liberaldemokraten bei einem Stimmenanteil von 23,0 Prozent nur 57 von aktuell 649 Parlamentssitzen brachte, soll das Volk befragt werden.

Die unkomplizierte und schnelle Regierungsbildung und die Einigung in den wichtigsten Sachfragen konnte nur funktionieren, weil Clegg und Cameron viele Dinge unter vier Augen besprachen und entschieden haben. Auch hier mag das deutsche Beispiel von Koalitionsverhandlungen mit zahlreichen Ausschüssen, nächtelangen Sitzungen, hunderten Seiten von Protokollen und einer „moderierenden Kanzlerin“ abschreckend gewirkt haben.

Die beiden Koalitionspartner pflegen ein typisch englisches, sportliches und intelligentes Miteinander. Klar ist beiden, dass in der Politik Führung verlangt wird und schnelle Entscheidungen im richtigen Moment alternativlos sind.

Unverkennbar ist für alle, denen das britische Inselreich nicht ganz fremd ist, dass in Cameron und Clegg zwei Vertreter der „Upper Class“, der reichen und gebildeten Elite, zusammenarbeiten. Dazu gehören nicht nur gut sitzende Anzüge, sondern auch eine neue Hausordnung im Kabinetts-Saal. Die Benutzung von Mobiltelefonen oder BlackBerrys ist während der Sitzung verboten. *H. E. Bues*



Gelungener Start: David Cameron (Mitte) und Nick Clegg (r.) haben viele strittige Punkte ausgeklammert. Bild: pa

Übergroße Flotte

Tauziehen um Fischereipolitik der EU

Alle zehn Jahre überprüft die EU-Kommission ihre Fischereipolitik. Im Vorfeld dazu kommt es derzeit zu heftigen Disputen zwischen Spanien und Frankreich. Spanien betreibt die größte Flotte der Gemeinschaft und muss sich den Vorwurf gefallen lassen, mit 400 Schleppnetzfischerbooten – die Hälfte seiner gesamten Tonnage – mit EU-Subventionen 90 Prozent des Jahres außerhalb der EU, beispielsweise vor Somalia, zu fischen. Von den 4035 Fischereibetrieben der EU sind in Spanien 754 (Deutschland 190) angesiedelt. Insgesamt fahren in der EU 88520 Schiffe, 415000 Menschen arbeiten in diesem Wirtschaftszweig. Die Flotten sind allerdings seit 1993 kontinuierlich geschrumpft. Damals waren es noch über 100000 Boote. Den Wandel hat die EU zwischen 2007 und 2013 mit rund 4,2 Milliarden Euro für strukturfördernde Maßnahmen und Modernisierungen einschließlich der Aquakulturen gefördert.

Beim Austausch der zuständigen Minister geht es vor allem darum, die Überfischung der europäischen Gewässer in den Griff zu bekommen. Die Gemeinschaft rangiert bei den Fischereiflotten der Welt auf Platz 3 nach China und Indien. Bei dem Treffen wurde die Schaffung eines Systems diskutiert, wonach die Quoten der Länder übertragbar sein sollen. Das würde großen Fischereiunternehmen den Kauf von Fangquoten erlauben, die von anderen Ländern nicht ausgenutzt werden. Doch Frankreich lehnt eine solche Regelung ab, wie auch die meisten potenziell betroffenen EU-Staaten. Dänemark, die Niederlande und Estland praktizieren auf nationaler Basis bereits ein solches System, stimmten aber gleichwohl gegen eine EU-Regelung. Es sei zu befürchten, dass die Marktriesen auf diesem Weg Fangbeschränkungen umgehen. In Dänemark hat der Quotenverkauf dazu geführt, dass die nationale Flotte in drei Jahren um 30 Prozent reduziert wurde.

> »Überfischung und Überkapazitäten«

Nach den Worten der EU-Fischereikommissarin Maria Damanaki sollen die Reformen der Fischereiordnung bis 2011 verabschiedet werden. Dies sei dringend erforderlich, da die Probleme von Überfischung und Überkapazitäten unbedingt einen Wendepunkt der Politik forderten. *Joachim Feyerabend*

Von wegen Einwanderungsland

US-Bundesstaaten gehen rigoros gegen illegale Zuwanderung vor – Beispiel Arizona

Das „schärfste Anti-Immigrations-Gesetz des Landes“ hat Jan Brewer, Gouverneurin von Arizona, Ende April unterzeichnet. „Wir können nicht die Sicherheit unserer Bürger der mörderischen Geldgier der Drogenkartelle opfern“, erklärte die Republikanerin bei der Zeremonie. „Es muss etwas geschehen.“

Was geschehen soll, wenn das Gesetz am 1. Juli in Kraft tritt, ist dies: Sich illegal in Arizona aufzuhalten wird zum Verbrechen erklärt und mit sofortiger Festnahme, hohen Geldstrafen, Gefängnis und Abschiebung geahndet. Sogar denen, die nur von Illegalen wissen, ihnen geholfen oder sie nicht gemeldet haben – und seien es Familienangehörige – drohen empfindliche Strafen. Das Spektrum reicht von hohen Geldbußen über den Verlust des eigenen Aufenthaltsrechts bis hin zur Ausweisung. Die Polizei muss jeden, mit dem sie in Kontakt kommt – und sei es wegen geringfügiger Verkehrsdelikte – nach seinem Aufenthaltsstatus befragen, den der Befragte an Ort und Stelle belegen muss. Mit anderen Worten: Jeder Polizist kann künftig einen Menschen mit mexikanischem, lateinamerikanischem, asiatischem oder arabischem Aussehen anhalten und auf der Stelle festnehmen, wenn nicht gültige Papiere die Legalität des Aufenthalts beweisen.

Vor allem in Gebieten wie Maricopa könnte das Gesetz „1:1“ umgesetzt werden. Hier schickt der berüchtigte republikanische Sheriff Joe Alpaio, der für viele ein Held ist, seit Jahren seine Polizisten auf die Jagd nach Illegalen. Dies führte bereits zu Tausenden von Festnahmen mit menschlichen Tragödien und auch massenhafter Verfolgung von Unschuldigen. Alpaio hat mit an dem Gesetzentwurf gearbeitet und ist einer seiner Hauptbefürworter.

> Harte Sanktionen selbst für Komplizen der Illegalen

Einen Sturm leidenschaftlicher Proteste hat das Gesetz spontan im ganzen Land hervorgerufen. Mit Massenkundgebungen, Boykott-Aufrufen gegen den Grand-Canyon-Staat und seine Produkte sowie dem Vergleich mit NS-Deutschland setzen sich die Gegner zur Wehr. Am Cinquo de Mayo, dem mexikanischen Unabhängigkeitstag, führten sogar der Bürgermeister von Los Angeles, Antonia Villaraigosa, und Kardinal Roger Michael Mahoney eine Protest-Demonstration von 60000 Latinos an, obwohl Kalifornien genug eigene Sorgen mit der illegalen Einwanderung hat.

Der Ernst der Probleme von Arizona darf man sicher nicht übersehen. Es hat die längste Grenze aller US-Bundesstaaten mit Mexiko. Seine Fernstraßen und vielen Wüstenstraßen, die es mit dem Nachbarland verbinden, werden von Drogen- und Menschenschmugglern intensiv genutzt, was oft zu Gewalttätigkeit führt. Und die Städte quellen über von Arbeitssuchenden. „In Downtown werden gerade schöne neue Apartmenthäuser angeboten“, klagt Jessica Lonkard, 30, Einwohnerin in Phoenix' feinem Stadtteil Chandler. „Aber wie wollen sie die verkaufen? An jeder Straßenecke lungern Dutzende von Tagelöhnern herum. Wer will in so einer Gegend wohnen?“ 70 Prozent der Bürger von Arizona sowie die Polizeigewerkschaft unterstützen darum das umstrittene Gesetz. Dabei vergessen sie, dass der Staat auch von der billigen Arbeit der Einwanderer profitiert. Die Landwirtschaft, das Hotel- und Gaststättengewerbe, Reinigungsbetriebe oder der Straßenbau: Viele Betriebe dieser Branchen könnten schließen, wenn die vielen Latinos plötzlich fehlen würden.

„Die Mehrzahl der illegalen Einwanderer kommen her, weil sie ein besseres Leben suchen und die Gewalt in Mexiko fliehen“, gibt sogar der Direktor des Polizeiverbandes in Arizona zu. Und der mächtige Polizeichef von Phoenix, Jack Harris, der das Gesetz ablehnt, weil es nur Misstrauen zwischen der Latino-Bevölkerung und der Polizei schafft, meint mit einem Seitenhieb auf die republikanischen Drahtzieher im Wahljahr: „Alles, was man in Arizona tun muss, um Wähler zu gewinnen, ist etwas gegen die Zuwanderung zu erfinden. Dann steht man gut da.“

Einer seiner Offiziere, David Salgrado, hat eine Klage gegen das Gesetz wegen rassistischer Diskriminierung eingereicht, ebenso wie sein Kollege aus Tucson, Martin Escobar. In der aufgeflammten Diskussion sieht die Regierung in Washington die Gefahr einer Kettenreaktion. Die Staaten Ohio, Utah, Missouri, South wie North Carolina, ebenso wie Texas, Colorado, Georgia und Maryland planen bereits ähnliche Gesetze; der republikanische Kandidat für das Gouverneursamt von Missouri pries das Gesetz aus Arizona als „wundervollen ersten Schritt“. Es wird jedoch vermutet, dass Präsident Obama das Gesetz zu Fall bringen wird, noch bevor es Nachahmer findet. *Liselotte Millauer*

Die Zocker ausbremsen

Gute Argumente sprechen für die geplante »Finanzmarkt-Transaktionssteuer« – Banken jaulen schon auf

Überraschend schnell hat Bundeskanzlerin Angela Merkel ihre Ablehnung einer Finanzmarkt-Transaktionssteuer aufgegeben. Auch in der EU scheint es keine nennenswerten Widerstände mehr zu geben. Gute Argumente sprechen für die Wiedergeburt dessen, was als „Börsenumsatzsteuer“ jahrzehntelang funktioniert hat.

Schon ab dem Jahr 1885 wurde in Deutschland eine prozentuale Steuer auf Börsentransaktionen erhoben. Vorbild war die britische „Stamp tax“, die dort unter dem Namen „Stamp duty“ für inländische Aktien bis heute existiert und dem britischen Schatzkanzler jährliche umgerechnet rund fünf Milliarden Euro beschert. Ab 1922 hieß diese Abgabe im Deutschen Reich „Börsenumsatzsteuer“, außer in den Jahren 1944 bis 1948 wurde sie bis zu ihrer Abschaffung 1991 immer erhoben. Doch im Zuge der sogenannten „Restliberalisierung“ der Kapitalmärkte wurde diese Steuer ab etwa Mitte der 80er Jahre in den meisten Industrieländern abgeschafft, zu den Ausnahmen gehören die Schweiz, Indien und wie erwähnt Großbritannien.

Grundgedanke einer solchen Steuer, die nun voraussichtlich EU-weit wiedereingeführt werden soll, ist, dass Wertpapierumsätze in geringem Umfang „entschleunigt“ werden sollen. Niedrige Steuersätze im Promille-Bereich bedeuten für mittel- und langfristige Finanzanlagen eine kaum messbare Belastung. Kurzfristigen Zockern, die teilweise mehrfach am Tag (und im computerunterstützen Handel mitunter mehrfach in der Minute) erhebliche Summen hin- und hertransferieren, macht diese Steuer jedoch das Leben schwer.

Experten sind einig, dass eine Steuer auf Transaktionen am Finanzmarkt geeignet wäre, nennenswerte Steuereinnahmen in genau dem Bereich zu generieren, der der Ausgangspunkt der seit Sommer 2007 andauernden Weltfinanzkrise ist. Zwar würden die Banken selbst einen großen Teil der sich ergebenden Steuerlast an ihre Kunden abwälzen, doch damit wäre die Belastung genau dort, wo sie hingehört: Bei den Anlegern und Investoren, vom wohlhabenden Privatmann bis zum milliardenschweren Fonds.

Anders gesagt: Nachdem die Banken und andere große Akteuren an den Finanzmärkten mit riesigen Beträgen aus den öffentlichen Haushalten davor bewahrt wurden, die Suppe auszulöffeln, die sie sich selbst und der Allgemeinheit eingebrockt haben, könnte eine solche Steuer wenigstens einen Teil der ungeheuren Last der Finanzkrise dort abladen. Zum anderen wäre eine solche Steuer eine sinnvolle Vorbeugung gegen künftige Spekulationsexzesse, denn gerade die besonders riskanten Transaktionen lassen sich mit einer solchen Steuer ganz gezielt „ausbremsen“.

Der aktuelle Schwenk der Kanzlerin, dem offenbar auch die FDP keinen Widerstand mehr entgegensetzen will, ist in erster Linie ein Erfolg der CSU. „Die Banken, die die Krise zu einem Großteil mit verursacht haben, sollten auch für die Bewältigung herangezogen werden“, sagte CSU-Chef Horst Seehofer am Sonntag in der ZDF-Sendung „Berlin direkt“. Es dürfe hier nicht immer nur geredet werden, die Bürger erwarteten, dass in dieser Richtung auch etwas geschieht.



Steuer auf Finanztransaktionen: Nicht langfristige Anleger, sondern kurzfristige Zocker, Derivatehändler und die unsäglichen „Daytrader“ kann und soll die geplante Abgabe treffen. Bild: laif

Das war nicht zuletzt ein Seitenhieb auf die sogenannte „Bankenabgabe“, die die Bundesregierung vor ein paar Wochen als Wahlkampfluftballon für Nordrhein-Westfalen in den Berliner Himmel aufsteigen ließ: Schon die Höhe dieser Abgabe blieb offen. Außerdem berührt eine Bankenabgabe nicht die Wurzel des Problems der Finanzkrise, und sie ist in einer Lage, in der die gesamte Branche mit einem vielfachen der geplanten Abgabe aus dem Bundeshaushalt unterstützt wird, im Grunde bereits im Ansatz eine Absurdität.

> Im Unterschied zur Bankenabgabe durchaus wirksam

Im Internet wirbt die breit aufgestellte Initiative „Transaktionssteuer: Die Steuer gegen Armut“ seit Oktober 2009 mit differenzierten Argumenten für eine solche Steuer. Die Initiative um den Jesuitenpriester und Soziologen Dr. Jörg Alt, die hochkarätige wissenschaftliche Unterstützung genießt und rasch die Aufmerksamkeit der Politik gewann, erläutert auf www.transaktionssteuer.org genau die Vor- und Nachteile einer solchen Steuer, einschließlich der Unterschiede zu der unter Linksradikalen so beliebten „Tobin-Steuer“, die sich nur auf internationale Devisentransaktionen beziehen würde und deswegen kaum im nationalen Alleingang eingeführt werden könnte.

„Gilt diese Steuer, müsste ein Händler pro Transaktion einen Betrag bezahlen und es wäre anzunehmen, dass er sich genauer als bisher überlegen würde, ob er die Transaktion tätigt oder nicht, als es heutzutage der Fall zu sein scheint, wenn oft ein Computer-Tastendruck Milliarden um den Erdball jagt“, erläutern die Initiatoren. „Anders als die aufwändigen Regulierungsmechanismen, die derzeit zur Aufsicht über das Finanzgeschehen ersonnen werden, wirkt diese Steuer unmittelbar ... ein Katz- und Mausspiel zwischen Händlern und Kontrolleuren erübrigt sich; man ist nicht davon abhängig, dass Kontrolleure eventuellen Missbrauch zunächst aufspüren und dann ahnden.“

Die Befürworter der Steuer nehmen nicht in Anspruch, dass eine solche Steuer die gegenwärtigen Probleme hätte verhindern können, und sie sei auch „kein Allheilmittel gegen zukünftige Krisen“. Aber: „Sie ist ein wissenschaftlich weit anerkanntes Mittel gegen Spekulation und sollte deshalb zusammen mit anderen geeigneten Instrumenten (wie der Verbesserung der Bankenaufsicht, Reform des Rating-Systems und der Bonuszahlungen) bei der Neuordnung des Finanzsystems mitberücksichtigt werden.“

Durch geeignete Ausgestaltung würde diese Steuer lediglich überzogen spekulatives Verhalten unrentabel machen: „Ein praktikabler Steuersatz dürfte zwischen 0,1 und 0,01 Prozent liegen.“ Die Sorge, dass eine solche Steuer den Finanzplatz Deutschland schwäche, wenn sie nicht weltweit eingeführt werde, weisen die Befürworter zurück. Dafür sei London der beste Beleg. Trotz einer Transaktionssteuer von „unglaublich hohen 0,5 Prozent“ (die dort allerdings nicht auf alle Finanztransaktionen erhoben wird) „ist es der weltweit größte Finanzplatz“.

Dass diese Steuer die Banken offenbar wirklich treffen würde, gab Christian Brand, der Präsident des Bundesverbandes Öffentlicher Banken, zu erkennen. Er warnte mit fast schon drohendem Unterton: „Nichts wäre schlimmer, als die bislang mit hohem Aufwand verhinderte Kreditklemme nun quasi durch die Hintertür herbeizuregulieren.“ *Konrad Badenheuer*

KURZ NOTIERT

Notfallplan zur Bankenschließung: Wie die Wiener Tageszeitung „Die Presse“ meldete, sei am Rande einer Ministerratssitzung am 11. Mai durchgesickert, dass es in Österreich einen Notfallplan gibt, der die vorübergehende Schließung aller Bankschalter, einen Aufmarschplan der Exekutive zur Bewachung der Bankinstitute sowie die Sperrung der Bankautomaten vorsieht. Das Innenministerium habe auf Anfrage den Plan bestätigt, ohne auf Einzelheiten einzugehen. Der Plan sei aber nicht erst jetzt, sondern bereits 2008 zu Beginn der internationalen Finanzkrise beschlossen worden. *RGK*

500-Euro-Scheine abschaffen: In den Parlamenten südlicher Euro-Länder wie Frankreich oder Spanien ist erneut die Forderung laut geworden, die 500-Euro-Banknoten abzuschaffen. Sie dienten vor allem in der Unterwelt als Zahlungsmittel, würden bei legalen Geschäften kaum benutzt. Außerdem sei der Schein nur ein Zugeständnis an die Deutschen in Anlehnung an den 1000-Mark-Schein gewesen. Nebeneffekt einer Abschaffung wäre indes auch die Aufdeckung von sogenanntem „Schwarzgeld“. *H.H.*

Inflation hingenommen: Die Teuerungsrate in Großbritannien ist im April auf 3,7 Prozent gestiegen von 3,4 Prozent im März. Experten hatten mit 3,5 Prozent gerechnet. Der neue britische Finanzminister, der Konservative George Osborne, erklärte ungerührt, dass die Bekämpfung des Budgetdefizits derzeit „höchste Priorität“ habe. Inflation hilft, die reale Schuldenlast eines Staates zu verringern. *H.H.*

Warnung vor unseriösen Goldhändlern: Verbraucherschützer warnen vor unseriösen Goldhändlern, die vom derzeitigen Edelmetall-Boom profitieren wollen. Sie böten zu geringe Preise für Schmuck, Münzen oder Zahngold oder verkauften das Metall überteuert. Kunden sollten auf die Spannen zwischen An- und Verkauf achten. Bei seriösen Händlern liegen diese spürbar unter zehn Prozent. *H.H.*

Europa: Sichere Bohrinseln?

Zusätzlicher Schalter hätte Explosion verhindern können

Bei uns könnte so etwas nicht passieren – diesen Satz bekommen wir immer wieder zu hören, wenn frei nach Faust „hinten, weit, im Golf von Mexiko“ ein schlimmes Unglück sich ereignet. So war es nach Tschernobyl, so ist es jetzt nach dem Untergang der Ölbohrplattform „Deepwater Horizon“.

Aber war die vor vier Wochen nach einer Explosion in den Fluten vor der Südküste der USA versunkene BP-Bohrplattform wirklich weniger sicher als ihre europäischen Schwestern in der Nordsee? Gehen die Amerikaner sorgloser mit Leben und Umwelt um als Engländer und Norweger?

Einig sind sich die Experten von Greenpeace bis zu den Öl-Multis: Absolute Sicherheit kann es nicht geben, ein Restrisiko bleibt immer. Das gilt für die friedliche Nutzung der Kernenergie genauso wie für Förderung, Transport und Verarbeitung von Petroleum. Genauso gilt aber auch: Es muss alles nur Menschenmögliche getan werden, um dieses Restrisiko so gering wie möglich zu halten. Und da scheint es zwischen den USA und Europa, insbesondere Norwegen, doch deutlich unterschiedliche Auffassungen zu geben.

In der Nordsee stehen zur Zeit 450 Bohrinseln für die Gas- und Ölförderung. Täglich werden über vier Millionen Barrel Rohöl aus dem Meeresgrund geholt. Norwegen ist mit 57 Prozent die Nummer 1, gefolgt von Großbritannien (34 Prozent). Dänemark bringt es noch auf acht Prozent der Förderung, Deutschland und die Niederlande müssen sich mit je einem Prozent begnügen.

> Ausgelegt für Wassertiefen bis zu 3000 Meter

Die ergiebigsten Lagerstätten finden sich bei Wassertiefen von unter 400 Meter, so dass hier auch fest auf dem Meeresgrund verankerte Plattformen zum Einsatz kommen können. Erst bei größeren Wassertiefen ist der Einsatz schwimmender sogenannter Halbtaucherkonstruktionen zwingend erforderlich.

Um einen solchen Bautyp handelte es sich bei der jetzt verunglückten „Deepwater Horizon“. Sie war für Wassertiefen bis 3000 Meter ausgelegt, galt als modernstes Gerät dieser Art und hatte gerade erst mit einer Bohrung bis in 10685 Meter einen Tiefen-Weltrekord aufgestellt.

Die Explosion der Bohrinsel am 20. April wurde höchstwahrscheinlich ausgelöst durch Gas, das plötzlich unter extrem hohem Druck am 1500 Meter tiefen Bohrloch austrat. Um solches zu verhindern, haben alle Plattformen eine Schutzvorrichtung (Blowout Preventer). Dieses Ventil, das von der Plattform aus bedient wird, versagte ebenso wie ein zusätzliche automatische Sicherung. Für diesen seltenen Fall haben europäische Plattformen ein weiteres Sicherheitssystem, das notfalls auch von Rettungsbooten aus geschaltet werden kann – auf diesen Schalter aber verzichten die Amerikaner, wie das „Wall Street Journal“ enthüllte.

Da die Sicherheitsverantwortlichen der Bohrinsel sich unter den elf Todesopfern befanden, wird die Ursache des „Deepwater-Horizon“-Unglücks wohl nie restlos aufgeklärt werden können. Es scheint aber berechtigt, ein ähnliches Unglück auf einer europäischen Plattform auszuschließen. *Hans-Jürgen Mahlitz*

Der Charme fauler Kredite

Generali Versicherung prüft neue Investitionsmöglichkeit

Anfang der Woche vermeldete die „Financial Times Deutschland“ („FTD“), dass der Generali-Konzern, zu dem Versicherungen wie die Volksfürsorge, cosmosDirekt, Aachen Münchner, central, AdvoCard und die Bausparkasse Badenia gehören, in das riskante Geschäft mit faulen Krediten einsteigen wolle. Damit würde sich die Generali als erster Versicherer in Deutschland trauen, notleidende Kredite, auf die seit mindestens drei Monaten weder Tilgung noch Zins eingegangen ist, von Banken aber auch Fondsgesellschaften zu erwerben.

Was auf den ersten Blick unsinnig erscheint, kann interessante Renditemöglichkeiten in sich bergen. Denn der Käufer fauler Kredite würde diese viel günstiger erhalten, als diese eigentlich wert sind. Wenn dann nur ein Teil der verliehenen Gelder wieder eingetrieben werden kann beziehungsweise die dahinter stehenden Sicherheiten verwertet werden können, dann besteht die Chance auf Gewinn. Und da ihr branchenüblich konservativ ausgerichtetes Anlagegeschäft es den Versicherern in der jetzigen Niedrigzinsphase schwer macht, gute Renditen zu erzielen, um so auch ihren Kunden attraktive Zinsen auf deren Kapitallebens- und Rentenversicherungen zu bieten, müssen sie neue Möglichkeiten ersinnen.

„Wir schauen uns als Investor verschiedene Anlagemöglichkeiten an und prüfen“, relativiert Carola Haacke von der Generali Deutschland Holding AG gegenüber der *PAZ* die Meldung der „FTD“. Auch wisse sie nicht, woher die Zeitung die Höhe des Investitionsvolumens, das diese mit 100 Millionen Euro angibt, habe. Zudem würden derartige Anlagestrategien nicht in Deutschland allein entschieden, sondern vom international aufgestellten Asset-Management des gesamten Konzerns.

> Niedrigzinsniveau macht riskante Geschäfte attraktiv

Wer sich diesen allerdings genau anschaut, stößt auf eine maßgebliche Veränderung in der italienischen Konzernspitze der Generali. Ende April folgte dem 85-jährigen Antoine Bernheim, der insgesamt 37 Jahren in wichtigen Positionen bei der Generali tätig war, Cesare Geronzi als Präsident des Verwaltungsrates. Dieser gab zu, keine Ahnung von der Versicherungsbranche zu haben.

Der 75 Jahre alte Geronzi stammt aus der Bankenbranche, und es ist ein offenes Geheimnis in Italien, dass ihm seine guten Kontakte zu umstrittenen Politikern wie Giulio Andreotti, der wegen Verbindungen zur Mafia in die Kritik geraten war, beruflich immer geholfen haben. Auch zur Regierung Berlusconi muss Geronzi gute Kontakte haben, denn diese soll seinetwegen darauf verzichtet haben, ein Gesetz zu erlassen, das die Ehrenhaftigkeit von Managern in der Versicherungsbranche verlangt. Diese zu belegen wäre dem häufig angeklagten, aber stets vor Gericht freigesprochenen Geronzi schwergefallen und hätte seinen Aufstieg bei der Generali, dem drittgrößten Versicherer weltweit, möglicherweise verhindert.

Ob die Generali Deutschland Holding AG, mit 13,5 Millionen Versicherten in Deutschland zweitgrößter Erstversicherer nach der Allianz, nun auch in das Geschäft mit notleidenden Krediten einsteigt, hängt also auch von der Geschäftsausrichtung des Bankers Cesare Geronzi ab. *Bel*

Ermüdende Debatte

Von Rebecca Bellano

Seit Jahren lesen wir über die Islamkonferenz, doch Fortschritte waren bisher nicht zu erkennen. Und aus genau diesem Grund ermüdet die Debatte allmählich, was gefährlich ist. Denn die realen Probleme der mangelnden Integration haben verheerende Auswirkungen für die Gegenwart und Zukunft des Landes. Und statt zum x-ten Mal darüber zu lamentieren, was bei der Aufnahme vor allem der türkischen Gastarbeiter in der Vergangenheit schief gelaufen ist, und die Fehler der deutschen Regierungen zu geißeln, ist es an der Zeit, die gegenwärtigen Probleme endlich anzupacken.

Doch mit Sätzen wie „Potenziale der Migranten nutzen“ und „nur gemeinsam sind wir stark“, wie sie die Integrationsbeauftragte Maria Böhmer so liebt, reißt man niemanden vom Hocker. Auch hat es die deutsche Mehrheitsbevölkerung satt, ständig vorgehalten zu bekommen, warum sie so intolerant sei und die zugewanderten Türken nicht willkommen heiße. Liegt es überhaupt an den Deutschen, dass sich Polen und andere Osteuropäer, aber auch Spanier und Italiener besser integrieren als Türken? Bildung ist der Schlüssel zur Integration, warum nutzen ihn Türken weniger als Polen? Hier gilt es endlich anzusetzen.

Für das Ausland

Von Hans Heckel

Studiengebühren sind ein Reizthema. Jetzt kam eine Studie der Uni Bochum zu einem unerwarteten Schluss: Nicht die Gebühr sei unsozial, sondern das Studium zum Nulltarif, denn dafür müssten auch solche Steuerzahler berappen, die selbst nie studieren würden und im Durchschnitt lebenslang weniger verdienen würden als die Akademiker (siehe Seite 5).

Es wurde Zeit, dass jemand diesen Aspekt in die Diskussion bringt. Nehmen wir zwei Gleichaltrige: Der eine geht nach der Mittleren Reife in die Lehre, der andere macht Abitur und studiert. Während der eine längst Geselle ist und Steuern zahlt, studiert der andere – wobei sein Studienplatz auch vom Steuergeld des Gesellen finanziert wird. Später wird der Studierte im Durchschnitt deutlich mehr verdienen als der Geselle. Das soll gerecht sein?

Linke, Grüne und Sozialdemokraten wehren das mit der Forderung nach einer „Bildungsabgabe“ ab, die nur Besserverdiener treffen solle. Da diese meistens studiert haben, würden so ehemalige Studenten für heutige zahlen.

Auch hier wird etwas übersehen. Deutschland leidet unter massiver Auswanderung gutausgebildeter Menschen, insbesondere Uni-Absolventen, während vor allem Geringqualifizierte ins Land strömen. Viele der Auswanderer nennen die hohen Steuern in Deutschland als einen Grund fürs Weggehen. Das linke Finanzierungsmodell erhöht diesen Auswanderungsdruck nur noch. Es läuft darauf hinaus, dass deutsche Steuerzahler Akademikernachwuchs für das Ausland finanzieren.

Die absurde Forderung

Von Konrad Badenheuer

Es klang wie ein Fazit des Ökumenischen Kirchentages: Mit ungeduldigen, ja fast schon brüsken Worten verlangten prominente Vertreter vor allem auf evangelischer Seite gemeinsame Abendmahlsfeiern von Katholiken und Protestanten.

Aus katholischer Sicht ist klar, warum Christen anderer Konfessionen zwar an katholischen Eucharistiefeiern intensiv teilnehmen, aber in dieser Feier nicht „kommunizieren“, also nicht den Leib des Herrn empfangen können: Wer die Inhalte dieser Feier wirklich bejaht, also zum eucharistischen Hochgebet ehrlichen Herzens „Amen“ sagen kann, kann unmöglich Protestant bleiben. Er müsste konvertieren, und sei es unverzüglich nach der Feier. Genau das haben aber die evangelischen Befürworter gemeinsamer oder wechselnder Feiern erklärtermaßen nicht im Sinne: Man will evangelisch bleiben, bestreitet etliche katholische Glaubensüberzeugungen explizit und möchte trotzdem gelegentlich in katholischen Gottesdiensten den Leib Christi empfangen.

Man muss nicht katholisch sein, um die Unaufrichtigkeit dieses Verlangens zu erkennen. Und dass katholische Geistliche, vom Dorfpriester bis zum Papst, dazu „Nein“ sagen, hat wahrlich nichts mit Engherzigkeit zu tun. Sie schützen damit noch nicht einmal in erster Linie die Identität der katholischen Kirche, die mit der Eucharistie steht und fällt (das tun sie auch), sondern sie bewahren vor allem verwirrte evangelische Christen, so groß ihre Zahl auch sein mag, vor Gefahr für ihr Seelenheil. Unaufrichtigkeit ist für einen Christen immer eine existenzielle Gefahr, aber wo könnte diese Gefahr größer sein als in der unmittelbaren und persönlichen Begegnung mit Jesus Christus im Herrenmahl?

Ohne tiefen Konsens im Glauben schadet das Herrenmahl nur

Ohnehin ist das bisher Gesagte nur die eine, nämlich gleichsam die katholische Begründung, warum das Anliegen gemeinsamer oder wechselnder Abendmahlsfeiern absurd ist. Auch ein theologisch stringenter Protestantismus, für den 2 mal 2 noch 4 ist, kann zu keinem anderen Ergebnis kommen. Um nur eines von vielen Argumenten zu nennen: Gerade wenn man dem Glauben gegenüber den Werken eine so hohe Bedeutung für die Erlösung des Menschen zuschreibt, wie die evangelische Theologie es tut, können die geglaubten Inhalte nicht gleichgültig sein. Sonst verlöre man sich endgültig im Nebel des Subjektiven, zumal ohnehin der Glaube eines Menschen im Unterschied zu seinen Werken nur schwer objektivierbar ist.

Anders gesagt: Interkonfessionelle Abendmahlsfeiern bedrohen den innersten Kern der evangelischen Identität kaum weniger als den der katholischen. Solche Feiern bringen für die in einer tiefen Schicht ungeteilte, weil unteilbare Eine Kirche, den mystischen Leib Christi, keinerlei Nutzen, sondern sie sind eine große Gefahr, weil ihre eigentliche Botschaft Beliebigkeit und Gleichgültigkeit ist. Ob alle Befürworter gemeinsamer Feiern das übersehen oder ob manche das womöglich ganz bewusst so wollen?



Die Frage nach gemeinsamen Eucharistiefeiern hat viele Dimensionen und Facetten. Eine davon lautet: Ist der christliche Glaube auch inhaltlich bestimmt oder ist er nur Sache des Gefühls?

Bild: action press

Moment mal!



Ich will unsere D-Mark wiederhaben!

Von Klaus Rainer Röhl

Ich erinnere mich noch sehr gut an einen Novemberabend im Jahre 1996 in der kleinen niederrheinischen Stadt Erkelenz. Wir diskutierten über die Abschaffung der D-Mark und die Einführung des Euro. Abstimmen durften die Deutschen ja nicht über die Abschaffung der in der ganzen Welt angesehenen deutschen Währung, diskutieren schon. Und in meiner Partei, der FDP, waren die Meinungen durchaus geteilt, meine Freunde von der „Liberalen Offensive“ um den ehemaligen Generalbundesanwalt Alexander v. Stahl und ich waren für die Beibehaltung der D-Mark, die Parteispitze, zu der damals auch schon Guido Westerwelle gehörte, war für die Einführung einer europäischen Währung. Sie wollten den Euro, wir nicht. Der Ortsverein der FDP von Erkelenz hatte an diesem Abend auch mich als Vertreter der Nationalliberalen zu einer Diskussion geladen, der Gegenredner war Giorgos Chatzimarkakis, ein Grieche mit deutschem Pass – er hat inzwischen als Europaabgeordneter Karriere gemacht. Der Saal in der kleinen Stadt war gerappelt voll – die Einführung der neuen Währung beschäftigte damals Junge und Alte. Die Diskussion war sehr lebhaft, und es ging hauptsächlich um die Gefahren einer Abwertung unserer Währung und damit einer drohenden Inflation. Am Ende war klar, dass die Mehrheit der Anwesenden für die Beibehaltung der D-Mark und gegen den Euro war. Man wollte lieber die deutsche Einheit feiern und ausgestalten, als eine neue Einheit mit zwei Dutzend anderen europäischen Völkern und Staaten unterschiedlicher Geschichte, Sprache, Kultur und Entwicklung zu suchen, die wirtschaftlich ohnehin unter keinen Hut zu bringen wären. Fast hätte ich eine Abstimmung beantragt, aber dazu kam es nicht mehr. Diskutiert wurde also, aber gefragt wurden die Deutschen nicht – andere europäische Völker auch nicht, manche stimmten mit Nein wie Dänemark und Schweden, Norwegen und England wollten ihre Währung überhaupt nicht abgeben.

Hatten wir vor dem Euro eigentlich keine Exportüberschüsse?

So wurde ich, ohne dass eine politische Einheit auch nur in Ansätzen sichtbar geworden wäre, Zwangseuropäer, das Geld 2:1 umgetauscht und in den folgenden Jahren Cent um Cent abgewertet. Vor der Einführung des Euro bekam ich 1850 Rente. Der Euro, sagte man, sollte doppelt so viel wert sein wie die D-Mark. Also betrug meine Rente jetzt 995 Euro. Alles sollte dementsprechend nur noch die Hälfte kosten, und in den ersten Monaten stand auf dem Kassenzettel auch noch der Betrag in der alten Währung (in Frankreich bis heute). Aber bald kam die schleichende Abwertung. Schon der „Spiegel“, der vor der Währung 5 D-Mark gekostet hatte, war nur noch für 3,50 Euro zu haben. Von der Bahnfahrt bis zum Benzin, vom Brötchen bis zum Theaterbesuch kostete sehr bald alles so viel wie früher in D-Mark, nur die Rente stieg nicht. Nun sagt mir die Kanzlerin im Fernsehen und mein kluger Freund Hilmar Kopper („Peanuts“) in seinem „Bild“-Gespräch vom vorigen Freitag, dass der Euro gut gewesen sei für „uns“. Wir profitierten alle davon. Und ich frage nun heute wie damals in Erkelenz, wer ist das: „wir“? Ist das Deutschland? Sind es die Deutschen? Die, die Autos und Kühlschränke in die Euro-Zone exportieren und dicke Gewinne machen – sind das nicht vielmehr VW und BMW und Siemens? Hatten wir vorher keine Exportüberschüsse?

Wie sehen die Deutschen heute, acht Jahre nach der Einführung des Euro, ihre Lage? Wie ich. Laut einer Umfrage im „Stern“ wünschen sich 52 Prozent von ihnen ihre alte Währung wieder zurück.

Statt blühenden Wohlstandes kam dann die Wirtschaftskrise, ausgelöst durch Aktivitäten von US-Banken wie Lehman Brothers, die mit abenteuerlichen Spekulationen Millionen von Menschen ruiniert und dabei unermessliche Gewinne eingefahren haben. Die Kosten mussten am Ende mit Staatsgeldern, das heißt auf Kosten der Steuern zahlenden US-Bürger und leider, wegen der Verflechtung mit deutschen Banken, auch von Deutschland bezahlt werden, mit Milliarden deutscher Euros. Danach kam die sogenannte Griechenland-Krise, ausgelöst durch die jahrelang nicht beachtete schlechte Wirtschaftslage des sonnigen Urlaubslands, aber vor allem durch die gezielte Spekulation einiger US-Großbanken und der von ihnen abhängigen Rating-Agenturen. Die Spekulanten schlossen Wetten auf den griechischen Staatsbankrott ab, die angeblich nur mit einer gewaltigen Kraftanstrengung der übrigen (soweit zahlungsfähigen) Euro-Länder und des IWF mit einem Mammut-Kredit gestoppt werden könnten – entgegen der europäischen Verfassung, die diesen Eingriff verbietet. 110 Milliarden Euro in drei Jahren könnten es locker werden.

Das war vor drei Wochen und ist schon wieder Geschichte. Eine ziemlich miese Geschichte. Weil sich herausstellte, dass die Spieler in den USA – die auf den griechischen Staatsbankrott hohe Wetten abschließenden Spekulanten, keine anonymen Mächte, sondern Menschen mit Namen und Adresse – nun hellhörig wurden und begannen, ihre Spekulationen nicht nur gegen Griechenland und andere wirtschaftlich schwache Länder wie Portugal und Spanien, sondern auch gegen die ganze Euro-Zone zu erweitern. Mit dem Ziel, wie eine Gruppe von fünf Wissenschaftlern letzte Woche in der „FAZ“ in einer Anzeige die deutsche Öffentlichkeit informierte, die ganze Euro-Zone zu entwerten und den entwerteten Rest als Ramsch aufzukaufen. In der Erklärung der Fünf, die schon 1996 als Euro-Gegner von sich reden machten und die nun erneut vergeblich versucht haben, Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht einzulegen, heißt es: „Was erklärt diesen Ausbruch europapolitischer Hektik und Hysterie vom letzten Wochenende? Hat die Politik den Verstand verloren? Glaubt sie wirklich, mit Inflationsexzessen das Vertrauen der Menschen und Märkte zurück zu gewinnen? Je größer und phantastischer die Dimensionen dieser Hilfsprogramme werden, desto kühler werden die Märkte ihre Inflationsgewinne berechnen: die Spekulation mit dem Werteverfall und dem billigen Nachkauf der sich entwertenden Vermögenstitel.“

Es ist kein Trost, dass es zur Zeit vielen Deutschen so geht wie mir, den sogenannten „Geringverdienenden“, ein neugebildetes Orwell-Wort für Arme: Den Rentnern, den Alten ohne menschenwürdige Alterssicherung und den Jugendlichen ohne sichere Zukunft, den durch den sozialen Rost gefallenen Hartz-IV-Beziehern vom 45. Lebensjahr an, den Intellektuellen ohne Einschaltquote und Marktanteil und den Hochqualifizierten mit zu hoher Qualifizierung – sie alle sind Verlierer des Märkte-Pokers und des Währungs-Roulettes – des spannenden Spiels für ein paar Banker.

Beim Spiel mit den Banken blickt die Pfarrerstochter nicht mehr durch

Ein Spiel, das die liebenswerte Pfarrerstochter aus Mecklenburg nicht mehr durchschaut. Jetzt setzt sie mit 750 Milliarden Euro ein? Den Einsatz vervielfachen wie beim Roulette? Aber auch da klappt es nie mit dem „Verdoppelungsspiel“, der großen Illusion aller unglücklichen Spielsüchtigen: Die Bank gewinnt immer, die Goldmans und Lehmans in New York auch. Mit denen spielt man nicht, Angela.

750 Milliarden Euro als Schutzschild für den Euro? Aber was, wenn auch diese gigantische, kaum mehr richtig vorstellbare Summe nicht ausreicht? Hilmar Kopper warnte in der „Bild“: „Kommissions-Präsident Barroso hat gesagt: ‚Wir werden den Euro verteidigen, was immer es kosten mag.‘ Dieser Satz ist hochgefährlich. Der Markt könnte ihn testen wollen.“ Und deshalb will ich, wie 52 Prozent der Deutschen, unsere gute D-Mark wiederhaben.

Zauberwort Arkadien

Eine Hamburger Ausstellung zeigt Werke norddeutscher Maler, die ihr Glück in Italien suchten

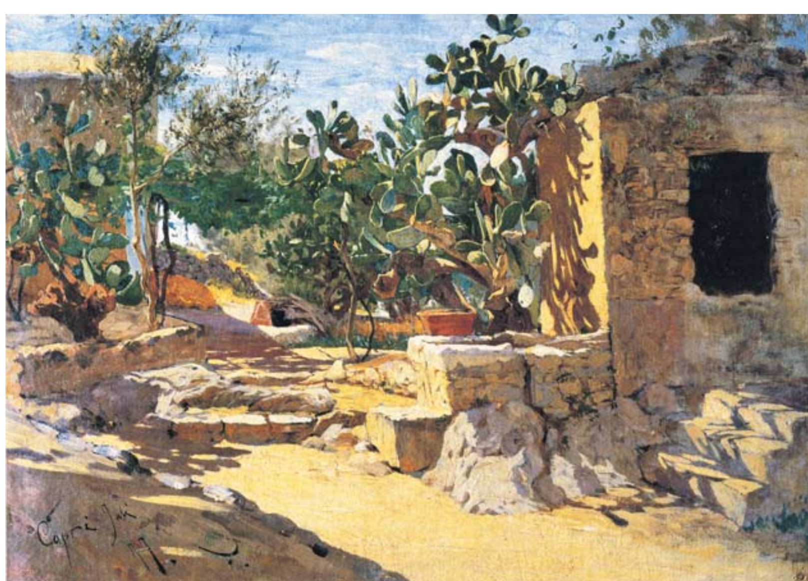
Italien, das Sehnsuchtsziel deutscher Touristen, zog im 19. Jahrhundert auch viele deutsche Maler an. Dort lernten sie, die Landschaft in neuem Licht zu sehen.

Jetzt rollen sie bald wieder, die modernen Karawanen. In wenigen Wochen wird die große Reisewelle beginnen und Auto sich an Auto reihen; an den Flughäfen werden sich die Menschen an den Schaltern drängeln und auf den Bahnhöfen auf die Ankunft des Zuges warten. Seit Jahrhunderten zieht es Menschen fort aus ihrem Alltag. Was treibt sie an, die gewohnte Umgebung zu verlassen und auf Reisen zu gehen? „Das ist das Angenehme auf Reisen, dass auch das Gewöhnliche durch die Neuheit und Überraschung das Ansehen eines Abenteuers gewinnt“, erkannte Johann Wolfgang von Goethe (1749–1832), der Italien 1786 für 20 Monate bereiste und mit der Veröffentlichung seiner Eindrücke der „Italienischen Reise“ die Sehnsucht der Deutschen nach dem sonnigen Süden weckte. Sein Ausspruch „Auch ich war in Arkadien“ (Et in Arcadia ego) erlangte als Sehnsuchtsmotiv Berühmtheit.

Goethe weckte die Sehnsucht nach dem Süden

Das Zauberwort Arkadien, obwohl eine Landschaft auf dem Peloponnes meinend, wurde zum Synonym für Italien. „Seit der Antike gilt Arkadien als Inbegriff der ursprünglichen Landschaft, auch im Hinblick auf eine Bevölkerung, die weitgehend unberührt von Zivilisationseinflüssen lebt“, erklärt Susanne Keller, Kuratorin der Ausstellung „Sehnsucht nach Arkadien“, die zur Zeit im Hamburger Jenisch-Haus Werke norddeutscher Maler präsentiert.

Seit dem Barock galt die Grand Tour, die Bildungsreise nach Italien, als Pflicht für Adelige. Später folgten auch Bürgerliche, oft ausgerüstet mit einem Stipendium, dem Ruf in den Süden. Darunter waren auch viele Maler und Bildhauer, die dort einmal die antiken Stätten und die Meisterwerke der Renaissance studieren wollten, zum anderen aber auch das irdische Paradies suchten, ein Land fernab aller Konventionen. Um 1800 waren in Rom ganze Kolonien deutscher und dänischer Künstler entstanden, die auch untereinander in engem Kontakt standen. Der Bildhauer Bertel Thorvaldsen (1770–1844) war dort eine zentrale Figur, er scharte Schüler, Auftraggeber und Gelehrte um sich und erhielt später einen Lehrstuhl an der Kopenhagener Akademie. Seine Büste eines unbekannten Künstlers nimmt einen besonderen Platz in der Hamburger Ausstellung ein. Viele Künstler hatten zusammen an der Königlich Dänischen Akademie der Schönen Künste in Kopenhagen studiert. Kopenhagen galt zu dieser Zeit uneingeschränkt als Kunstzentrum für Dänemark und Norddeutschland, besonders auch für Schleswig-Holstein, das bis 1840 größtenteils unter dänischer Verwaltung stand. Die Bilder aus dem späten 18. und dem 19. Jahrhundert zeigen ein Italien voller Lebensfreude, voller Licht. Sie zeigen Motive aus Rom, von der Amalfi-Küste oder aus den Albaner Bergen. Idyllisch anmutende Straßenszenen, buntes Treiben am Hafen, zerklüftete Felsen, anmutige Frauen in landestypischer Tracht, Hirtenjungen – all das verkörpert das Italienbild früherer Jahre. Künstler wie Hans Peter Feddersen (1848–1917) zog es auf die Insel Capri. Dort suchte er kleine unbedeutende Orte auf und hielt die charakteristische Atmosphäre mit Farbe und Pinsel fest. Viele folgten später seinem Vorbild, so dass die kleine Insel bald überlaufen war. Klaus Groth stöhnte 1895, dass es auf Capri „von Malern wimmelt ... man stolpert über Männer und Weiber, über Staffeleien und Paletten, die alle eigentlich denselben grauen Felsen im blauen Meer abkonterfeien.“ Auch wenn die Motive sich ähneln, so hat doch jeder Künstler seine eigene Handschrift. So mancher entdeckte für sich die Landschaft, ein Motiv, das lange Zeit als minderwertig galt.



Hans Peter Feddersen: Kaktus mit Hütte (Juli 1877, Öl) Bild: Altonaer Museum

Nicht wenige Maler blieben in Italien, anstatt in die norddeutsche Heimat zurückzukehren. „Es ist doch gar zu schön in Italien“, schwärmte Louis Gurlitt (1812–1897), „und ich bleibe hier so lange wie nur irgend möglich.“ Andere nahmen ihre Eindrücke mit nach Hause. Das Erlebnis des weichen und doch intensiven Lichts wirkte auch noch in ihrer norddeutschen Heimat. Sie malten sie fortan „mit italienischem Blick“.

Auch andere Norddeutsche waren fasziniert vom italienischen Flair, so der 1719 im ostpreußischen Ragnit geborene Johann Friedrich Reiffenstein. Der Maler, Antiquar und Kunstagent unter anderem für Zarin Katharina II. war in der Zeit der Aufklärung ein deutscher Fremdenführer in Rom für prominente Reisende wie Goethe oder Johann Gottfried Herder (1744–1803).

Wenig glücklich allerdings war der Mohrunger Herder, als er sich auf die Reise nach Italien begab. Anders als sein Freund Goethe fühlte er sich als ein „nordliches Wesen“ und somit mehr dem eigenen Kulturkreis verbunden, und so entstand auch kein Reisebericht wie bei Freund Goethe: „Um eine schöne, wenigstens gern gelesene Reise schreiben zu können, muss man auf der Reise selbst gerade so wohl und behaglich gewesen sein, um seine Individualität zur Hälfte vergessen und zur Hälfte mit Allem, was man niederschrieb, verweben zu können ...“, erklärte Herder seinem Freund Böttiger.

Am 6. August 1788 war der Ostpreuße, der zu dieser Zeit als Superintendent in Weimar wirkte, in Begleitung des Trierer Domherrn von Dalberg nach Italien aufgebrochen, eine Reise, die bis zum 9. Juli 1789 währen sollte und die dem Theologen allerlei Ungemach bereitete. Während in Italien für Goethe hauptsächlich Rom mit seinen Kulturschätzen von Bedeutung war, empfand Herder vor allem Neapel als wohltuend für Leib und Seele. So schrieb er am 6. Januar 1789 an seine Frau Caroline: „Vom drückenden Rom befreit fühle ich mich wie einen ganz anderen Menschen, wiedergeboren an Leib und Seele ... hier ist eine Welt, die Gott gemacht hat, Gesundheit, Ruhe und Leben ...“ *Silke Osman*

»Hier ist eine Welt, die Gott gemacht hat«

Die Ausstellung „Sehnsucht nach Arkadien – Schleswig-Holsteinische Künstler in Italien“ im Jenisch-Haus, Baron-Voght-Straße 50, Hamburg, ist bis zum 21. November dienstags bis sonntags von 11 bis 18 Uhr zu sehen, Eintritt 5 / 3,50 Euro.

Von Friedrich dem Großen geschätzt

Vor 300 Jahren wurde der Bildhauer François Gaspar Adam geboren – Erster Hofbildhauer

Als Friedrich der Große in einem Brief vom 2. März 1747 an seine Lieblingsschwester, die Markgräfin Wilhelmine von Bayreuth (1709–1758), den am 23. Mai 1710 in Nancy geborenen Bildhauer François Gaspar Adam einen „der besten unseres Jahrhunderts“ nannte, hatte er lediglich eine ungefähre Kenntnis von dessen Werken. Zwar hatte der König schon seit 1742 zahlreiche antike Skulpturen in seinem Besitz, die Adam restauriert hatte, aber dessen eigene Schöpfungen kannte er nur von Kupferstichen. Am 21. August 1742 war die „Sammlung Polignac“ in Sanssouci angekommen, die der König aus dem Nachlass des Kardinals Melchior de Polignac (1661–1741) erworben hatte, da er das Bedürfnis hatte, in seinem Staat eine eigene Produktion qualitativ anspruchsvoller Skulpturen ins Leben zu rufen.

Ausgezeichnet von der Academie Royal

François Gaspar Balthasar Adam stammte aus einer Bildhauerfamilie und wurde ebenso wie seine Brüder Lambert Sigisbert und Nicolas Sebastien von seinem Vater ausgebildet. Ab 1730 arbeiteten alle drei in Rom. Nachdem Adam im Jahre 1733 wieder nach Nancy, das damals noch zum autonomen Herzogtum Lothringen und nicht zu Frankreich gehörte, zurückgekehrt war, ging er kurze Zeit darauf nach Paris und wurde mit mehreren Preisen der Academie Royal ausgezeichnet. Seit 1742 arbeitete er wieder in Rom. Es könnte sein, dass seine Kopie eines antiken „Fauns mit Weintraube“ einem Freund des Preußenkönigs, dem Marquis d'Argens (1703–1771) aufgefallen ist, denn das Motiv passte zu dem von 1745 bis 1747 errichteten Schloss Sanssouci Friedrichs, das dieser auch „mein Weinberghäuschen“ nannte. Jedenfalls vermittelte der Marquis eine Anstellung des Künstlers in Potsdam. 1747 wurde Adam zum Ersten Hofbildhauer ernannt.



Sanssouci: Juno mit Pfau von François Gaspar Adam (1753) Bild: Internet

Friedrich der Große, der sonst recht sparsam war, ließ sich seine künstlerischen Ambitionen etwas kosten. Die Sammlung Polignac soll 40 000 Reichsthaler gekostet haben, und Adam erhielt 4000 Livres jährlich und für jede abgelieferte Statue weiteres Honorar. In den 13 Jahren, während derer er in Potsdam lebte, schuf er zahlreiche Kunstwerke in Marmor, die noch heute in den Bauwerken und im Park von Sanssouci betrachtet werden können, darunter Göttin Juno (Hera) mit Pfau (1753) am französischen Rondell an der großen Fontäne sowie Apollo mit dem getöteten Python (1752), ebenfalls an der großen Fontäne. Adam orientierte sich aber nicht nur an der Antike, der er einen anmutigen Charakter gab, wie man es eben im Rokoko bevorzugte, sondern er schuf auch Skulpturen von Zeitgenossen wie zum Beispiel die Büste des von Friedrich sehr geschätzten Großkanzlers Samuel von Cocceji (1679–1755). Die eindrucksvolle Büste fand im sogenannten Kollegienhaus (heute Teil des Jüdischen Museums) in der Lindensstrasse im Bezirk Kreuzberg, das damals das Kammergericht beherbergte, ihren Platz.

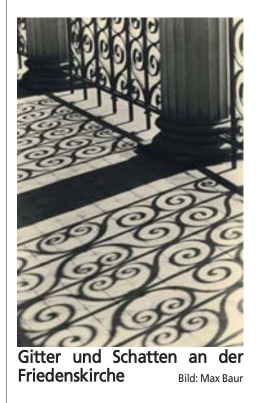
Im Jahre 1751 wurde Adam zum Ehrenmitglied der Akademie der Künste ernannt, die es seit 1704 in Berlin gab. Als Adam mitten im Siebenjährigen Krieg im Jahre 1759 nach Paris zurückkehrte, geschah das im gegenseitigen Einvernehmen, denn es war kein Geld für besondere Aufträge vorhanden. Dabei hinterließ er mehrere unvollendete Kunstwerke. Zum Beispiel wurde die Statue, die der König seinem im Siebenjährigen Krieg (1756–1763) gefallenen Feldmarschall Kurt von Schwerin (1684–1757) errichten ließ, um den Wilhelmplatz in Berlin zu schmücken, von Adams Neffen Sigisbert Michel (1728–1811) vollendet, der seinem Onkel nach Berlin gefolgt war und ebenfalls in dem vom König kurz nach seiner Inthronisation geschaffenen Bildhaueratelier tätig war. Adam hatte auch die Leitung dieser bis 1779 im Grottenhaus des Lustgartens am Berliner Schloss untergebrachten Werkstätte.

Kein Geld für besondere Aufträge

Der Bildhauer starb am 18. August 1761 in Paris. Friedrich der Große hat Adam nicht nur im Briefwechsel mit dem Marquis d'Argens, sondern sogar gelegentlich in einigen seiner Gedichte erwähnt, wenn er auf künstlerische Belange zu sprechen kam. Er war mit der Arbeit seines Künstlers zufrieden, auch wenn Adam im Urteil der Kunstkritik nicht immer den ersten Platz einnimmt. *Jürgen Ziechmann*

AUSSTELLUNG

Fotografien von Sanssouci



Gitter und Schatten an der Friedenskirche Bild: Max Baur

Die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) präsentiert in den Römischen Bädern bis zum 25. Juli, täglich außer montags von 10 bis 18 Uhr, in Kooperation mit steins art consulting – Max Baur Archiv rund 70 Vintage-Fotografien von Max Baur, einem der bedeutendsten Potsdam-Fotografen des 20. Jahrhunderts. Max Baur (1898–1988) entwickelte einen eigenen Stil, der die formalen Ausdrucksmittel heutiger Fotografen vorwegnimmt. Potsdam mit seinen Schlössern und Gärten, allen voran der Park Sanssouci, bildet einen thematischen Schwerpunkt im vielseitigen Werk des Künstlers. *PAZ*

Ausstellung über F. W. v. Reden in Ratingen

Noch bis zum 26. September zeigt das Oberschlesische Landesmuseum die in Verbindung mit dem Industriemuseum des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (LWL) und dem Westfälischen Landesmuseum für Industriekultur erstellte Ausstellung „Im Auftrag seiner Majestät – Die Reise des Oberbergrats Friedrich Wilhelm von Reden von Oberschlesien ins Ruhrtal“.

Friedrich Wilhelm Graf von Reden (1752–1815) hat die industrielle Entwicklung in Oberschlesien sehr gefördert. Er war Direktor des schlesischen Obergamtes mit Sitz in Breslau. Im Jahr 1782 reiste er im Auftrag des preußischen Bergwerksministers auch ins Ruhrtal. Sein Bericht liefert von dort ein detailliertes Situationsbild des Steinkohlebergbaus. Zu dieser Zeit befand sich der Bergbau im Ruhrtal noch in den Anfängen. Schlesien war durch Redens Wirken technisch bereits höher entwickelt. Der Bericht dieser Reise ist Ausgangspunkt der Ausstellung. Sie ruft damit auch die bedeutende Persönlichkeit und das umtriebige Wirken des späteren preußischen Bergwerksministers von Reden in Erinnerung. Modelle aus dem Bergbau, historische Grafiken, Archivalien, Statuetten, Plaketten, ein repräsentatives Teeservice sind teilweise erstmals oder nach längerer Zeit wieder einmal zu sehen. Redens schlesisches Lebensumfeld mit Wohnsitz auf Schloss Buchwald am Riesengebirge wird ebenfalls beleuchtet.



Oberbergrat Reden Bild: Archiv

PAZ

Verhinderter »König von Deutschland«

Der Kaiserenkel Wilhelm Prinz von Preußen fiel 1940 im Frankreichfeldzug der Wehrmacht

Wäre die Geschichte in ein paar Punkten anders verlaufen, dann hätte Wilhelm Prinz von Preußen im Jahre 1951 den deutschen Thron besteigen können. Allerdings wollte der sympathische Hochadlige, der vor 70 Jahren an der Westfront fiel, nicht Deutscher Kaiser werden, sondern „König von Deutschland“.

Wilhelm von Preußen wurde am 4. Juli 1906 im Marmorpalais bei Potsdam als ältester Sohn des deutschen und preußischen Kronprinzen Wilhelm und dessen Ehefrau Cecilie geboren. Gemäß der Tradition des Hauses Hohenzollern wurde er an seinem zehnten Geburtstag als Leutnant in das 1. Garde-Regiment zu Fuß aufgenommen und erhielt von seinem Großvater Wilhelm II. den Schwarzen Adlerorden verliehen.

Nach der Abschaffung der Monarchie gingen sein Vater und sein Großvater in die Niederlande ins Exil. Wilhelm wurde in der Zeit vornehmlich von seiner Mutter erzogen. Wohnort der Familie war das 1917 fertiggestellte Schloss Cecilienhof bei Potsdam. 1923 kehrte dann sein Vater im Gegensatz zu seinem Großvater aus dem niederländischen Exil nach Deutschland zurück.

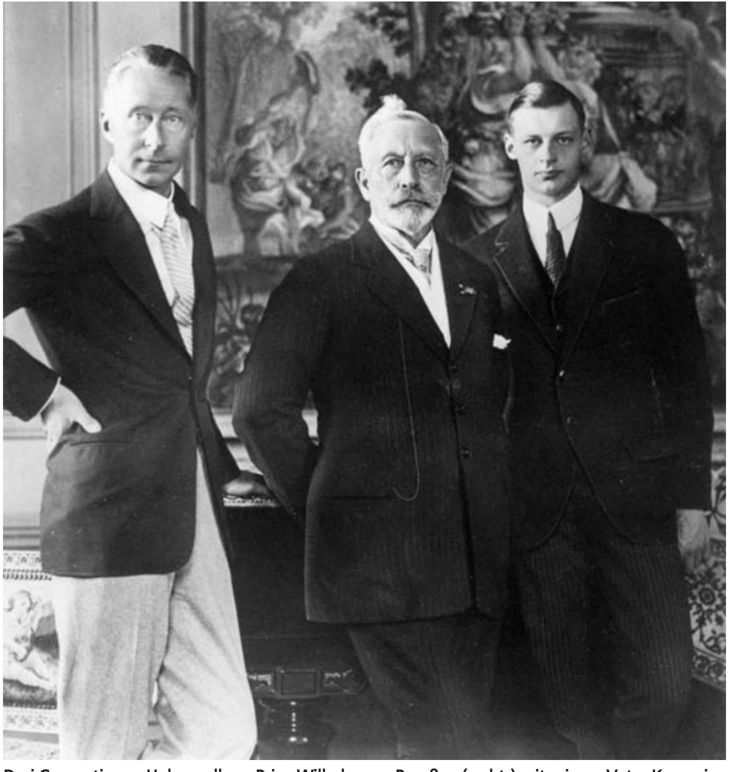
Zusammen mit seinem Bruder Louis Ferdinand besuchte Wilhelm das städtische Realgymnasium. Der Schulausbildung folgte ein Jurastudium an verschiedenen deutschen Universitäten. In Bonn trat er 1926 in das Corps Borussia ein, in dem auch schon sein Vater und sein Großvater aktiv gewesen waren. Zwei Jahre später wurde er Mitglied des Corps Saxo-Borussia Heidelberg. Von 1929 bis 1932 studierte er in Königsberg und absolvierte dann eine praktische landwirtschaftliche Ausbildung in der Neumark und in Oberschlesien. Anschließend bewirtschaftete er die Besitzung Klein-Obisch bei Glogau.

Am 3. Juni 1933 heiratete der Hohenzollernprinz Dorothea von Salviati. Die Ehe galt nach dem hohenzollerschen Hausgesetz als nicht ebenbürtig. Wilhelm hatte sich für die Tochter eines Verwaltungsbeamten und einer Bürgerlichen entschieden. Dorotheas Vater, Alexander von Salviati, hatte Wilhelms Großtante Viktoria, die 1890 Prinz Adolf von Schaumburg-Lippe geheiratet hatte, als Hofmarschall gedient, und Dorotheas Mutter hieß Helene Crasemann. Nolens volens verzichtete Wilhelm daher auf seine Erstgeborenenrechte. Immerhin war die Ehe glücklich. Die 1934 und 1936 geborenen Prinzessinnen Felicitas und Christa gingen aus ihr hervor.

Eine Fortsetzung der militärischen Laufbahn blieb dem Preußenprinzen in der Weimarer Zeit versagt. Bereits der Besuch eines Manövers der Reichswehr löste einen politischen Konflikt aus. Als Wilhelm 1926 als Ordonanzoffizier an einer Reichswehrübung teilnahm, folgte dem ein Konflikt zwischen der militärischen Spitze, welche die Einladung an den Prinzen ausgesprochen hatte, dem Chef der Heeresleitung Generaloberst Hans von Seeckt, auf der einen Seite und der politischen Spitze in der Person des Reichswehrministers Otto Geßler auf der anderen. Der dem Zentrum zugehörige Reichskanzler Wilhelm Marx schlug sich auf die Seite seines deutschdemokratischen Kabinettskollegen und entließ Seeckt.

Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten fand Wilhelms militärische Laufbahn dann doch noch als Reserveoffizier eine Fortsetzung. In der Wehrmacht führte er schließlich eine Kompanie des Infanterie-Regiments Nr. 9 in Potsdam, das die Tradition der preußischen Garde fortführte.

Unter seinen Kameraden erfreute sich Wilhelm offenkundig allgemeiner Beliebtheit. Ehrlichkeit und ein untadeliger Charakter wurden ihm ebenso nachgesagt wie Bescheidenheit. Während der Sudetenkrise wollte eine Gruppe junger Offiziere, Studenten und Arbeiter, die Kontakt zum Oppositionskreis um den Kommandierenden General des III. Armeekorps in Berlin, Erwin von Witzleben, hatte, den ältesten Sohn des Kronprinzen zum Reichsregenten ausrufen. Später sollte dann an die Stelle der Republik wieder die Monarchie treten. Wilhelm war damit einverstanden, wollte allerdings statt des Kaisertitels den Titel „König von Deutschland“ annehmen. Die von den Verschwörern erwartete Eskalation der Sudentenkrise blieb jedoch aus. Statt dessen fanden die Regierungen des Reiches und des verbündeten Italiens sowie der westeuropäischen Großmächte im Münchner Abkommen eine gütliche Einigung und die Putschpläne um Generaloberst Ludwig Beck und Oberstleutnant Hans Oster waren erst einmal vom Tisch.



Drei Generationen Hohenzollern: Prinz Wilhelm von Preußen (rechts) mit seinem Vater Kronprinz Wilhelm (links), und seinem Großvater Wilhelm II. im Jahre 1927 Bild: pa/akg

Nach dem Beginn des Zweiten Weltkrieges nahm Wilhelm als Oberleutnant der Reserve auch am Frankreichfeldzug teil. Am 23. Mai 1940 wurde der Offizier bei einem Sturmangriff nahe dem nordfranzösischen Valenciennes an der Spitze seiner Kompanie schwer verwundet. Er wurde in ein Feldlazarett im belgischen Nivelles gebracht. Am Abend gab ihm der Divisionskommandeur sein eigenes Eisernes Kreuz I. Klasse. Drei Tage später erlag der Soldat dann seinen Verletzungen.

Obwohl Presse und Radiosendern verboten wurde, den Tod des Preußenprinzen zu vermelden und dieser nur durch Zeitungsanzeigen publik wurde, kamen 50 000 Teilnehmer zur Trauerfeier in der Potsdamer Friedenskirche und der anschließenden Beisetzung im Antikentempel im Park von Sanssouci. Adolf Hitler reagierte auf diese Sympathiebekundung gegenüber einem Angehörigen des vormaligen Herrscherhauses mit dem sogenannten Prinzenerlass. Dieser untersagte allen der Wehrmacht angehörenden Mitgliedern vormals regierender Fürstenhäuser den Einsatz an der Front. 1943 erfolgte eine Verschärfung, als ihnen generell der Dienst in der Wehrmacht verboten wurde. Als Begründung wurde angegeben, dass das Dritte Reich auf den Heldenmut fürstlicher Vaterlandsverteidiger verzichten könne. *Manuel Ruoff*

Der CDU um drei Generationen voraus

Peter Reichensperger gehörte zu den Mitgründern der Zentrumspartei – Sozial engagiert und auch sonst seiner Zeit weit voraus

Einsichtige erkennen, dass die Vereinigung der Rheinlande mit der preußischen Monarchie eine wahrhaft providentielle (vom Schicksal vorherbestimmte) gewesen, und dass die dringendsten Lebensinteressen Deutschlands hieran geknüpft waren ...“ Es mag erstaunen, aber diese – 1847 in einem Zeitungsartikel vertretene – Auffassung stammt von einem gebürtigen Rheinländer. Es handelt sich um Peter Reichensperger, der dann vor allem in den 50er und 60er Jahren des 19. Jahrhunderts einer der profiliertesten katholischen Politiker Preußens werden sollte.

Geboren wurde er am 28. Mai 1810 in Koblenz. Zu dieser Zeit gehörte die 1794 von Revolutionstruppen eroberte Stadt formal zu Frankreich. Erst mit dem Wiener Kongress von 1814/15 kamen die rheinischen Gebiete des ehemaligen Trierer Kurstaates, und damit auch Koblenz, zu Preußen.

Reichensperger hatte eine breit angelegte Ausbildung durchlaufen und sich insbesondere der Rechtswissenschaft und der Nationalökonomie gewidmet. Tätig war er als Jurist, zuletzt von 1859 bis 1879 als Obertribunalsrat in Berlin. Vor allem aber war er Parlamentarier: Er wirkte im sogenannten Vorparlament des Jahres 1848, war Mitglied der Preußischen Nationalversammlung und gehörte von 1849 bis zu seinem Tode 1892 nahezu ununterbrochen der Preußischen Zweiten Kammer beziehungsweise dem Preußischen Abgeordnetenhaus an. Zudem war er ab 1867 Mitglied des Norddeutschen respektive ab 1871 des Deutschen Reichstages.

Mehr Loyalität zu Berlin als zu Rom

Die Vertretung der Interessen der Katholiken – in Preußen sowie im Deutschen Reich gegenüber den Protestanten immer in der Minderheit – war ein wichtiger Aspekt im Wirken Reichenspergers. So hatte er maßgeblichen Anteil an der Gründung der „Katholischen Fraktion“ im November 1852 als Reaktion auf die „Raumerschen Erlasse“, welche Rechte von Katholiken einschränkten. Reichensperger war zeitweise der Hauptredner dieser Fraktion, die später den Namen „Zentrum“ führte. Wichtiger Anstoß für die endgültige Formierung dieser zwischenzeitlich zerfallenen Gruppierung, die dann als Partei im Kaiserreich und der Weimarer Republik eine bedeutende Rolle spielte, war der von ihm formulierte, im Juni 1870 veröffentlichte Wahlaufruf.



Peter Reichensperger Bild: Archiv

Andererseits kämpfte der katholische Politiker Peter Reichensperger Zeit seines parlamentarischen Wirkens dagegen an, von anderen in die „ultramontane Ecke“ gedrängt zu werden. Im Kulturkampf setzte er sich deutlich gegen Vorwürfe der potenziellen Verfassungsuntreue von Katholiken zur Wehr. Reichensperger verstand sich in erster Linie als Preuße. Mehrfach hatte er versucht, seine Fraktion mehr auf die von ihm vertretenen konstitutionell-monarchistischen und sozialpolitischen Ideen zu lenken und nicht so stark auf dem „Katholischen“ zu insistieren, sondern eher christliche Gemeinsamkeiten zu betonen und sich auch gegenüber Protestanten zu öffnen. Insofern kann er also durchaus als Vorgänger der Christdemokraten betrachtet werden. Dem Ganzen war damals jedoch wenig Erfolg beschieden, allein die Befreiung vom Namen „Katholische Fraktion“ gelang erst spät. Bis 1933 ist das Zentrum praktisch eine katholische Partei geblieben.

Insgesamt hatte Reichensperger mit seinen Positionen in den eigenen Reihen oft einen schweren Stand. Zu nahezu allen wesentlichen Problemen seiner Zeit nahm der mitunter recht eigenwillige Politiker Stellung, nicht nur in parlamentarischen Reden, sondern auch immer wieder publizistisch. Umsetzen konnte er seine auch nicht immer ganz widerspruchfreien Ansichten nur bedingt, aber sie galten ihm stets als Richtschnur.

Protestanten gegenüber offen

Als sein Hauptwerk gilt die 1847 erschienene über 600-seitige Abhandlung „Die Agrarfrage“. Ursprüngliches Hauptanliegen der Arbeit war ein Plädoyer für die freie Teilbarkeit des Grundbesitzes. Davon ausgehend legte Reichensperger in diesem Buch jedoch seine gesamten Vorstellungen von der Bestimmung des Staates dar. So stand er einer verfassungsmäßigen Beteiligung der Bevölkerung an den Staatsgeschäften positiv gegenüber, erachtete jedoch nicht jeden als gleichermaßen geeignet, über jede politische Frage zu entscheiden. Er trat für eine Dezentralisation des Staatsverbandes ein und entwarf ein (später in der Praxis nie diskutiertes) „korporativ-repräsentatives“ Verfassungssystem. Über allem sollte der Monarch stehen. Diesen stellte Reichensperger, überzeugt vom Gottesgnadentum, nie in Frage. Der Monarch war ihm Garant gewachsener Ordnung und stabilisierendes Element gegen Radikalismus.

In anderen Abhandlungen und Stellungnahmen setzte er sich für öffentliche Gerichtsverfahren und die gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit ein. Mit beiden Forderungen war er der Entwicklung voraus.

Politisch wirkte Peter Reichensperger, um den es nach 1870/71 eher ruhig wurde, oft eng mit seinem Bruder August Reichensperger (1808–1895) zusammen, der ebenfalls einer der wesentlichen Führer des frühen Zentrums war und sich zudem intensiv und erfolgreich für die Vollendung des Kölner Dombaus engagierte.

Erik Lommatzsch

Er entdeckte den TBC-Erreger

Vor 100 Jahren starb der Nobelpreisträger für Medizin Robert Koch

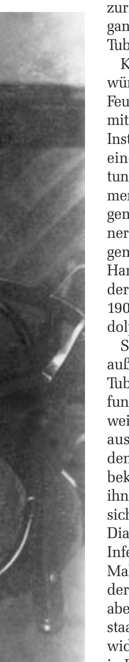
Millionen Menschen verdanken seinen Forschungen das Leben: Robert Koch entdeckte nicht nur den Tuberkuloseerreger, sondern bewies überhaupt die bis dahin umstrittene Theorie, dass Mikroorganismen Krankheiten verursachen können. 1905 erhielt er den Nobelpreis.

Der am 11. Dezember 1843 in Clausthal im Oberharz geborene Sohn eines Bergamtsleiters studierte nach dem Abitur in Göttingen Medizin. Nach Examen und Promotion 1866 arbeitete er in Hamburg am Allgemeinen Krankenhaus und in Langenhagen bei Hannover an der „Erziehungs- und Pflegeanstalt für geistesschwache Kinder“. Anschließend führte er erst in Niemegk bei Potsdam und dann in Rakwitz im zur Provinz Posen gehörenden Kreis Bomst eine Arztpraxis. Am Deutsch-Französischen Krieg nahm er als freiwilliger Arzt teil. 1872 legte er das Physikatsexamen ab. Im selben Jahr wurde er Kreisphysikus (Amtsarzt) des Kreises Bomst mit eigener Praxis in Wollstein.

Derart halbwegs staatlich abgesichert, richtete er in seiner Vier-Zimmer-Wohnung ein Labor ein und begann mit seinen bahnbrechenden bakteriologischen Entdeckungen. Möglicherweise aufgrund des ländlichen Charakters seines Wohn- und Arbeitsortes machte er sich als erstes auf die Suche nach den Erregern der gefürchteten Tierseuche Milzbrand. Koch wurde fündig und veröffentlichte 1876 seine Entdeckung der Sporen des Milzbranderregers. Nun wandte er sich den Wundinfektionskrankheiten und deren Erregern zu.

Kochs Genie blieb nicht unentdeckt, und 1880 wurde er als Regierungsrat und ordentliches Mitglied des Kaiserlichen Gesundheitsamtes nach Berlin berufen, wo er ein eigenes Laboratorium erhielt. Hier gelang Koch sein wohl bedeutendster wissenschaftlicher Erfolg, die Entdeckung des Erregers einer der größten Geißeln der Menschheit, der Tuberkulose (Tbc). 1882 machte er in seinem Vortrag „Aetiologie der Tuberkulose“ vor der Berliner Physiologischen Gesellschaft im Physiologischen Institut der Friedrich-Wilhelms-Universität die Entdeckung des Tuberkelbazillus publik, die ihn schlagartig berühmt machte und ihm schließlich 1905 den Nobelpreis einbrachte. Möglich wurden Koch seine sensationellen Entdeckungen durch die Nutzung neuester Entwicklungen von Forschung und Technik.





Robert Koch: Auf Bakterienjagd mit seinem wichtigsten Hilfsmittel, dem Mikroskop Bild: pa

Modernste Mikroskope nutzte er ebenso wie die Bakterienfärbung mittels Farbstoffen auf Anilinbasis wie Methylenblau. Er bediente sich systematisch des Mittels der Tierversuche und hielt die Ergebnisse seiner Arbeit mittels Mikrophotographie fest.

Nachdem Koch mit Hilfe der beschriebenen Mittel als erstem die Identifizierung eines pathogenen Mikroorganismus und der Nachweis für den sogenannten bakteriologischen Gedanken, sprich die Verursachung von Krankheiten durch Bakterien, gelungen war, nahm Koch sich nun die nächste Seuche vor. 1883/84 leitete er die Deutsche Cholera-Expedition, um vor Ort die in Ägypten und Indien ausgebrochenen Choleraepidemien zu untersuchen. Es gelang ihm nicht nur, den Erreger zu entdecken, sondern auch ihn zu bekämpfen.

Koch erkannte und propagierte die Bedeutung von Hygiene und Desinfektion für die Krankheitsbekämpfung und Vorbeugung. 1885 übernahm er die eigens für ihn geschaffene Professur für Hygiene an der Hauptstadtuniversität und die Leitung des neuen Hygiene-Instituts. Mit dem Hygieniker Carl Flügge begründete er die „Zeitschrift für Hygiene“, die beide gemeinsam herausgaben.

Die Bedeutung, die der Tuberkulose, auf die damals immerhin jeder zweite Todesfall in der Altersgruppe der 15- bis 40-Jährigen zurückging, aber auch der Person Kochs in der damaligen Zeit beigemessen wurde, führte 1890 zu einer der größten Enttäuschungen. Der Mediziner wollte sich nicht damit zufrieden geben, die Krankheitsursache entdeckt zu haben, er wollte sie auch bekämpfen helfen. In aller Bescheidenheit berichtete Koch auf dem von 5500 Kollegen besuchten 10. Internationalen Medizinischen Kongress in Berlin über seine noch nicht abgeschlossenen Versuche mit einem Heilmittel gegen die Schwindsucht. Die Erwartungshaltung war derart groß, dass man nun glaubte, die Waffe gegen diese Seuche gefunden zu haben. Tuberkulin, so der spätere Name für das aus Tuberkelbakterien entwickelte Mittel, enttäuschte jedoch diese Erwartungen. Der Misserfolg führte zu einer Pressekampagne gegen Koch. Seine Reaktion war die Bitte, ihn von der Professur für Hygiene und der Leitung des Hygiene-Instituts zu entbinden und ihm ein Labor einzurichten, in welchem er sich nun ganz der Weiterentwicklung des Tuberkulins hingeben wollte.

Koch wurde durch die gewünschten Freistellungen aus der Feuerlinie genommen und erhielt mit dem „Königlich Preußischen Institut für Infektionskrankheiten“ eine eigene Forschungseinrichtung. Sie bestand aus einer Experimentellen Abteilung, dem heutigen Robert-Koch-Institut, und einer Klinischen Abteilung. Hier gingen Theorie und Praxis Hand in Hand. War das Institut zuerst an der Charité angesiedelt, so zog es 1906 in neue Gebäude am Rudolph-Virchow-Krankenhaus.

Seine letzten Jahre nutzte Koch außer zu weiteren Arbeiten an der Tuberkulose und ihrer Bekämpfung in seinem Institut, um wie weiland 1883/84 auf dem Erdball ausgebrochenen Epidemien auf den Grund zu gehen und sie zu bekämpfen. Diese Arbeit führte ihn nach Afrika und Asien, wo er sich mit wechselndem Erfolg der Diagnose und Therapie diverser Infektionskrankheiten wie Pest, Malaria, Schlafkrankheit und Rinderpest zuwandte. Sie führte ihn aber auch in Preußens Nachbarstaaten im Deutschen Reich. So widmete er sich 1902 dem Typhus in Deutschlands Südwesten, nachdem er sich 1892 bereits der Cholera in Hamburg gewidmet hatte. Bei seinem Einsatz in der stolzen Hansestadt sprach er im Angesicht der dortigen untragbaren hygienischen Verhältnisse seine wohl berühmtesten Worte: „Meine Herren, ich vergesse, dass ich in Europa bin.“

Vor 100 Jahren, am 27. Mai 1910, starb der von Angina pectoris geplagte Mediziner während eines Erholungsaufenthaltes in Baden-Baden. *Manuel Ruoff*

»Vielen Dank, Herr Wöhner«

Ernst Dieter Lueg gehört zu den ganz wenigen Journalisten, die, wie eigentlich bei Spitzenpolitikern üblich, von Stimmenimitatoren nachgeahmt wurden. Und er ist der einzige Journalist, der neben diversen Bundespolitikern in der Show „Hallo Deutschland“ als Puppe karikiert wurde. Dieses spricht für den Bekanntheitsgrad des gebürtigen Esseners auf der Höhe seiner Karriere, vor allem aber für die mit seiner Bekanntheit zweifellos zusammenhängende Ausdrucksweise. Wer alt genug ist, ihn erlebt zu haben, wird ihn sicherlich sein Lebtag nicht vergessen. Diese näselnde Stimme mit dieser übereifrig wirkenden gepressten Sprechweise ist eine schlichtweg unvergessliche Kombination der deutschen Fernsehgeschichte.

Ein Stück Fernsehgeschichte haben Herbert Wehner und Lueg in ihrem aggressiven Interview am Abend der Bundestagswahl 1976 geschrieben, als der legendäre SPD-Fraktionsvorsitzende seinen Gesprächspartner als kleinen Jungen abzukanzeln versuchte und diesen provozierend „Herr Lüg“ nannte, worauf der so Gereizte sich zum Interviewende mit „Vielen Dank, Herr Wöhner“ bedankte.



E. D. Lueg Bild: pa

Obwohl er damals schon bekannt war, erreichte der 1930 geborene Historiker und Politologe seinen Karrierehöhepunkt erst nach Friedrich Nowottnys Wahl zum Intendanten ihres gemeinsamen Arbeitgebers WDR. Lueg wurde Nowottnys Nachfolger als Leiter des Bonner WDR-Studios und Moderator von „Bericht aus Bonn“. Außer in dieser populären Sendung, die er 450-mal moderierte, war der Enkel eines Heimatdichters regelmäßig in der „Bonner Runde“ sowie der „Tagesschau“ und den „Tagesthemen“ zu sehen, bis er 1995 bei seinem Haussender, für den er seit 1964 tätig war, in den Ruhestand ging. Vor zehn Jahren, am 22. Mai 2000, verlor Lueg in Bonn den Kampf gegen den Krebs. *M. R.*

»Weltrevolution« in strahlendem Licht

Der amerikanische Elektroingenieur Theodore Maiman zündete den ersten Laser – Den Nobelpreis bekamen später andere

Eine alte Dame, geboren anno 1925 in Königsberg, seit 60 Jahren Leserin dieser Zeitung – vor ein paar Wochen war sie drauf und dran, das rekordverdächtige Abo zu kündigen; ihre Netzhaut hatte sich so weit vom Augenhintergrund abgelöst, dass sie nicht mehr lesen konnte. Doch die alte Dame resignierte nicht, ließ sich per Laser die Netzhaut neu verschweißen. So brauchte sie das *PAZ*-Abo nicht zu kündigen – warum, kann sie an dieser Stelle nachlesen.

Ein halbes Jahrhundert zuvor, am 16. Mai 1960, wäre der junge amerikanische Elektroingenieur Theodore Maiman nicht im Traum auf die Idee gekommen, dass er gerade dabei war, die medizinische und technische Welt zu revolutionieren. In seinem Labor im kalifornischen Malibu wollte er eine Art Blitzlampe erproben, an deren Funktionsfähigkeit außer ihm selbst niemand glaubte, zumindest nicht seine Chefs von den Hughes Research Laboratories. Überrascht stellte er fest, dass ein geschliffener Rubinstab, den er mit einer Spirale umfasst hatte, rote Lichtpulse mit sensationell engem Spektrum ausstrahlte. Maiman hatte soeben den ersten Laser gezündet.

Das Kunstwort steht für „Light Amplification by Stimulated Emission of Radiation“ (Lichtverstärkung durch stimulierte Emission von Strahlung). Es ist angelehnt an den seit 1951 bekannten „Maser“, bei dem allerdings nicht mit Licht, sondern mit Mikrowellen hantiert wurde. Den physikalischen Effekt hatte bereits Albert Einstein 1916 vorhergesagt.

Wofür man den neuartigen, extrem scharf gebündelten Lichtstrahl nutzen könnte, war auch seinem Erfinder zunächst nicht klar. Vergeblich versuchte Maiman, einen Text über den Laser in der Fachzeitschrift „Physical Review“ zu publizieren, was ihm später bei der Konkurrenz „Nature“ gelang.

Vier Jahre später hatte der Laser sich bereits im praktischen Leben etabliert, zunächst in der Messtechnik und bei der Materialbearbeitung, bald auch in der Medizin als künstliches Skalpell.

Doch Undank ist der Welten Lohn: Der Physik-Nobelpreis 1964 ging nicht an Theodore Maiman, sondern an Charles Townes (USA) sowie die beiden Russen Nikolai Bassow und Alexander Prochorow, die zwar auf dem Gebiet der Quantenelektrik bahnbrechende theoretische Vorarbeiten geleistet, aber nie ein erfolgreiches Maser- oder Laserexperiment zustande gebracht hatten.

Den Siegeszug des Laser konnte diese Ungerechtigkeit nicht aufhalten. Heute gibt es kaum noch einen Lebensbereich, der nicht von den scharf gebündelten Lichtstrahlen ausgeleuchtet würde. An der Ladenkasse – von Tante Emma bis Supermarkt – scannt Laserlicht den Barcode und sagt uns, was wir zahlen müssen. Musik, Filme und Daten liest Laserlicht von den CD und DVD. Das alles beherrschende Internet, das wie keine andere Technologie Fluch und Segen in sich vereint, kann nur funktionieren, weil über lasergestützte Glasfasernetze riesige Datenmengen weltweit transportiert werden.

Von der Supermarktkasse bis zum Internet: Ohne Laser geht fast nichts mehr

In zahlreichen Produktionsbereichen, zum Beispiel in der Automobilindustrie, werden Bauteile mit Laserstrahlen verschweißt – weitaus präziser als auf herkömmliche Weise. In diesem Bereich hat Deutschland sich inzwischen eine weltweit führende Position erarbeitet. So ist der anhaltende Erfolg unseres Exports auch dem Laser zu danken.

Für den einzelnen Menschen spürbar sind aber vor allem die Anwendungsmöglichkeiten in der Medizin. In der Gefäßchirurgie wird der Laser sowohl zur Diagnose als auch zur Heilung eingesetzt. Mit ihm kann man Krampfadern so schonend und zugleich erfolgreich behandeln, dass immer mehr Ärzte auf das konventionelle „Strippen“ der Venen verzichten.

Dermatologen schätzen die sanfte Wirkweise des Laser-Skalpells ebenso wie Hals-Nasen-Ohren-Ärzte, Zahnmediziner, Urologen, Augenärzte oder Krebstherapeuten.

Aus unseren Krankenhäusern und Arztpraxen ist der Laser nicht mehr wegzudenken. Allein in Deutschland lassen sich pro Jahr über 100 000 Menschen mit dem Laserskalpell die Augen operieren.

In der Grundlagenforschung hat der Laser noch riesiges Potenzial

Auch bei dem großen Zukunftsthema Energie könnte der Laser eine entscheidende Rolle spielen. Das Fernziel, nach dem Vorbild unserer Sonne Energie aus der Verschmelzung von Wasserstoff-Atomkernen zu gewinnen, wäre schneller zu erreichen, wenn es endlich gelänge, das Plasma, also den „Brennstoff“ des Fusionsreaktors, mit Laserlicht aufzuheizen und zu zünden.

Der Professor Herbert Welling, der deutsche „Laser-Papst“, ist überzeugt: 50 Jahre nach der Zündung des ersten Laser habe die Zukunft gerade erst begonnen; vom Laser sei „noch Außergewöhnliches zu erwarten“. Beispielsweise helfen die Strahlenbündel des Laser, die Physik des Lichts endlich wirklich zu verstehen.

Gerade in der Grundlagenforschung hat der Laser bislang eher angedeutet, welche Möglichkeiten in ihm stecken. Hier ist, ähnlich wie in der Medizin, mit sensationellen Fortschritten zu rechnen. So gehen Forscher der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt in Braunschweig gerade daran, mit einem aufwendigen Lasergerät exakt zu zählen, wie viele Atome eine Kugel aus reinem Silizium enthält. Damit könnte das Kilogramm als weltweit gültige Maßeinheit neu definiert werden. Andere Wissenschaftler arbeiten an lasergestützten Quantencomputern, die auch die größten unserer heutigen Großrechner alt und klein aussehen lassen.

Ob Medizin oder Messtechnik, ob Schweißen oder Datentransport – das technologische „Geburtstagskind“ zählt schon heute zu den bedeutendsten Erfindungen des 20. Jahrhunderts.

Hans-Jürgen Mahlitz

SED-Vermögen steht allein SED-Opfern zu

Zu: „Bank soll zahlen“ (Nr. 14)

Wer immer nur auf den Verbrechen der Nazis herumreitet, will oft von den Verbrechen der Kommunisten ablenken. Die Hauptaufgabe bei der Bewältigung einer Diktatur ist es aber, den Opfern Gerechtigkeit zu gewähren.

Die Opfer der ersten deutschen Diktatur sind alle entschädigt worden und sogar die Kinder und Enkel dürfen nach dem Bundesentschädigungs-Gesetz ihre Hände aufhalten. Die Opfer der kommunistischen Diktatur müssen als Bittsteller vorstellig werden und ihre Bedürftigkeit nachweisen, und das nicht nur einmal, sondern sogar alle zwei Jahre von neuem.

Zurzeit wird viel über die Verwendung des SED-Vermögens diskutiert. Die einzige richtige Verwendung ist, das Geld den Opfern der SED-Diktatur zukommen zu lassen. Nach dem zweiten SED-Unrechtsbereinigungs-Gesetz gibt es eine amtliche Feststellung, wie viele Jahre man politisch verfolgt wurde. Aus diesen Datensätzen lässt sich leicht der Anspruch eines jeden Opfers berechnen. In meinen Augen wäre das ausgleichende Gerechtigkeit.

Ewald Kurbiuhn, Bautzen

Die Türken sind zum Feindbild geworden

Zu: „Christen, Muslime und Juden streiten um Erdöl“ (Nr. 13)

Der Artikel des Friedensforschers Daniele Ganser spricht mir aus dem Herzen, und der in ihm dargestellte „Dreierschritt“ bei der Vorbereitung von Gewaltanwendung gegen Gruppen überzeugt.

Ich lebe seit längerer Zeit im Ausland und wenn ich nach Deutschland fahre und hier mit Verwandten, Freunden und Zufallsbekanntschaften spreche, fällt mir auf, dass sich alle negativ und abfällig über die in Deutschland wohnenden Türken äußern. Dieser Umstand war vor 2001 nicht zu beobachten, so dass für mich klar ist: Dies hat mit dem neu propagierten Feindbild des Westens „Islam und Islamismus“ zu tun, wenngleich ich meine, dass das alte, „Kommunismus“, keineswegs ausgedient hat; siehe die Negativberichte zu Russland, China, Kuba und Venezuela.

Die in Deutschland erscheinenden Medien haben ganze Arbeit geleistet, aus der Entfernung ist dies gut zu erkennen. Und leider macht auch die *PAZ*, die mir ansonsten sehr zusagt, bei der Kampagne mit ... Hat sie es nötig?

Wilhelm Forscher, Madrid

Genossen klittern

Zu: „Churchill und Stalin waren sich bei Katyn einig“ (Nr. 14)

Noch 1978 habe ich auf einer SPD-Veranstaltung von einem „Historiker“ gehört, dass die Nazideutschen das Katynmassaker angerichtet hätten. Als ein Freund von mir daraufhin widersprechen wollte, wurde er von Genossen niedergebrüllt. Es soll immer noch in linken Zirkeln an der Uni Hamburg „Historiker“ geben, die solche Thesen propagieren. Traurig, traurig, wie ganz legal geklittert wird.

Carl Georg Otto, Hamburg

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.



Bald Weichwährung: Ein stabiler Euro scheint der Vergangenheit anzugehören. Bild: pa

Alliierte 1945: Gewonnen hat keiner

Zu: „Opfergang“ (Nr. 18)

Herr v. Gottberg hat in einem eindrucksvollen Artikel den Opfergang vieler Soldaten der Wehrmacht in den letzten Kriegswochen beschrieben. Danach wird der „Tag der Befreiung“ beschrieben. Mir fehlt aber ein Hinweis auf die Hintergründe: Das Deutsche Reich würde 1871 von Bismarck und (ungern) Wilhelm I. gegründet. Die Basis waren die 1000 Jahre lang existierenden deutschen Einzelstaaten, die wie Preußen von ihren Fürsten auf- und ausgebaut wurden und unter dem Eindruck der seit 1815 wachsenden Einheits- und Freiheitsbestrebungen des deutschen Bürgertums zusammenwachsen wollten. Das Deutsche Reich von 1871 erfüllte zwar nicht alle Wünsche seiner Bürger, war aber doch ein lebensfähiger Nationalstaat unter preußische Führung. Dieser Nationalstaat wurde zunächst unter der dummen Führung Wilhelms II. und seiner Kamarilla angeschlagen. Hitler nutzte dann die Phantomschmerzen der Deutschen nach dem Ersten Weltkrieg schamlos aus, um seine gar nicht zu den deutschen Vorurteilen passenden Hassideen zu verwirklichen. Leider merkten das die Preußen erst am 20. Juli 1944.

Unter den Siegern von 1945 muss man unterscheiden, jeder wollte etwas anderes. Die Russen wollten wie seit Peter dem Großen Landgewinn im Westen. Dazu mussten auch die Bewohner vertrieben werden. Die Engländer weiter die Herrschaft über die Weltmeere und die Kolonien. Die Franzosen endlich Ruhe vor den Deutschen und das Saarland. Und die Amerikaner wollten die ganze Welt mit ihrer Form der Demokratie und ihrer industriellen Vorherrschaft beglükken. Richtig gewonnen hat keiner.

Dr.-ing. Karl Reißmann, Mittweida

»Minderheit« statt »Volksgruppe«

Zu: „Der Minderheit eine Stimme geben“ (Nr. 16)

Mein Artikel über das Planspiel, den Sie veröffentlicht haben, trug ursprünglich die Überschrift „Planspiel in Allenstein/Olsztyn – Praxisnahe Übung in Demokratie“ und die Unterüberschrift „Es war einmal in Kleinplätzchendorf/Pierniki Male ...“ Dass Sie den Artikel mit „Der Minderheit eine Stimme geben!“ überschrieben haben, ist akzeptabel, da es sich um den offiziellen Planspieltitel handelt. Mit der von Ihnen eingefügten Unterüberschrift „Mit einem Planspiel versucht die deutsche Volksgruppe in der Republik Polen die Jugend besser anzusprechen“ bin ich jedoch nicht einverstanden. Weder bei meinem Arbeitgeber, dem Institut für Auslandsbeziehungen e.V. (ifa), noch bei mir ist die Bezeichnung „deutsche Volksgruppe“ als Synonym für die deutsche Minderheit in Polen in Gebrauch.

Da ich als Autorin des Artikels nicht zur Änderung der Überschrift konsultiert worden bin, möchte ich Sie hiermit bitten, dies in der nächsten Ausgabe Ihrer Zeitung richtigzustellen. **Silvia Kribus, Allenstein**

»Telegraph«: EU spielt den Deutschen übel mit

Zu: „Die bessere Lösung“ (Nr. 17)

Erst war es die Schweinegrippe, dann kam der Einsatz am Hindukusch, dann der Klimawandel, jetzt erreicht uns die Euro-Lüge. Haben wir denn nicht in der Schule gelernt: Mischt man Weichwährungen (Drachmen) mit einer harten Währung, der D-Mark, so gibt dies einen nicht mehr durch unsere deutsche Leistung gedeckten „Monopoli-Einheitsbrei“. Wenn nun die „Merkelin“ schreit, wir müssen helfen, in unserem Interesse, so ist dies erneut die größte Unwahrheit, denn andere Weichwährungsländer sind auch so verschuldet, dass diese ihre Verbindlichkeiten niemals tilgen können. Wie können wir „dummen“ Deutschen ganz Europa retten?

Ein Glück: Jetzt wurde selbst durch die Banken/Rating-Agenturen die Kreditwürdigkeit Griechenlands auf „Ramsch-Niveau“ herabgestuft. Dies bedeutet, dass alle Wertpapiere, Schuldverschreibungen, Kreditbriefe Griechenlands somit wertloser Ramsch sind. Dies ist kein Geheimnis, nein, das ist auch „unserer“ Regierung bekannt. Sollten die amtierenden „Regierenden“ aber trotzdem unser Geld auf dem Umweg über die Kreditbank für Wiederaufbau (KfW) und des Internationalen Währungsfond (IWF) in bar oder als Kreditausfalldeckung leisten, dann handeln diese „Herrschaften“ wider besseres Wissen und sind somit nicht nur regierungsunwürdig, nein, sogar straffällig, und es wird bestimmt in unserem Volk Menschen geben, die diese „Regierenden“ beim Bundesverfassungsgericht anklagen werden. Denn eine einzige ehrliche Lösung, die zwar schmerzhaft ist, aber die Heilung des „Weichwährungs-Monopoli-Geldes“ in sich trägt, ist: Alle Länder führen ihre alten Währungen wieder ein, die jeweils auch ihrer Wirtschaftsleistung entsprach.

Wie konnte man heute im Londoner „Telegraph“ lesen: „Keinem Land in der EU wird so übel mitgespielt (wie Deutschland). Es zahlt mehr in das System als jedes andere und hat dabei die niedrigste Pro-Kopf-Vertretung in den Brüsseler Institutionen.“ Solche Aussagen liest man in keiner deutschen Zeitung. Hier wird nur unser Volk an der Nase herumgeführt.

Horst Schmidt, Höhbeck

Kalaschnikow beruht auf deutschem Patent

Zu: „Weniger Patente“ (Nr. 14)

Deutschland lag nach dem verlorenen Krieg 1945 am Boden, es kam zum bekannten Patentraub der Sieger. Ein Beispiel ist die 1949 in der Roten Armee eingeführte Kalaschnikow (AK 47). Bereits 1940 bis 1943 wurde das „Sturmgewehr 44“ von den Firmen Haenel und Gustloff entwickelt. Im Herbst 1943 erhielt das 1. Inf. Regiment / Königsberg, das damals an der Nordfront bei Leningrad lag, den Auftrag, die neu entwickelte Maschinenwaffe zu testen. Nachdem die automatische Handfeuerwaffe an der Front erprobt war, erhielten die Hersteller Haenel, Sauer, Steyer und Walther den Auftrag, Schwachstellen und Störungen zu beseitigen und mit der Produktion zu beginnen. Im Sommer 1944 führte die Wehrmacht das verbesserte „Sturmgewehr 44“ bei allen Heeres-Divisionen ein. Unsere 199. Inf.Div. erhielt diese Handfeuerwaffe bei der Auffüllung mit Ersatz im April 1945 in Dänemark.

Heute noch macht Russland mit dem Patentraub von 1947 weltweit das große Geschäft – und beklagt sogar selber die Kopien der Kalaschnikow anderer Länder.

Ich finde, das sollten die Leser wissen, denn ein ostpreußisches Regiment hatte am Erfolg dieser Waffe wesentlichen Anteil.

Dr. K. Krech, Ahrensburg

Kampf der Heimatvertriebenen ist gescheitert

Zu: Flucht und Vertreibung

Mit Freude verfolge ich die Entwicklung der *PAZ* im öffentlichen Zeitungshandel. Selbst im Bahnhofsbuchhandel des Kasseler Regionalbahnhofs, dem früheren Hauptbahnhofs liegt die *PAZ* aus.

Der jahrzehntelange Kampf der Flüchtlinge und Vertriebenen um ihr Recht auf Heimat ist auf der ganzen Linie gescheitert. Von all den zumeist auf der Strecke gebliebenen entscheidenden Forderungen der Vertriebenenverbände steht jetzt nur noch die „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ auf der Tagesordnung. Und selbst dieser vielleicht letzte Markstein wird auf Fließsand gesetzt: Denn die Mehrheit der Stiftungsratsmitglieder und maßgebliche politische Kräfte signalisieren bereits, dass sie sich gegen alles wenden wollen, was sich ihrer Meinung nach dem Versöhnungsgedanken entgegenstellt. Wer mag danach noch an eine wahrhaftige Darstellung der Vertreibungskatastrophe glauben?

Könnte nicht eine Interessengemeinschaft ins Leben gerufen werden, die sich als Anwalt der Vertriebenengruppen versteht, der Ostvertriebenen als auch der kulturvertriebenen Westdeutschen? Der Name: „Bund der Alt- und Neuvertriebenen Deutschen – B.A.N.D.“, oder kommt dies Ansinnen zu früh? **G. Landau, Kassel**

Sind wir Deutschen die Arbeitssklaven für Europa?

Zu: „Die bessere Lösung“ (Nr. 17)

Am Anfang meines Leserbriefes möchte ich ein großes Lob auf Ihre hervorragende Arbeit aussprechen. Über Bekannte lese ich Ihre Zeitung jetzt schon seit gut einem Jahr und ich freue mich sehr, dass ich die *PAZ* jetzt frei kaufen kann. Die *PAZ* sticht mit ihren hervorragend erarbeiteten Beiträgen wohltuend von den gleichgeschalteten Sensationsblättern am Markt ab. Beim Lesen der *PAZ* spürt man, hier leben Sachkenntnis, Wahrheitsliebe, Heimatverbundenheit und Patriotismus. Weiter so! Alles Gute!

Aus dem Artikel 125 des EU-Vertrages: „Ein Mitgliedstaat haftet nicht für die Verbindlichkeiten eines anderen.“ Eine eindeutige Regelung, an der es nichts zu deuteln gibt. Und die sicher zu dem Zwekke eingebaut wurde, das nicht einige, oder viele oder sogar alle EU-Länder, im Vertrauen auf Finanzspritzen aus Steuermitteln anderer Länder, gezielt über ihre Verhältnisse leben. So wie jetzt in Griechenland geschehen. Da stellt sich doch die Frage, warum „unsere“ deutschen Politiker es so eilig damit haben, diesen EU-Vertrag zu brechen, indem sie so wild darauf sind, Griechenland Milliarden Euro aus Deutschlands Steuermitteln in den Rachen zu werfen? Während wir, das deutsche Volk, von „unserer“ Regierung ständig zu hören bekommen, es fehle überall an Geld und wir deshalb für eine Rente (und wenn diese auch nur auf Sozialhilfeniveau liegen soll) länger arbeiten müssen (am besten bis zum 70. Lebensjahr), wir unsere Krankenkassen mit Sonderbeiträgen aus der eigenen Tasche zusätzlich zu den monatlichen Beiträgen stützen sollen, uns jahrelange Null-Runden bei Einkommen und Renten verordnet wurden, überall in Deutschland an allen Ecken und Enden Geld eingespart werden soll, öffentliche Einrichtungen geschlossen werden, wirft dieselbe Regierung bei Gelegenheit nur so mit hunderten Milliarden Euro um sich. Aber nicht für das eigene Volk, das diese Milliarden erwirtschaftet hat, nein, sondern nur wenn es darum geht, Israel Kriegsgerät zu schenken, in Afghanistan Krieg zu führen, den Abzocker-Banken und Spekulanten das Leben zu versüßen und das Wohlleben fremder Völker zu finanzieren.

Es wäre nur gerecht, Griechenland bankrott gehen zu lassen, denn Griechenland hat sich durch kriminelle Manipulationen den Euro und Milliardenbeträge von diesem erschlichen, und nicht, dass wir, die Betrogenen, den Betrüger durch weitere Geldzahlungen noch dafür belohnen, dass er uns betrogen hat. Sind wir Deutschen die Dummen, die Arbeitssklaven für Europa? Sollen wir für unseren Fleiß, unsere Sparsamkeit, unseren Verzicht (bei Einkommen und Renten) immer wieder durch Ausplünderung bestraft werden?

Müsste nicht eigentlich „unsere“ Regierung, müssten nicht unsere Volksvertreter, wenn sie wirklich unsere Interessenvertreter wären, angesichts der Tatsache, dass wir Deutschen ja sowieso schon als die größten Nettozahler der EU das Wohlleben dieser Länder finanzieren, jede weiterführende Geldforderung von vornherein ablehnen? Und müssten nicht die Gewerkschaften, angesichts der Tatsache, dass die Regierung uns zum Wohle fremder Völker eine Schuldenlast aufbürdet, die nicht nur wir, sondern noch viele Generationen nach uns abzahlen werden, zum Generalstreik aufrufen?

Thomas Schnee, Templin

In der DDR war nicht alles schlecht

Zu: Leserbrief „DDR war kein Schlaraffenland, aber geordnet“ (Nr. 16)

Ich bin seit vielen Jahren Leser Ihrer Zeitung und freue mich immer, wenn ich sie im Briefkasten finde. Damit möchte ich Ihnen ein Lob aussprechen.

Der Hauptgrund meines Schreibens ist der Leserbrief von Josef Spill aus Rostock, in dem er sich zum Artikel „Blumen für Clare Zentkin?“ äußert. Als ich den Leserbrief las, war ich froh, dass dazu jemand seine Meinung sagt, denn ich selbst war schon nahe dran, es auch zu tun.

Nun las ich diesen alten *PAZ*-Artikel noch einmal und war wieder empört. Ich zitiere nur nochmal den für mich aller schärfsten Satz: „Es war der Kommunismus, der die Frauen zu Gebärmaschinen degradierte, die hinterher ihre Kinder in staatlichen Heimen abliefern mussten.“

Dieser Satz stimmt nicht annähernd. Ich war 32 Jahre Lehrer für die unteren Klassen und kann mich nicht an einen einzigen Fall erinnern, in dem ein Schüler aus dem Klassenverband herausgenommen und in ein Heim eingewiesen worden wäre.

Dass es solche Fälle gegeben hat, wird wohl niemand bestreiten, und sie sollen auch öffentlich gemacht und verurteilt werden. Diese Sache liegt auf der gleichen Ebene wie die Stasi-Problematik: Die ganze DDR bestand angeblich nur aus Stasi.

Solche Pauschalurteile richten großen Schaden an, denn der größte Teil der Bevölkerung in den neuen Bundesländern kennt das Leben nicht so. In der DDR war nicht alles schlecht.

Gert-Dietrich Wermke, Königs Wusterhausen

Das Ostpreußenblatt

Nr. 20 – 22. Mai 2010

MELDUNGEN

Tag der Begegnung

Heydekrug – Die Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise (AdM) lädt zu einem Tag der Begegnung für den 12. Juni nach Heydekrug (Silute) ein. Die Einladung gilt den Deutschen im Memelland und darüber hinaus allen an dem Treffen Interessierten. Vor dem eigentlichen Beginn der Veranstaltung um 10 Uhr wird um 9 Uhr auf dem deutschen Friedhof der Toten gedacht werden. Geleitet wird die Totengedenkfeier vom Pastor im Ruhestand Herbert Jaksteit. Auf dem anschließenden Treffen in Heydekrugs Kulturhaus werden sowohl der Bürgermeister der Stadt als auch ein Vertreter der deutschen Botschaft in Wilna (Vilnius) ein Grußwort sprechen. Die von Deutschen in den vergangenen zwei Jahrzehnten geleistete humanitäre Hilfe für das Memelland wird an diesem Tag ebenso vorgestellt werden wie die wichtige Arbeit der deutschen Häuser in Memel (Klaipeda) und Heydekrug. Ein Interview mit Wolfskindern steht auch auf dem Programm. Den Festvortrag wird der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreussen, Wilhelm v. Gottberg, über das Thema „Litauer und Deutsche – Nachbarn und Partner“ halten. Der Memelland-Chor aus Memel und Heydekrug, der Instrumental-Chor des deutschen Gymnasiums in Memel sowie ein Blasorchester aus Heydekrug werden für den musikalischen Rahmen dieses Treffens sorgen. Auch an das leibliche Wohl ist gedacht. Nach der Veranstaltung gibt es im Kulturhaus ein Eintopf-Essen. Danach ist die Möglichkeit des gegenseitigen Kennenlernens gegeben. Nähere Informationen sind erhältlich beim Kreisvertreter Heydekrugs Herbert Jaksteit, Telefon (0221) 637163, E-Mail: HJaksteit@t-online.de *H.J.*

Soldatengräber entdeckt

Königsberg – Ruslan Chisamow, Leiter der Königsberger Bürgerrechtsorganisation „Sowestj“ (Gewissen), wurde Ende April von Einwohnern des Dorfs Bladiau (Pjatidoroschnoe) bei Heiligenbeil (Mamonowo) alarmiert. Im Dezember 2008 entdeckte man hier beim Bau einer Gasleitung drei Soldatengräber, die Grabräuber inzwischen verwüstet hatten. „Sowestj“ ermittelte, dass die Gräber 1945 Schützengräben waren, die zwischen Rotarmisten und Deutschen umkämpft waren. Die toten Deutschen, durch Erkennungsmarken „Divisionsstab 707“ ausgewiesen, wurden mit Russen zusammen bestattet, eingewickelt in Gummiplanen, die sich in Jahrzehnten zu Totenmasken verhärtet hatten. Die Stadtverwaltung von Heiligenbeil sichtet Fundstücke und hofft, dass sich Angehörige melden. Deutsche Tote sollen auf dem Königsberger Friedhof an der Newski-Straße in Westponarth bestattet werden, russische auf dem Soldatenfriedhof Medwedjewka. *W.O.*

Von der Pferdebahn zur »Elektrischen«

Das Museum Friedländer Tor in Königsberg würdigt den 115. Geburtstag der Straßenbahn

Vor 115 Jahren fuhr in Königsberg die erste elektrische Straßenbahn. Das Museum Friedländer Tor nahm dieses Jubiläum zum Anlass, eine Ausstellung über die Geschichte der Straßenbahn in Königsberg zu eröffnen.

Ursprünglich sollte die Ausstellung die Zeitspanne von der ersten Straßenbahn bis zur Gegenwart umfassen. Da sich aber im kommenden Jahr die Übernahme der Straßenbahn durch die Russen zum 65. Mal jährt, beschloss die Museumsleitung, an beide Jubiläen in getrennten Ausstellungen zu erinnern.

Die derzeitige Ausstellung zeigt die historische Entwicklung des Königsberger Straßenbahnnetzes vom Moment seiner ersten Inbetriebnahme bis zum Jahr 1945. Die erste Straßenbahnlinie Königsbergs ging vom Pillauer Bahnhof über die Liezentgrabenstraße und Holländer Baum bis zum Neuen Markt. Diese erste Linie diente dem Anschluss des Industriegebietes Kosse und des Hafens. Gleichzeitig wurde eine Linie vom Königstor bis zur Luisenhöhe und den Hufen eingerichtet. In den Jahren 1904/05 folgte der Bau zweier Brücken für die Straßenbahn: der Holzbrücke und der Kaiserbrücke. Schon sehr bald wurde das Streckennetz um eine Ringlinie erweitert, die die Bahnhöfe miteinander verband.



Ausstellungsbesucherin vor alten Fotografien: Der in der Ausstellung behandelte Zeitraum endet 1945. Bild: Tschernyschew

Anfang der 20er Jahre wurde ein Straßenbahndepot unter städtischer Verwaltung eingerichtet. In diesen Jahren ging das Straßenbahnsystem in Königsberg durch Höhen und Tiefen, was mit der instabilen wirtschaftlichen Lage zusammenhing. Doch in den 30er Jahren erfuhr das Straßenbahnnetz eine stürmische Entwicklung. Viele Linien wurden von engen Straßen auf breite verlegt und verbessert. Das Netz hatte nun eine Länge von 20 Kilometern.

Durch die Bombardements im August 1944 wurde das Schienennetz schwer beschädigt. Der Straßenbahnverkehr konnte zwar noch bis zum 1. September 1944 aufrecht erhalten werden, aber nur auf der Strecke vom Nordbahnhof Richtung Westen und Richtung Süden. Anfang 1945 brach der Straßenbahnverkehr komplett zusammen. Die Russen hatten nach Kriegsende ein Interesse daran, das Straßenbahnnetz wieder aufzubauen. So begannen sie schon bald mit der Reparatur der Gleise. Die erste Nachkriegsstraßenbahn bestand aus wiederhergestellten deutschen Vorkriegswaggons. Sie fuhr zum ersten Mal am 7. November 1946.

Die Ausstellung zeigt neben Modellen der verschiedenen Straßenbahnen der Stadt auch über

Zweite Ausstellung über Nachkriegszeit

zwei Dutzend Fotoaufnahmen der Königsberger „Pferdebahn“, einer Vorgängerin der Straßenbahn. Waggons auf Schienen wurden meist von zwei Pferden gezogen. Feste Haltestellen gab es damals nicht. Die Passagiere zeigten dem Kutscher per Handzeichen, wenn sie zu- oder aussteigen wollten. Daneben sind Nachschlagewerke, Straßenbahnfahrkarten und Fahrpläne sowie Tafeln mit Namen und Nummern der Straßenbahnlinien zu sehen.

Bei der Ausstellungseröffnung waren Mitarbeiter der städtischen Verkehrsbetriebe „Kaliningradgortrans“ anwesend, die sowohl von der Zukunftsperspektive der Straßenbahn als auch von den Problemen erzählten, die mit weiteren Streckenstilllegungen verbunden wären. Da die meisten Strecken überwiegend Verluste einfahren, müssten entschiedene Maßnahmen ergriffen werden, um diese Art des öffentlichen Personennahverkehrs zu erhalten.

Jurij Tschernyschew

Die Ausstellung ist noch bis zum 20. Juni im Museum Friedländer Tor (Fridlandskije worota) 236004 Kaliningrad, ul. Dzerschinskogo 30, Telefon 007 (4012) 631520, E-Mail: friedlander_tor@mail.ru, zu sehen.

Neue »Kinder-Fontäne« in Königsberg

Mit der Einweihung der »interaktiven« Wasserspiele hat in der Pregelstadt die Springbrunnensaison begonnen

Alle Wasserfontänen Königsbergs, um die 30 an der Zahl, wurden zum 1. Mai wieder in Betrieb genommen und bleiben es bis zum Ende der Saison am 1. Oktober. In diesem Jahr ist ein neuer Springbrunnen hinzugekommen, mit dessen Einweihung gleichzeitig die Saison gestartet wurde. Zu dem Ereignis waren viele Familien mit Kindern gekommen, denn dieser Springbrunnen ist den Kindern gewidmet. Er wurde am neu gestalteten Ufer des Oberteichs auf dem Bereich der Erholungszone zwischen dem „Blauen Fluss“ und der Skulpturengruppe „Meereskatzen“ unweit des litauischen Generalkonsulats aufgestellt.

Die neue Springbrunnenanlage ist sehr ungewöhnlich und unterscheidet sich von den anderen: Es gibt in Königsberg bereits einige Lichtorgel-Fontänen, aber ein „interaktives“ Wasserspiel wie die neue „Kinder-Fontäne“ ist ein absolutes Novum. Aus 280 Düsen sprudelt es computergesteuert hervor, die Brunnenanlage ist so groß, dass die Kinder darin herumlaufen können. Welche Höhe eine Fontäne erreicht, ist nicht vorhersehbar. Sie pulsieren im Takt von Musik. Dieser Effekt wird noch durch 15 Unterwasser-Lichtschranken und musikalische Begleitung verstärkt. Um die Sicherheit der auf der Anlage herumtollenden Kinder nicht zu gefährden, ist die Schale der Anlage, die zwölf Meter im Durchmesser misst, mit Gittern abgedeckt.

Die „Kinder-Fontäne“ ist nicht die einzige Neuerung am Ufer des Oberteichs. In diesem Sommer wird noch ein Platz für Skateboard-Fahrer eingerichtet, und im nächsten Jahr soll auf einer künstlich angelegten Halbinsel ein 45 Meter hohes Riesenrad aufgestellt werden. Die Arbeiten an diesem Teil des Oberteichufers sollen bis 2011 beendet sein. *J.T.*



Bild: Tschernyschew

Der etwas andere Springbrunnen: Die „Kinder-Fontäne“ lädt zum Spielen ein.

Zwei große Pfingsttreffen

Sudetendeutsche in Augsburg, Siebenbürger in Dinkelsbühl

Zum 61. Sudetendeutschen Tag werden am Pfingstwochenende in Augsburg über 15 000 Sudetendeutsche erwartet. Wie immer beginnt das alljährliche Volksgruppentreffen mit einer Kranzniederlegung und einer Pressekonferenz am Freitag und der festlichen Verleihung der sudetendeutschen Kulturpreise am Freitagabend. Bei der festlichen Eröffnung am Sonnabend sprechen der Bundesvorsitzende der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Franz Pany, der Specher der sudetendeutschen Volksgruppe und Europaabgeordnete Bernd Posselt sowie Vertreter der Stadt Augsburg (OB Kurt Gribl), des Freistaats Bayern (Sozialministerin Christine Haderthauer) und der Bundesregierung (Staatssekretär Christoph Bergner).

Bei dieser Gelegenheit wird BdV-Präsidentin Steinbach mit dem Europäischen Karls-Preis der Sudetendeutschen Landsmannschaft geehrt. „Erika Steinbach hat durch ihr gleichermaßen umsichtiges wie nachhaltiges Wirken erreicht, dass das Unrecht der Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg nicht der Vergessenheit anheim gefallen ist“, würdigen Posselt und Pany die Verdienste der CDU-Politikerin.

Bayerns Regierung zeigt viel Präsenz bei den Vertriebenen

Auf der Hauptkundgebung der Veranstaltung, über die das Bayerische Fernsehen und Phoenix in Sondersendungen berichten, sprechen Bernd Posselt und Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer. Zahlreiche Vorträge, Ausstellungen, Musikdarbietungen und ein reiches Kulturprogramm runden die Veranstaltung ab.

Ebenfalls am Pfingstwochenende treffen sich in Dinkelsbühl von Freitag bis Montag die Siebenbürger Sachsen zu ihrem traditionellen Heimattag. Der von Bernd Fabritius geführten Volksgruppe erweisen die bayerischen Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres) und Markus Söder (Umwelt und Gesundheit) die Ehre. Mit Spannung erwartet die seit dem 12. Jahrhundert im Gebiet des heutigen Rumäniens verwurzelte Volksgruppe den Auftritt des rumänischen Innenministers Vasile Blaga auf der Hauptkundgebung am Sonntag. Er ist dort einer der drei Hauptredner neben Fabritius und Innen-Staatssekretär Christoph Bergner. Auch dieser Heimattag ist in ein vielseitiges Kulturprogramm eingebettet, zum 60-jährigen Bestehen der „Siebenbürgischen Zeitung“ findet eine Podiumsdiskussion statt. *PAZ*

Vor laufender Kamera

Tschechisches Fernsehen zeigt Vertreibungsverbrechen von 1945

Die erste Maiwoche steht in der Tschechischen Republik alljährlich im Zeichen von Feiern zum Ende des Zweiten Weltkrieges und zum sogenannten Prager Aufstand, der aber erst am 4. Mai 1945, Tage nach Hitlers Selbstmord, ausgebrochen ist. Doch in diesem Jahr wurde am 6. Mai im Tschechischen Fernsehen zur besten Sendezeit eine außergewöhnliche Dokumentation gezeigt. „Töten auf tschechische Art“ heißt der Film des Regisseurs David Vondrácek.

Zu den bedrückenden Stellen der Dokumentation gehört die Massenerschießung, die Jirí Chmelícek vermutlich am 9. oder 10. Mai 1945 in der Prager Siedlung Borislavka gefilmt hat: Zu sehen ist eine Reihe von über 40 Männern in Zivilkleidung. Die meisten sollen Deutsche gewesen sein. Sie stehen am Straßenrand mit dem Rücken zur Kamera und fallen – wie zufällig ausgewählt – von Kugeln getroffen in den Graben. Anschließend zermalmt ein Lkw der Roten Armee die Körper. Chmelícek und schließlich seine Tochter Helena Dvorácková versteckten sie in den Jahren der kommunistischen Diktatur sorgfältig. „Es gibt sonst eigentlich keine Aufnahmen, die das Töten von Zivilisten zeigen“, kommentiert David Vondrácek, der Regisseur der Dokumentation „Töten auf tschechische Art“, das einzigartige Dokument. Gerade an diesem Titel entzündete sich noch vor der Ausstrahlung eine hitzige Debatte. Vondrácek: „Nach Ansicht von Historikern schießen hier tschechische Revolutionsgarden und selbsternannte Hurra-Partisanen. Und dann überrollt ein sowjetischer Soldat – wahrscheinlich in sadistischer Lust – mit einem Lkw die zum Teil noch lebenden Menschen.“

Niedergeschossen und noch lebend vom Lkw überrollt

Der Film „Töten auf tschechische Art“ – und das rechtfertigt nach Vondráceks Ansicht den Titel, dokumentiert auch andere Massentötungen, an denen Tschechen nach Kriegsende beteiligt waren. Eines der bekanntesten Beispiele ist der Massenmord im nordböhmischen Postelberg. Über 760 deutsche Männer wurden hier Anfang Juni erschossen. „Die Toten von Postelberg sind Teil des größten Massenmordes zwischen dem Ende des Zweiten Weltkrieges und den Ereignissen in Srebrenica 1995“, erläutert Vondracek. Allerdings stehe in der Tschechischen Republik „die Selbstreflexion über diese Ereignisse erst an ihrem Anfang.“ *K.B.*

Lewe Landslied,
liebe Familienfreunde,

je älter man wird, desto mehr gehen die Gedanken in die Kindheit zurück. Und für viele Vertriebene aus der Generation, die jetzt in den Ruhestand geht und nun doch mehr Zeit hat, sich mit dem bis dahin Zurückgedrängten zu befassen, bedeutet das auch, sich mit der eigenen Familiengeschichte zu befassen. So wie **Frank Panienka** aus Esens, der als Zweijähriger mit seinen Angehörigen aus Lötzen flüchtete und sich nun intensiver um seine Heimat kümmern will, es in seinem Schreiben formuliert: „Ich spüre im Charakter Eigenschaften, die mir zeigen, dass die lange Tradition, die meine Vorfahren hatten, mich geprägt hat und ich mehr wissen möchte.“ Herr Panienka hatte sich mit einigen Fragen an mich gewandt, die ich ihm beantworten konnte, doch da ja bekanntlich jeder erfüllte Wunsch Kinder bekommt, wird er mir für deren Beantwortung verschiedene Unterlagen zukommen lassen. Für heute nur soviel, dass sein Onkel **Gustav** für die Verpachtung der Fischerei für den Löwentinsee zuständig war, Hauptpächter war ein Herr **Reinhard**. Die Familie Panienka war auch in weiteren masurischen Orten ansässig, so in Rudovken, Salpia, Trossen, Schimonken. Doch darüber werden wir ja demnächst mehr erfahren. Ich habe diesen Satz aus der E-Mail von Frank Panienka als Leitmotiv für unsere heutige Kolumne ausgewählt, denn sie trifft auf alle Anfragen zu, die wir heute veröffentlichen.


1. Klasse der Lutherschule Lötzen 1936 — Bild: privat

Da ist der Brief von Frau **Ottilie Derrien** aus Freyung, die ein Leben lang versucht hat, das Schicksal ihres Vaters und seiner Familie aufzuklären und mehr über seinen Geburtsort zu erfahren, um diesen aufsuchen zu können. Frau Derrien schreibt:

„Mein Vater **Peter Schojzuk**, * 18. Februar 1922 in Gomen (oder Gabin?), hat sich in den Jahren 1942 bis 1946 häufig in meiner Adoptivfamilie aufgehalten. Deshalb ist mir durch Erzählungen seine Familiengeschichte gut bekannt. Als er nach dem Krieg noch einmal versuchte, seine Eltern zu sehen, waren diese bereits deportiert oder getötet worden. Der Verwalter des Gutes riet ihm, sofort zu verschwinden, da nach ihm gesucht werde. Mein Vater ist daraufhin von Brandenburg wieder kurz in meinen Geburtsort Reischach, Landkreis Altötting, zurückgekehrt, um sich um meinen Verbleib zu kümmern. Aufgrund seiner Anstellung bei den amerikanischen Truppen ist er mit diesen ausgewandert. Ich kann nur auf behördliche Dokumente über meinen Vater zurückgreifen. Sein Heimatort Dworischtschach, Kreis Pschernjachow wurde sicher nicht korrekt übersetzt, es gab ein großes Gut nahe Insterburg mit Namen Dwarischken, später Gut Eichenberg, russisch Lesnoe. Der Geburtsort Gomen gibt mir nach wie vor Rätsel auf.“

Uns auch, und deshalb habe ich zuerst einmal das Schreiben wörtlich gebracht, um weitere Irrungen zu vermeiden. Ein ähnlich klingender Ort ist „Gomingen“ im Kreis Gerdauen. Der Gutsname Dwarischken kommt in Ostpreußen zweimal vor: einmal als Adl. Rittergut im Kreis Insterburg, später Eichenberg, und als Rittergut im Kreis Pillkallen, später Löbelshorst. Ein Gutsbesitzer namens Schojzuk ist in Niekammers Güteradressbuch von 1932 nicht verzeichnet. Da der Name aber selten ist, fragen wir mal unsere Leser, ob jemand Träger dieses Namens kennt oder Hinweise geben kann, wo im nördlichen Ostpreußen eine Familie Schojzuk gelebt hat. Peter Schojzuk hatte noch eine Schwester mit Namen **Vera**. Vielleicht kommen wir auf diesem Wege weiter? (Ottilie Derrien, Hermannsau 60 in 94078 Freyung, Telefon 08551/912700, E-Mail: o-derrien@t-online.de)

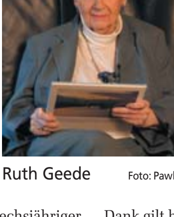
In diesem Falle war der Vater bekannt und bekannte sich auch zu seinem Kind. Das ist nicht immer so, und dann wird die Sache auch für uns noch schwieriger, vor allem, wenn über die Vaterschaft Vermutungen aufgestellt und dabei konkrete Namen genannt werden. Da muss man sehr behutsam formulieren. In der Angelegenheit, die Frau **Irene Manig** aus Wernigerode uns vorträgt, ist die Lage noch komplizierter, da die 65jährige erst kürzlich erfuhr, dass ihr bis dahin geglaubter Vater nicht ihr leiblicher sei. Leider sind alle Personen, die eventuell Auskunft über die Vaterschaft geben könnten, inzwischen verstorben, so dass sie sich nun in ihrer verzweifelten Suche nach ihrem leiblichen Vater an uns wendet. Irene Manig kam am 13. Januar 1945 im Krankenhaus Heiligenbeil zur Welt. Ihre Mutter war **Gerda Müller** geborene **Langanke**, * 18. August 1918 in Berlin. Der Vater des Kindes könnte Angehöriger einer Fliegereinheit gewesen sein, die in Braunsberg stationiert und nach Heiligenbeil verlegt worden war. Während der letzen Kämpfe im Heiligenbeiler Kessel wurde ein Stab dieser Einheit in das Haus der Familie in Königsdorf verlegt. Nach Aussagen der Schwester von Frau Manig soll auch der leibliche Vater des neugeborenen Mädchens zu dem Stab gehört haben. Durch diese Verbindung war es möglich, dass die Mutter mit dem Baby und zwei älteren Kindern sowie die Großmutter **Ida** Langanke mit der angeblich letzten Militärmaschine ausgeflogen werden konnten. Dabei soll ein Offizier geholfen haben, dessen Vorname **Lothar** lautete. Der Nachname könnte **Krause** oder **Reinitz** gelautet haben. Jedenfalls hat die Mutter später nach diesem Mann gesucht und immer wieder betont, dass er ihnen sehr geholfen habe. Die Mutter hat bis 1953 immer wieder versucht, den Vater ihrer Tochter zu finden. Zuerst wohnte die Familie in Floh/Rhön, danach in Oberalba, Unterbreizbach und schließlich in Sellin auf Rügen. Es kann sein, dass sie damals auch Briefe an Bekannte schrieb, vielleicht auch an ehemalige Angehörige der Fliegereinheit. Aus diesem Kreis erhofft sich Frau Manig Hinweise auf ihren Vater zu bekommen, was allerdings nach so langer Zeit schwierig sein dürfte. Immerhin wäre es schon wichtig, zu erfahren, welche Fliegereinheit damals nach Heiligenbeil verlegt wurde, deren Stab das Haus in Königsdorf bezog. (Irene Manig, Elise-Crola-Straße 10 in 38855 Wernigerode, Telefon 03943/22687, Fax 03943/500619.)

Auch im nächsten Fall, den Herr **Christian Horstmann** vorträgt, handelt es sich um eine Vatersuche. Herrn Horstmanns Ehefrau wurde am 25. Dezember 1940 in Königsberg, dem Herkunftsort ihrer Mutter, als **Karin Christel Andrea** geboren. Der Name der Mutter ist bekannt: **Johanna Charlotte Andrea**, der des Vaters leider nicht. Das Kind kam im Alter von sechs Monaten zu **Bruno** und **Liesbeth Meding** nach Groß Kuren und verblieb dort bis zur Flucht 1945. Das ist alles, was Frau Horstmann über die Herkunft ihrer Mutter weiß. Wer kannte die Familien Andrea aus Königsberg und Meding aus Groß Kuren und kann etwas Näheres zu diesem Fall sagen? (Christian Horstmann, Gustav-Winkler-Straße 83 in 33699 Bielfeld.)

„Wer kann sich an **Anna Fernitz** aus Barthenen erinnern?,“ fragt Frau **Iris Köthe** aus Bochum. Die am 1. März 1934 geborene Tochter eines kinderreichen Elternpaares blieb nach dem Russeneinfall mit ihren Geschwistern in Ostpreußen, der Vater war gefallen und die Mutter hatte nicht die Kraft, mit einem Treck auf die Flucht zu gehen. Die jüngeren Geschwister **Christel**, * 1939, und **Paul**, * 1941, verhungerten im Mai 1947. Die Mutter wurde dann im November mit ihren Kindern **Konrad**, * 1930, **Hanna**, * 1932, **Gerhard**, * 1935, und **Franz**, * 1943, ausgewiesen. Und Anna? Die damals 13-Jährige wurde im März 1947 von den Russen verschleppt und nach Pobethen in ein Waisenhaus gebracht. Dort hat ihr ältester Bruder Konrad sie auch gefunden und mit ihr sprechen können. Ein Russe drohte dem Bruder, er solle sofort verschwinden oder er käme nach Sibirien. Konrad wollte dann doch einmal Anna aufsuchen, es muss im Sommer 1947 gewesen sein, aber er konnte sie nicht finden. Eine Frau hat ihm ein Grab mit efeuähnlichem Bewuchs gezeigt und gesagt, dass es das von Anna sei. Konrad hat es aber nicht geglaubt, weil er es für ein sehr altes Grab gehalten hat So blieb das Schicksal von Anna ungeklärt. Vielleicht erinnern sich noch Schicksalsgefährten aus dem Waisenhaus in Pobethen an Anna Fernitz, die stotterte, seit sie als Zweijährige eine Treppe hinunter gefallen war. Sie war wie alle aus der Familie nicht sehr groß, hatte blaugraue Augen und rotbraunes kurzes Haar. Ihre Geschwister wären sehr froh, wenn sie endlich Gewissheit bekämen, was aus der Schwester geworden ist. Aber sie haben noch einen anderen Wunsch. Aus ihrem Elternhaus im samländischen Barthenen haben sie nichts mitnehmen können außer einem Bild des Vaters, das Konrad noch schnell von der Wand nehmen konnte. Dieses Foto hat er zwei Jahre lang im Schuh versteckt und es immer mit sich getragen! Die Fernitz-Kinder haben die Schule in Strobjehnen besucht. Besitzt jemand noch ein Foto von dem Schulgebäude oder den Schulkindern oder sonstige Aufnahmen aus der Heimat? Es würde ihnen heute sehr, sehr viel bedeuten. (Iris Köthe, Scharpenseelstraße 215 in 44879 Bochum, E-Mail: i.koethe@pkoethe.de)

Wenn man im Schicksalsjahr 1945 gerade drei Jahre alt war, kann man keine Erinnerungen mehr an die Flucht haben. Aber auch für einen damals Sechsjährigen sind heute die Geschehnisse aus jenen schweren Tagen kaum abrufbar – können es aber vielleicht werden, wenn sich ältere Zeitzeugen an sie erinnern. Leider gibt es die nicht mehr im Verwandtenkreis von Herrn **Frank Jakubzik** aus Göttingen. Und so führt der einzige begehbare Weg für ihn und seinen Bruder zu unserer Ostpreußischen Familie. Frank Jakubzik, * 12. Januar 1942, trat am 21. Januar 1942 zusammen mit seiner Mutter die Flucht aus seinem Heimatort Friedrichshof, Kreis Ortelsburg an. Sein sechsjähriger Bruder hielt sich zu der Zeit gerade bei den Großeltern in Neu-Bartelsdorf, Kreis Allenstein auf und flüchtete mit diesen am selben Tag. Die Brüder möchten nun wissen, wie und unter welchen Umständen die Flucht aus den genannten Orten erfolgte. Sie hoffen, dass es noch Zeitzeugen gibt, die wie sie in jenen Tagen aus Friedrichshof und Neu-Bartelsdorf flüchteten oder die darüber Aufzeichnungen gemacht haben. Nun gab es allerdings in Ostpreußen 20 Ortschaften mit dem Namen Friedrichshof, so könnte auf den ersten Blick die Frage leicht zu Verwechslungen führen. Bei dem Heimatort der Brüder Jakubzik handelt es sich um den Marktflecken Friedrichshof, 26 Kilometer östlich von Ortelsburg gelegen. Ein stattlicher Ort mit Kirche, Sägewerk und zwei Windmühlen, Bahnstation auf der Strecke nach Puppen. Allein der Ort hatte 1800 Einwohner, zum Kirchspiel müssen noch Dörfer und Höfe gehört haben, so dass sich hier sicher noch Zeitzeugen finden werden. Vielleicht ist ja auch in Heimatbriefen über die Flucht berichtet worden. Bei Neu-Bartelsdorf sieht die Sache schon anders aus. Dieser 16 Kilometer südöstlich von Allenstein gelegene Ort besaß zwar eine evangelische Kirche und ein Sägewerk, hatte aber nur 414 Einwohner, so dass der mögliche Informantenkreis etwas enger zu ziehen ist. Aber lassen wir uns überraschen und erst recht die Brüder Jakubzik, die diese gravierenden Geschehnisse aus ihrer frühen Kindheit aufarbeiten wollen. (Frank Jakubzik, Rieswartenweg 9 in 37077 Göttingen.)

Die ostpreußische Familie


Ruth Geede — Foto: Pawlik

Unser Suchbild zeigt heute eine Schulklasse der Lutherschule Lötzen, aufgenommen auf ihrem ersten Ausflug in den Stadtwald. Es handelt sich um die Sechsjährigen, die 1936 eingeschult wurden. In der oberen Reihe steht Klassenlehrer **Rode**, rechts davor **Kurt Seidel** * 7 Mai 1930, der uns das Foto zugesandt hat. In der unteren Reihe ist als vierter von links **Heinz Mathies**, * 6. Mai 1930, zu sehen. Wer erkennt sich auf dem Foto oder weiß über einen der abgebildeten ABC-Schützen Bescheid? Zuschriften an: Kurt Seidel, Hirschberger Straße 7, 31224 Peine-Woltorf.

Mein herzlicher Dank gilt heute Frau **Christa Wassenberg** aus Goch. Sie sandte eine nette Karte, in der sie mir mitteilt, dass sie immer mit großem Interesse unsere Ostpreußische Familie liest. „Ich war zwar erst zwölf Jahre alt, als wir gezwungen wurden, unsere Heimat zu verlassen. Durch meine Eltern und Schwestern sowie durch Fahrten und das Lesen von Büchern habe ich sehr viel von Ostpreußen kennen gelernt.“ So konnte die in Bischofsstein Geborene nach den Ort Samlack richtig in den Kreis Rößel einordnen. Sie beendet ihre Zeilen mit den Worten „Ich freue mich auf Ihren nächsten Artikel!“ Hier ist er, liebe Frau Wassenberg!

Eure

Ruth Geede

„**Unsere Familie**“ auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

Wir gratulieren ...

ZUM 103. GEBURTSTAG

Nissen, Rita, aus Königsberg, jetzt Senioren Wohnheim, Beckerberg 20-22, 21279 Wenzendorf, am 24. Mai

ZUM 97. GEBURTSTAG

Kullick, Max, aus Sorden, Kreis Lyck, jetzt Haardter Straße 6, 67433 Neustadt an der Weinstraße, am 25. Mai

Schmidt, Elisabeth, geb. **Schendel**, aus Kröstenwerder-Reuschendorf, Kreis Lyck, jetzt 13. Rose Avenue, Ashley, South-Afrika, am 26. Mai

ZUM 96. GEBURTSTAG

Götz, Heinrich, aus Wehlau, Freiheit, jetzt Wilhelmstraße 1, 52428 Jülich, am 22. Mai

Kullik, Martha, geb. **Wutzka**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt Bruchweg 4, 38315 Hornburg, am 25. Mai

Schweitzer, Maria, geb. **Dörmke**, aus Wehlau, Klosterplatz, jetzt Hinterfleck 38, 06528 Brücken, am 28. Mai

ZUM 95. GEBURTSTAG

Kruppa, Martha, geb. **Szyperreck**, aus Lengau, Kreis Treuburg, jetzt Elsaßstraße 125, 52068 Aachen, am 30. Mai

Schröder, Charlotte, geb. **Budnick**, aus Gallingen, jetzt Evangelisches Seniorenzentrum, Theresienau 20, 53227 Bonn, am 18. Mai

Struppek, Martha, geb. **Wawrzyn**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, jetzt Markendorfer Straße 22, Wohnungsnummer 419, 15234 Frankfurt/Oder, am 25. Mai

ZUM 94. GEBURTSTAG

Hadamczyk, Charlotte, geb. **Flakschin**, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, jetzt Schwalbenweg 5, 77731 Willstätt, am 30. Mai

Kasper, Margarete, geb. **Dombrowski**, aus Illowo, Narzym, Kreis Neidenburg, jetzt ul. Slowackiego 5, 14-100 Ostroda, Polen, am 19. Mai

Lemke, Elfriede, geb. **Tietz**, verw. **Sembritzki**, aus Lyck, Bismarckstraße 2, jetzt Regerstraße 2, 83024 Rosenheim, Ortsteil Erlenau, am 25. Mai

Lohreit, Maria, geb. **Lohreit**, aus Stampelken, Kreis Wehlau, jetzt Bahnhofstraße 5i, 22946 Trittau, am 30. Mai

Wolff, Frieda, geb. **Czerwonka**, aus Neumalken, Kreis Lyck, jetzt Seniorenzentrum Haus Elsey, Trappenweg 10, 58119 Hagen, am 25. Mai

ZUM 93. GEBURTSTAG

Felsner, Edeltraut, geb. **Marquardt**, aus Treuburg, jetzt Silcherweg 30, 89275 Elchingen, am 29. Mai

König, Johanna, geb. Hausendorf, aus Merunen, Kreis Treuburg, jetzt Nack-Erich-Straße 19, 32805 Bad Meinberg, am 28. Mai

Kranzusch, Hildegard, geb. **Radzewitz**, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, jetzt Kronsburger Redder 8, 24796 Kronsburg, am 29. Mai

Ortmann, Ulrich, früher **Freese**, aus Lyck, jetzt Birkenweg 12, 75328 Schömberg, am 26. Mai

Schmidt, Herbert, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, jetzt Segelecke Straße 30, 27472 Cuxhaven, am 26. Mai

Tabatt, Erna, aus Skotgau, Kreis Neidenburg, jetzt Lange Koppel 2, 22926 Ahrensburg, am 11. Mai

Wiesner, Christel, geb. **Peterson**, aus Labiau, Königsberger Straße 27, jetzt Langwartweg 33, 53129 Bonn, am 29. Mai

ZUM 92. GEBURTSTAG

Schliepe, Gerda, geb. **Riemer**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, jetzt Hauptmann-Böse-Weg 5, 28213 Bremen, am 3. Mai

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bärthel, Ingeborg, geb. **Walden**, aus Schareiken, Kreis Treuburg, jetzt Hönower Straße 84, 12623 Berlin, am 25. Mai

Falarzik, Helene, geb. **Nowitzki**, aus Borchersdorf, Kreis Neidenburg, jetzt Stauffenbergstraße 40, 27755 Delmenhorst, am 3. Mai

Matzdorf, Charlotte, geb. **Lojewski**, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Heisinger Straße 451, 45259 Essen, am 30. Mai

Rehm, Frieda, geb. **Kühlich**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Bornhövedstraße 43, 19055 Schwerin, am 28. Mai

Schulz, Emmi, geb. **Marschewski**, aus Thalheim, Wiesenfeld, Kreis Neidenburg, jetzt Himmelohstraße 69, 58454 Witten, am 4. Mai

Schunk, Hildegard, geb. **Fortak**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, jetzt Feuerdornweg 24, 20127 Bergheim, am 24. Mai

Siewert, Emma, geb. **Radzuweit**, aus Ebenrode, jetzt Walter-Schwagenscheidt-Straße, 61476 Kronberg im Taunus, am 30. Mai

Walden, Irmgard, aus Schareiken, Kreis Treuburg, jetzt Hauptstraße 27, 29342 Wienhausen, am 25. Mai

ZUM 90. GEBURTSTAG

Ecker, Rosemarie, geb. **Paul**, aus Königsberg, Stegemannstraße, jetzt Auf der Insel 9, 87538 Fischen

Groß, Irma, geb. **Kramer**, aus Milken, Kreis Lötzen, jetzt Thranestraße 10, 44309 Dortmund, am 28. Mai

Kaminski, Erika, geb. **Lelittko**, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, jetzt Königsberger Ring 3, 23617 Stockelsdorf, am 30. Mai

Koll, Ewald, aus Neu Keykuth, Kreis Ortelsburg, jetzt Am Rathaus 3, 93080 Pentling, am 27. Mai

Küssner, Heinz, aus Königshöh, Kreis Lötzen, jetzt Dorfstraße 20, 31559 Haste/Hannover, am 27. Mai

Kundt, Gretel, geb. **Kuckuck**, aus Freudenfeld, Kreis Wehlau, jetzt Klein Medeweg 21, 19055 Schwerin, am 26. Mai

Mrosek, Rosa, geb. **Podeswa**, aus Hügelwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Karl-Oldewurtel-Straße 13, 33659 Bielefeld, am 27. Mai

Ollech, Willi, aus Ittau, Kreis Neidenburg, jetzt Campenmoor 40, 49434 Neuenkirchen, am 1. Mai

Pakusch, Irmgard, geb. **Pakusch**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, jetzt Herzogin-Elisabeth-Stift, Am Plan 5, 34346 Hannoversch-Münden, am 24. Mai

Parschat, Gerda-Ursula, geb. **Rochniak**, aus Lyck, Königin-Luisen-Platz 4, jetzt Schöppenstedter Straße 20, 38154 Königslutter, am 28. Mai

Rittweger, Gerhard, aus Neidenburg, jetzt Borsteler Landstraße 32, 28832 Achim, 5. Mai

Scholz, Hildegard, geb. **Romanowski**, aus Millau, Kreis Lyck, jetzt Gartenstraße 9, 37214 Witzenhausen, am 29. Mai

Tallarek, Helene, aus Skurpien, Kreis Neidenburg, jetzt Döhrener Weg 31, 27211 Bassum, am 9. Mai

Voss, Gertrud, aus Denkheim/Angerburg, Kreis Neidenburg, jetzt Jungmannstraße 33, 65933 Frankfurt, am 17. Mai

Walinski, Ernst, aus Heiligenbeil, Am Sportplatz 2, jetzt Radwardtstraße 2, 24223 Raisdorf, am 29. Mai

Wenk, Bruno, aus Poppendorf, Kreis Wehlau jetzt Oeltingsallee 20a, 25421 Pinneberg, am 24. Mai

Wenk, Bruno, aus Lissa, Kreis Lyck, jetzt Oeltingsallee 20a, am 26. Mai

Wulff, Anna-Frieda, geb. **Duchna**, aus Neidenburg, jetzt Sauerbruchstraße 13, 32049 Herford, am 29. Mai

ZUM 85. GEBURTSTAG

Deußing, Rolf, aus Wehlau, Klosterstraße, jetzt Primelweg 4, 88662 Überlingen, am 28. Mai

Dombrowski, Else, aus Lyck, jetzt Martin-Luther-Ring 26, 98574 Schmalkalden, am 26. Mai

Gutheil, Erna, aus Neuendorf, Kreis Lyck, jetzt Kornpfortstraße 14, 56068 Koblenz, am 26. Mai

Händel, Gertrud, geb. **Ruschinczyk**, aus Kleschen, Kreis Treuburg, jetzt Gartenstraße 123, 47574 Goch, am 26. Mai

Hannig, Herta, geb. **Bulda**, aus Kleschen, Kreis Treuburg, jetzt Zu den Eichen 31, 14772 Brandenburg, am 24. Mai

Hofmann, Gisela, geb. **Wisniewski**, aus Soldau, Bleichenstraße, Kreis Neidenburg, jetzt Am Schlüsselacker 24, 69412 Eberbach, am 4. Mai

Ischebeit, Willi, aus Parnehmen und Agnesenhof, Kreis Wehlau, jetzt Grotestraße 1, 30451 Hannover, am 29. Mai

Jahnke, Eva, geb. **Wirsching**, aus Ebenrode, jetzt I. Koppelweg 9, am 27. Mai

Jeromin, Käthe, geb. **Riemenschneider**, aus Neumalken, Kreis Lyck, jetzt Ulanenstraße 3, 33104 Paderborn, am 24. Mai

Köring, Elisabeth, geb. **Romoth**, aus Treuburg, jetzt Larastraße 8, 36369 Philippsthal, am 27. Mai

Losigkeit, Benno, aus Eisenberg, Kreis Heiligenbeil, jetzt Rosmart 43, 58762 Altena, am 25. Mai

Maier, Irma, geb. **Windisch**, aus Saalfeld, Kreis Mohrungen, jetzt Untere Inntalstraße 43, 94072 Bad Füssing, am 25. Mai

Makoschey, Helmut, aus Deumenrode, Kreis Lyck, jetzt Talsperrenstraße 37, 58256 Ennepetal, am 26. Mai

Mattern, Elsbeth, geb. **Kutz**, aus Frauenfließ, Kreis Lyck, jetzt Heuss-Straße 19b, 27624 Bad Bederkesa, am 30. Mai

Meinken, Bernhard, aus Zohpen, Kreis Wehlau, jetzt Uphusener Dorfstraße 3, 28832 Achim, am 30. Mai

Pagio, Helene, aus Millau, Kreis Lyck, jetzt Wiesenstraße 1b, 38259 Salzgitter, am 24. Mai

Petersen, Rolf, aus Schönberg, Kreis Neidenburg, jetzt Wagnerstraße 29, 58509 Lüdenscheid, am 24. Mai

Reimus, Ursula, aus Neidenburg, jetzt Allee der Kosmonauten 151g, 12685 Berlin, am 31. Mai

Riechers, Ursula, geb. **Klinger**, aus Ellerbach, Kreis Ebenrode, jetzt Mittlerer Hasenpfad 404/7, 60598 Frankfurt, am 25. Mai

Schneemilch, geb. **Hülse**, aus Groß Hasselberg, Kreis Heiligenbeil, jetzt Heinrichsweg 9, 38889 Blankenburg, am 26. Mai

Schröder, Fritz, aus Garbseiden, Kreis Samland, jetzt Kirchstraße 7, 77731 Willstädt, am 27. Mai

Schröder, Hildegard, geb. **Gera**, aus Treuburg, jetzt Burgstraße 24, 14467 Potsdam, am 27. Mai

Schubert, Gertrud, aus Lyck, jetzt Twellbachtal 77, 33619 Bielefeld, am 25. Mai

Soborowski, Robert, aus Satticken, Kreis Treuburg, jetzt Herninghof 5, 30457 Hannover, am 29. Mai

Stabbert, Erna, geb. **Jebramzik**, aus Glinken, Kreis Lyck, jetzt Finkenweg 2, 51467 Bergisch Gladbach, am 28. Mai

Tambach, Willi, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Waldemey 22A, 45329 Essen, am 26. Mai

Till, Eva, geb. **Hartmann**, aus Wehlau, Schwarzorter Straße, jetzt Overbergstraße 21-25, 45141 Essen, am 29. Mai

Wegner, Helena, geb. **Stolzenwald**, aus Neuendorf, Kreis Wehlau, jetzt Baarestraße 38, 44793 Bochum, am 29. Mai

ZUM 80. GEBURTSTAG

Chmielewski, Willi, aus Warchallen, Kreis Neidenburg, jetzt Zum Jadebusen 160, 26316 Varel, am 8. Mai

Christoph, Reinhold, aus Rotwalde, Kreis Lötzen, jetzt Maximilliankorso 23, 13465 Berlin, am 23. Mai

Buse, Gertrud, geb. **Zimek**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, jetzt Ludwigstraße 35, 49846 Sundern, am 29. Mai

Dreier, Edeltraut, geb. **Kalski**, aus Hügelwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Holmsenpark 4, 24768 Rendsburg, am 25. Mai

Findeisen, Hildegard, geb. **Fichtenau**, aus Weinsdorf, Kreis Mohrungen, jetzt Am Damm 21a, 27607 Neuenwalde, am 25. Mai

Frank, Alfred-Kurt, aus Allenburg, Alleestraße, Kreis Wehlau, jetzt Neubrückenstraße 4, 33142 Büren, am 30. Mai

Genderka, Hildegard, geb. **Lippek**, aus Ulleschen, Kreis Neidenburg, jetzt Dürerstraße 3, 59227 Ahlen, am 9. Mai

Groß, Gudrun, geb. **Hilgern**, aus Buddern, Kreis Angerburg, jetzt CH 1095 Lutry de Corsy 5, Schweiz, am 29. Mai

Ihrke, Harry, aus Bredauen, Kreis Ebenrode, jetzt Rainstraße 12, 27711 Osterholz-Scharmbeck, am 28. Mai

Janke, Hannelore, geb. **Cremer**, aus Neidenburg, jetzt Werraweg 49, 33689 Bielefeld, am 24. Mai

Josuweit, Gert, aus Wehlau, jetzt Ostenberg 16, 27404 Weertzen, am 30. Mai

Kallinowski, Horst, aus Dippelsee, Kreis Lyck, jetzt Hattinger Straße 844, 44879 Bochum, am 29. Mai

Karbinski, Ernst, aus Waiselhöhe, Kreis Neidenburg, jetzt Kantstraße 3, 14513 Teltow, am 2. Mai

Kelpe, Erika, geb. **Nagaitschik**, aus Goldenau, Kreis Lyck, jetzt Waldenburger Straße 2, 31167 Bockenem, Ortsteil Mahlum, am 26. Mai

Lassek, Hubert, aus Froben, Kaltenborn, Kreis Neidenburg, jetzt Werraweg 49, 33689 Bielefeld, am 24. Mai

Michlo, Friedrich, aus Gollen, Kreis Lyck, jetzt Königsberger Straße 2, 32816 Schieder-Schwalenberg, am 30. Mai

Müller, Lothar, aus Burgkampen, Kreis Ebenrode, jetzt Birkhahnweg 16, 31228 Peine, am 26. Mai

Nertz, Johannes, aus Preußisch Holland, jetzt Fliederstraße 47B, 65396 Walluf/Rhg., am 24. Mai

Pempe, Horst, aus Schwalg, Kreis Treuburg, jetzt Skagerakstraße 60, 45888 Gelsenkirchen, am 27. Mai

Reitzenstein, Helene, geb. **Plickat**, aus Disselberg, Kreis Ebenrode, jetzt Rosenbergstraße 89, 92237 Sulzbach-Rosen, am 30. Mai

Sadowski, Otto Wilhelm, aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, jetzt Berliner Straße 19, 59505 Bad Sassendorf, am 24. Mai

Scharna, Monika, geb. **Preuss**, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, jetzt Streitberg 36, 30823 Garbsen, am 9. Mai

Scholz, Jutta, geb. **Haack**, aus Liekeim, Kreis Bartenstein Littersdorf/Königsberg Land und Poppendorf, Kreis Wehlau, jetzt Glatzer Straße 22, 58511 Lüdenscheid, am 29. Mai

Sielski, Gerda, geb. **Luxa**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, jetzt Ostpreußenring 9, 38536 Meinersen, am 25. Mai

Stemke, Rudi, aus Kuglacken und Jakobsdorf, Kreis Wehlau, jetzt Saarbrückener Straße 48, 42289 Wuppertal, am 29. Mai

Tenschert, Frieda, geb. **Gortat**, aus Friedrichsdorf, Littfinken, Kreis Neidenburg, jetzt Sudetenstraße 7, 87448 Kempten, am 1. Mai

Waetke, Christel, geb. **Kamrau**, aus Georgenthal, Kreis Mohrungen, jetzt 19243 Luckwitz-Hagenow, am 25. Mai

Wendt, Helene, geb. **Fischereit**, aus Eichkamp, Kreis Ebenrode, jetzt Fritz-Reuter-Platz 9, 19417 Warin, am 24. Mai

Zywitza, Heinz, aus Ortelsburg, jetzt Kappeler Straße 5, 40597 Düsseldorf, am 27. Mai



Puchelski, Fritz, aus Angerapp und Frau Hildegard, geb. **Bajorat**, aus Ragnit, jetzt Buddenstraße 12, 59329 Wadersloh, am 26. Mai



Pogodda, Reinhard, aus Merunen, Kreis Treuburg, und Frau Rita, geb. **Hecht**, jetzt Wittkopsweg 15, 38518 Gifhorn, am 29. Mai

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonntag, 23. Mai, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

Sonntag, 23. Mai, 20.15 Uhr, 3sat: Die Wölfe – Nichts kann uns trennen (1/3).

Sonntag, 23. Mai, 20.15 Uhr, Phoenix: Die Todesfahrt der Goya.

Sonntag, 23. Mai, 21 Uhr, Phoenix: Hitlers letzte Opfer.

Montag, 24. Mai, 20.05 Uhr, N24: Auf Feindfahrt – Die letzte Schlacht.

Montag, 24. Mai, 20.15 Uhr, 3sat: Die Wölfe – Zerbrochene Stadt (2/3).

Montag, 24. Mai, 20.15 Uhr, Phoenix: Das Weltreich der Deutschen (1/3).

Montag, 24. Mai, 21 Uhr, Phoenix: Das Weltreich der Deutschen (2/3).

Dienstag, 25. Mai, 20.15 Uhr, 3sat: Die Wölfe – Hoffnung auf Glück (3/3).

Dienstag, 25. Mai, 22.15 Uhr, ZDF: 37 Grad – Zur Heirat verurteilt.

Mittwoch, 26. Mai, 23.30 Uhr, ARD: Ernst Reuter – Ein zerrissenes Leben.

Donnerstag, 27. Mai, 20.15 Uhr, 3sat: Die letzte Fahrt der Columbus – Der Untergang (1/2).

Donnerstag, 27. Mai, 22.05 Uhr, N24: Kamikaze unterm Hakenkreuz.

Freitag, 28. Mai, 20.15 Uhr, 3sat: Die letzte Fahrt der Columbus – Die Odyssee (2/2).

Ortsänderung

Hamburg – Das Deutsche Sommerfest der Landsmannschaft Ostpreußen am 26. Juni findet in diesem Jahr in Hohenstein und nicht wie irrtümlich gemeldet, in Allenstein statt. Nähere Informationen bei Christiane Rinser, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, Fax (040) 41400826 E-Mail: rinser@ostpreussen.de

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



BARTENSTEIN

Kreisvertreter: Christian v. der Groeben, Ringstraße 45, 97950 Großrinderfeld, Telefon (09349) 929252, Fax (09349) 929253, E-Mail: csgroeben@gmx.de.

Bundesverdienstkreuz für Ursula Kluge – Im Auftrag des Bundespräsidenten hat der Landrat des Kreises Wolfenbüttel Jörg Röhmann am 3. Mai 2010 an Ursula Kluge das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen und damit ihre Verdienste und ihr besonderes Engagement im nördlichen Ostpreußen gewürdigt. Der Vorstand der Heimatkreisgemeinschaft Bartenstein gratuliert dazu von Herzen, dass ihre jahrelangen Bemühungen um den Erhalt und die Restaurierung „ihrer“ Kirche in Friedland/Ostpreußen mit dieser Auszeichnung die angemessene Anerkennung finden. Damit hat sie sich fürwahr um ihre Heimatstadt verdient gemacht. In „Unser Bartenstein“ konnten ihre Landsleute den Weg von der verschandelten und missbrauchten Fast-Ruine zum strahlenden Gotteshaus in einer so gar nicht strahlenden Umgebung verfolgen. Noch 1991 hieß es in einem Reisebericht: „Es war für einige von uns unglaublich erschütternd, in welch enorm schrecklich desolaten Zustand unsere Kirche war.“ Dann nahm sie sich, unterstützt von ihrem Mann, des Patienten an und legte in „Unser Bartenstein“ 1/1993 in „Sorgen um die Kirche in Friedland“ mit einem ausführlichen Bericht eine Beschreibung des Zustandes, die Pläne für die Rettung und eine Liste der erforderlichen Maßnahmen vor. Auch erwähnte sie den tiefsten Beweggrund dafür, dass sie sich mit solchem Eifer dieser Aufgabe verschrieben habe: „Ich bin ein gläubiger Mensch, und so glaube ich innig daran, dass Gott mir beim Erbauen dieser heiligen Stätte helfen wird.“ Er tat es, vertreten durch eine große Schar freiwillige Helfer, Spender, Berater und Unterstützer. In „Unser Bartenstein“ konnten wir dank ausführlicher Berichte den Fortgang der Arbeiten in Wort und Bild verfolgen, wir nahmen teil an den vielfältigen Aktivitäten, erfuhren von den enormen Schwierigkeiten, kleinen und großen Hindernissen, von Fortschritten und Erfolgen. Das von Frau Kluge gespannte Netz der Helfer in Friedland wurde mit vielerlei Hilfsgütern versorgt, in seinen Arbeiten unterstützt, durch das Vorbild ihrer unermüdlichen Bereitschaft angefeuert und durch die Freude am gelingenden Werk geeint. Der Erfolg hat sicher die wenigen Stimmen verstummen lassen, die die Restaurierung dieser Kirche kritisierten und stattdessen lieber eine Verbesserung des Lebens der Menschen im heute russischen Friedland gesehen hätten. Frau Kluge setzte jedoch das Gotteshaus an erste Stelle in der Überzeugung, dass damit in mehr als einer Hinsicht den Menschen dort geholfen würde, wo es am meisten Not tut. Nun ist das große Werk vollendet, die Kirche dient wieder einer Gemeinde – heute einer russisch-orthodoxen – in ihrer alten Heimatstadt, und die ungeheuer großen Mühen erfahren die gebührende Anerkennung. Als Heimatkreisgemeinschaft freuen wir uns über diesen Erfolg und die ihr zuteil gewordene Ehre und sind stolz darüber, dass unsere Ursula Kluge in der Heimat ein bleibend gutes Zeichen setzten konnte.



FISCHHAUSEN

Kreisvertreter: Wolfgang Sopha, Geschäftsstelle: Fahltskamp 30, 25421 Pinneberg, Telefon (04101) 22037 (Di. und Mi., 9 bis 12 Uhr, Do. 14 bis 17 Uhr), Postfach 17 32, 25407 Pinneberg, E-Mail: Geschaeftsstelle@kreis-fischhausen.de

Geschäftsstelle – Wegen Urlaubs bleibt die Geschäftsstelle vom 31. Mai bis 11. Juni 2010 geschossen.



LABIAU

Kreisvertreterin: Brigitte Stramm, Hoper Straße 16, 25693 St. Michaelisdonn/Holstein, Telefon (04853) 562, Fax (04853) 701. info@strammverlag. de, Internet: www.labiau.de.

Konstituierende Sitzung der Kirchspielvertreter – Nach erfolgter Wahl im März 2010 waren die Kirchspielvertreter zur konstituierenden Sitzung mit einer umfangreichen Tagesordnung nach Altenbruch / Cuxhaven eingeladen worden. 14 bisherige Mitglieder sind aus gesundheitlichen Gründen nicht wieder angetreten. Den davon vier Anwesenden wurden die Urkunden mit verbundenen Dankesworten überreicht, die übrigen Urkunden werden zugestellt. Der alte Kreistag wurde aufgelöst. Der neuen Kreisvertretung gehören 24 Mitglieder an, davon zwei als Ersatzvertreter, wie in der *PAZ/OB* Nr. 16 veröffentlicht. Das Ergebnis der folgenden Wahlen: Zur Vorsitzenden wurde Brigitte Stramm in dritter Amtszeit wiedergewählt. Für den Vorstand wurde Egbert Marenke als Erster Stellvertreter und Heinke Lanatowitz als Zweite Stellvertreterin gewählt. Die drei Beisitzer sind Alfred Erdmann, Dorothea Kurzmann und Hubertus Springer. Klaus-Arno Lemke wurde als Kassenwart wieder bestätigt. Als Protokollführerin wurde Martina Hahn gewählt. Kassenprüfer sind Karl-Heinz Hundsdörfer und Alfred Schaulinski, als Ersatz wurde Bruno Reichwald gewählt. Ein Expertenrat von sieben Mitgliedern wurde ernannt, sie waren langjährig in der Kreisvertretung und werden als Zeitzeugen weiter zur Verfügung stehen. Für die Familienforschung ist Alfred Erdmann weiter tätig. Frau H. Lanatowitz ist Kulturbeauftragte und für das Torhausarchiv zuständig. Anni-Lore Lemke führt das Bildarchiv. Die Sitzung wurde bei reger Beteiligung geführt. Das nächste Kreistreffen findet am 11./12. September 2010 in Otterndorf statt. Dort wird „60 Jahre Kreisgemeinschaft“ und „50 Jahre Heimatbrief ‚von tohus‘“ feierlich begangen. Mit einem Lied und der Kette zur Heimat wurde die Sitzung beendet.



LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, Agnes-Miegel-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim. Kreisältester: Alfred Masuhr, Reinickendorfer Straße 43a, 22149 Hamburg.

Vorstand wiedergewählt – Am 28. März wurde der Vorstand des Deutschen Vereins in Lyck, der sich wie folgt zusammensetzt, für die Dauer von drei Jahren wiedergewählt. Vorsitzende: Irena Szubzda, ul. Wrzosowa Nr. 40, PL 19-300 Elk, Telefon 0048(87) 6209462. Stellvertretende Vorsitzende: Irmgard Wiedenhöft, Sekretärin: Maryla Wojciechowska, Schatzmeisterin: Halina Walicka, Beisitzer: Walter Barczewski, Siegfried Jasinski und Gerhard Kudritzki. Der Deutsche Verein bietet für Reisende am Wasserturm Übernachtungsmöglichkeiten an. Auskunft erteilt die Vorsitzende, Frau Szubzda, oder das Büro im Wasserturm. Die Telefon des Wasserturmes in Lyck lautet: 0048(87)6213200.

VERANSTALTUNGSKALENDER DER LO

Jahr 2010

21.–24. Mai: Ostpreußisches Musikwochenende in Bad Pyrmont
26. Juni: Deutsches Sommerfest der Landsmannschaft Ostpreußen in Hohenstein
24.–26. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont
11.–17. Oktober: 56. Werkwoche in Bad Pyrmont
29.–31. Oktober: Seminar über Agnes Miegel in Bad Pyrmont
6./7. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont
8.–12. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont

Auskünfte bei der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080. Auf einzelne Veranstaltungen wird hingewiesen. Änderungen vorbehalten.



NEIDENBURG

Kreisvertreter: Jürgen Szepanek, Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-Haldern, Tel. / Fax (02850) 1017.

Fahrt nach Neidenburg – Wie im vergangenen Jahr führt auch dieses Jahr unsere Kreisgemeinschaft gemeinsam mit der Stadtgemeinschaft Allenstein-Stadt eine Fahrt nach Ostpreußen durch. Es ist eine Zehn-Tagesreise vom 19. bis 28. Juni. Nach einer Zwischenübernachtung wohnen die Reisenden im schön gelegenen Hotel Anders in Altfinken bei Osterode am kleinen Schillingsee. Tagesausflüge gibt es nach Allenstein, Neidenburg, zum Oberlandkanal, nach Mohrungen, Danzig und zur „masurischen Seenplatte“, dem Fluss Kruttinna und Nikolaiken. Außerdem ist der Besuch des Sommerfestes der Landsmannschaft Ostpreußen eingeplant, sowie einige andere Besichtigungen. Der Preis beträgt bei Halbpension 775 Euro. Es sind noch einige Plätze frei. Kurzentschlossene werden sicher durch die Vielseitigkeit dieses Angebotes reichlich belohnt werden.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Reutlingen – Sonnabend, 29. Mai, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im Treffpunkt für Ältere, Gustav-Werner-Straße 6a, Reutlingen. Zum Maifest sind zwei hervorragende Musiker engagiert. Lassen Sie sich mit „Peter und Peter“ überraschen. Dazu sind alle Landsleute, Freunde und alle die sich der Heimat verbunden fühlen – herzlich eingeladen. Außerdem wird der Jahresausflug (letzte Anmeldungen) nach Schwäbisch Hall / Langenburg besprochen.

Stuttgart – Mittwoch, 9. Juni, 10 Uhr, Halbtagsausflug der Gruppe nach Oberrot. Dort Besichtigung der unter Denkmalschutz stehenden Sägemühle mit Heimatmuseum. Anschließend gemütlicher Spaziergang durch das Pflanzenparadies Dei-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

Sommerakademie Sticken

Bad Pyrmont – Das Ostheim führt auch dieses Jahr wieder die Sommerakademie Sticken durch. Für alle Interessierten werden die Techniken Hardanger-, Hohlsaum-, Ajour-, Weiß- und Schwarzsticken einschließlich Nadelspitzen von einer ausgebildeten Seminarleiterin zum Erlernen oder Vertiefen angeboten. Das Seminar (fünf Tage) beginnt am Montag, dem 19. Juli, 15 Uhr mit der Einführung und endet am Sonnabend, 24. Juli 2010 nach dem Mittagessen. Der Komplettpreis für dieses Seminar beträgt 295 Euro im Doppelzimmer, 325 Euro im Einzelzimmer und beinhaltet Vollpension, die Seminargebühr (ohne Material) und die Tagungskurkarte für fünf Tage. Notwendige Materialien können zu dem Seminar bei der Seminarleiterin vor Ort erworben werden. Die Jugendbildungs- und Tagungsstätte Ostheim liegt direkt in der Kurzone von Bad Pyrmont, wenige Minuten vom Kurpark und dem Schloß mit seinen wiedererrichteten Wehranlagen entfernt. Direkt gegenüber dem Haus befinden sich das Hallenwellen- und Freibad und ein öffentlicher, kostenloser Parkplatz. Die Zimmer haben fließend Wasser warm/kalt, teilweise Balkon. Die modernen Sanitäreinrichtungen befinden sich auf den Etagenfluren.

Die Anmeldeunterlagen fordern Sie bitte an bei: Ostheim – Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon (05281) 93610, Fax (05281) 936111, Internet: www.ostheim-pyrmont.de, E-Mail: info@ostheim-pyrmont.de

Sommerfreizeit für Senioren

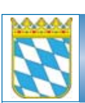
Bad Pyrmont – Vom 1. bis 15. Juli 2010 bietet das Ostheim wieder die Sommerfreizeit für Senioren an. Freizeiten im Ostheim, das sind abwechslungsreiche und erholsame Urlaubstage in Bad Pyrmont. Die Angebote reichen vom morgendlichen Singen, der Seniorengymnastik, Dia- und Videoabenden, Lesungen aus Werken ostpreußischer Dichter und Schriftsteller, Spaziergängen, Museumsbesuchen und einem Halbtagesausflug bis zur heimatlichen Speisekarte am Mittag und Abend. Der unlängst als „Schönster Kurpark Deutschlands“ ausgezeichnete Kurpark lädt zu Kurkonzerten, einem Bummel durch den größten Palmengarten nördlich der Alpen oder zum Ausprobieren des Wassertretbeckens und des Barfuß-Pfades ein. In der Hufeland-Therme können Sie die Meersalzgrotte genießen, in verschiedenen Saunen schwitzen oder das Wasser in verschiedenen Formen auf den Körper wirken lassen, auch ambulantes Kuren ist möglich. Bad Pyrmont selbst lädt mit seinen Sehenswürdigkeiten, Einkaufsmöglichkeiten, Cafés und Kulturangeboten zum Bummeln und Genießen ein. Die Stadt Bad Pyrmont und das Staatsbad Bad Pyrmont bieten in dieser Zeit folgende Kulturangebote an: 11. Juli Shantychor im Kurpark und am 14. Juli „Zimmer frei“, eine Lesung mit dem Schauspieler Jörg Schade im Kurtheater. Als kulturelles Schmankerl können Sie vom 2. bis 4. Juli 2010 den Historischen Fürstentreff, eine Reminiszenz an das geschichtlich belegte „Wundergeläuf“, hautnah miterleben. So flanieren zum Beispiel Königin Luise, Königin Emma, Zar Peter und der „Alte Fritz“ über die Hauptallee. Höhepunkt ist der große historische Umzug am Sonntag, dem 4. Juli 2010. Am letzten Abend feiert man gemeinsam Abschied, bei dem jeder nach seinen Möglichkeiten besinnliche und lustige Beiträge beisteuern kann. Sie sind in einer Gemeinschaft mit ostpreußischen und ostdeutschen Landsleuten, in einer großen Familie. Diese 14-tägige Freizeit kostet im Einzelzimmer 658 Euro und im Doppelzimmer pro Person 567 Euro. Die Inklusivpreise beinhalten Vollpension, die Gästebetreuung und eine Halbtagesfahrt. Die Kurtaxe wird vom Staatsbad Bad Pyrmont separat erhoben.

Anfragen und Anmeldungen (Anmeldeschluss ist der 21. Juni 2010), diese bitte nur schriftlich, richten Sie an: Ostheim – Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon (05281) 93610, Fax (05281) 936111, E-Mail: info@ostheim-pyrmont.de

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

ninger, mit der Möglichkeit zum Mittagessen beziehungsweise Kaffeetrinken. Die Kosten für die Fahrt betragen 22 Euro (20 Teilnehmer) oder 17 Euro (30 Teilnehmer). Anmeldungen bei Helmut Urbat, Klaus-Peter Okun, Telefon (0711) 4898879 oder Uta Lüttich.

Ulm/Neu-Ulm – Sonnabend, 22. Mai, 14.30 Uhr, Schabbernachmittag der Gruppe in den „Ulmer-Stuben".



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Bad Wörishofen – Die Gruppe der Königsberger Ostpreußen-Gemeinschaft in Bad Wörishofen macht eine gewünschte Reise in die Heimat. Dazu sind alle heimattreuen Landsleute und Freunde Ostpreußens herzlich eingeladen mitzufahren. Königsberg, das Samland, die Kurische Nehrung und Masuren warten auf die Heimatverbundenen. Die Fahrt geht mit dem bekannten Reiseunternehmen Busche. Termin: 15. bis 26. Juni 2010, Ausgangspunkt: Hannover sowie Königsberg (Franken / bei Schweinfurt – Bamberg in Süddeutschland). Das Programm sieht wie folgt aus: Am Vortag (14. Juni) von Hannover kommend Treffen in Königsberg (Bayern) und Zwischenübernachtung. Dienstag, 15. Juni: Abfahrt Richtung Hof, Leipzig, Frankfurt / Oder, Grenzübergang, weiter in den Großraum Posen. Eine Übernachtung im Großraum Posen. 16. Juni: Weiterfahrt über Marienburg, Elbing, Braunsberg zur Grenze bei Heiligenbeil / Grunau. Am Abend kommt die Gruppe in Rauschen an. Dort bleibt man sechs Tage. Die Ausflugsfahrten gehen mehrmals nach Königsberg. Dort erwartet die Reisenden unter anderem ein wunderbares Orgelkonzert im Königsberger Dom oder zum Beispiel eine Bootsfahrt auf dem Pregel. Tapiau, Insterburg, das Gestüt Georgenburg und andere gewünschte Orte können besucht werden, Taxifahrten für jedermann sind möglich. Von Rauschen aus geht es für drei Nächte nach Sensburg ins schöne Masuren. Heiligelinde, Nikolaiken, Lötzen, eine Bootsfahrt und vieles Altostpreußische wird zu sehen sein. Gedenkstunden vor Kirchen und Friedhöfen – um der Toten der ostpreußischen Heimat zu gedenken – gehören dazu. Auskünfte erteilt Gerhard Thal, Stifterweg 38, 89075 Ulm, Telefon (0731) 9508330.

Hof – Für die Masurenreise vom 28. Mai bis 4. Juni sind noch einige Plätze frei. Auskunft erteilt Christian Joachim, Schleizer Straße 4, 95111 Rehau, Telefon (09283) 9416, Fax (09283) 897083.

Landshut – Dienstag, 1. Juni, mit der Bahn nach Regensburg mit Besichtigung der Ostdeutschen Galerie.

Weiden – Sonntag, 6. Juni, 14.30 Uhr, Heimatnachmittag der Gruppe im "Heimgarten". – Der Erste Vorsitzende Hans Poweleit konnte in der Gaststätte Heimgarten zur Muttertagsfeier viele Landsleute und Gäste begrüßen. – Nach den Eröffnungsliedern gratulierte der 2. Vorsitzende Norbert Uschald der Kassiererin Ingrid Uschald als Geburtstagskind des Monats Mai. Norbert Uschald hielt Rückblick auf das Maibaumaufstellen des Heimatrings Weiden und dankte allen Mitgliedern, die sich am Maibaumfestzug beteiligten. Anschließend las er eine Muttertagsgeschichte vor und spielte bekannte Maienlieder, die von den Anwesenden gesanglich begleitet wurden. Ingrid Uschald trug das Gedicht „Mainacht" von der ostpreußischen Dichterin Agnes Miegel vor. Frau Ilse Stark wünschte mit einer Erzählung zum Muttertag den Müttern alle Gute. Karl Weiß berichtete im Zusammenhang mit dem Muttertag von heiteren Erlebnissen aus seiner Jugendzeit. Die Kinder Andreas, Katharina und Barbara Uschald erfreuten die Landsleute mit selbstgebastelten Herzen, die sie an die Mütter verschenkten. Die anwesenden Väter wurden schließlich mit etwas Flüssigem bedacht. Mit dem Lied „Kein schöner Land" verabschiedete man sich.

Weißenburg-Gunzenhausen – Freitag, 21. Mai, 19 Uhr, Treffen im „Jagdschlößchen", Gunzenhausen, zum gemeinsamen Abendessen (Königsberger Klopse). Anschließend hält Dr. Jürgen Danowski einen Diavortrag „Die Künstlerkolonie Nidden auf der Kurischen Nehrung".



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 250929, Fax (0421) 250188, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04398) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@online.de

Bremen – Die Gruppe bietet zusammen mit JWD-Reisen eine Zwei-Tages-Busfahrt an. Termin: 7. bis 8. August 2010, Reiseverlauf: 7. August: 8.30 Uhr Abfahrt vom ZOB Bremen, 10.30 Uhr bis zirka 12.30 Uhr Besichtigung der Ausstellung „Luise – Mythos und Leben" im Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg, 12.30 bis 14 Uhr Mittagspause (Restaurant Krone, Mittagessen ist nicht im Reisepreis enthalten!), Weiterfahrt nach Potsdam, zirka 17.30 Uhr Ankunft in Potsdam im zentral gelegenen Art'otel in Potsdam, Zeppelinstraße 136 – der Abend steht zur freien Verfügung. 8. August: Frühstück im Art'otel, 10 Uhr Abfahrt nach Paretz, 10.40 Uhr bis 11.40 Führung durch die Ausstellung „Luise. Die Kleider der Königin", anschließend individuelle Besichtigung des Parks im Schloss Paretz, Mittagspause bis 14 Uhr, anschließend Rückfahrt nach Bremen, zirka 20 Uhr Ankunft in Bremen, ZOB. Leistungen: Hin- und Rückfahrt im modernen Reisebus, eine Übernachtung mit Frühstück im Vier-Sterne-Art'otel in Potsdam, Eintritt und Führungen Mindestteilnehmerzahl: 25 Personen – Anmeldeschluss: 18. Juni 2010, Preis pro Person: im DZ 99 Euro, im EZ 115 Euro. Nähere Informationen ab sofort in der Geschäftsstelle der Gruppe in der Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (0421) 3469718.

Bremerhaven – Freitag, 28. Mai, 14.30 Uhr, Kulturnachmittag im Barlach-Haus. Luise Wolfram hat ihr Erscheinen zugesagt. Sie wird einen Vortrag über ihr Leben als Pastorengattin in der evangelischen Gemeinde Königsberg halten. Titel: „Störche kennen keine Grenzen". Anmeldungen bitte umgehend bei Marita Jachens-Paul, Telefon (0471) 86176. – Für den Zeitraum vom 6. bis 13. August ist eine Reise nach Nikolaiken und Elbing geplant. Besucht werden Stargard, Deutsch-Krone, Schneidemühl (1x Übernachtung), Bromberg, Thorn, Sensburg (3x Übernachtungen), Nikolaiken, Kruttinnen, Eckertsdorf, Lötzen, Steinort, Rastenburg, Bartenstein, Frauenburg, Cadinen, Elbing (2x Übernachtungen), Oberländischer Kanal, Buchwalde, Marienburg, Tiegenhof, Danzig, Karthaus, Stolp, Köslin (1x Übernachtung), Naugard, Stettin und Kolbitzer (Grenze). Die Reise kostet pro Person 799 Euro / DZ beziehungsweise 985 Euro / EZ. Anmeldungen ab sofort bei Klaus Eichholz, Telefon (04744) 5063, oder Bernhard Tessarzik, Telefon (04703) 1612.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Donnerstag, 27. Mai, 14 Uhr, **Vorstandssitzung der Landesgruppe** im Haus der Heimat (gegenüber S-Bahnstation Stadthausbrücke oder U3-Station Rödingsmarkt).

HEIMATKREISGRUPPEN



Insterburg – Mittwoch, 26. Mai, 9 Uhr, Tagesfahrt nach Grömitz und Gut Panker. – Mittwoch, 2. Juni, 13 Uhr, Treffen im „Zeppelin". Kulturelles Programm und kleiner Dia-, Videovortrag von der Tagesreise. Informationen sind bei Manfred Samel, Telefon und Fax (040) 587585, zu bekommen.



Königsberg – Freitag, 28. Mai, 8.30 Uhr, Treffen zum Jahresausflug zum Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg, Mittagessen und anschließender Dampferfahrt auf der Ilmenau (Schwarzenbek–Launburg), Kaffeetrinken auf dem Schiff. Rückkehr in Hamburg ist gegen 18.30 Uhr vorgesehen. Abfahrt, 8.30 Uhr, Tankstelle Dammtor. Anmeldungen bitte schriftlich bei U. Zimmermann, Klärchenstraße 21, 22299 Hamburg, bis zum 23. Mai. Je nach Beteiligung liegen die Kosten für die Fahrt bei rund 30 Euro, Mittagessen zahlt jeder für sich.

BEZIRKSGRUPPE

Billstedt – Dienstag, 1. Juni, 14.30 Uhr, Kulturveranstaltung der Gruppe im Café Winter, Möllner Landstraße 202, 22120 Hamburg, nahe Bahnstation U3 Steinfurter Allee. Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Informationen bei Amelie Papiz, Telefon (040) 73926017.

Harburg/Wilhelmsburg – Montag, 31. Mai, 15 Uhr, Heimatnachmittag der Gruppe im Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld (mit dem Bus 443 bis Waldquelle). Feier zum 60-jährigen Bestehen der Bezirksgruppe Harburg / Wilhelmsburg.

FRAUENGRUPPE

Hamburg-Bergedorf – Freitag, 28. Mai, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Haus des Begleiters, Ludwig-Rosenberg-Ring 47. Vortrag: „Im Luisenjahr: Königin Luise von Preußen – Leben und Mythos".



HESSEN

Vorsitzende: Dietmar Strauß, Jahnstraße 19, 68623 Lampertheim, Tel. (06206) 4851.

Bergstraße – Montag, 7. Juni, Tagesausflug nach Baden-Baden. Anmeldung werden von Brigitte Sattler, Telefon (06251) 39303, entgegengenommen. – Sonntag, 11. Juli, 11 Uhr, findet wieder das beliebte Sommerfest auf dem Gelände des Geflügelzuchtvereins in Reichenbach statt. Geboten wird neben einem Mittagessen, Kaffee und Kuchen nebst diversen Getränken ein Unterhaltungsprogramm. Für Kuchenspenden ist der Verein dankbar. – Vom 2. bis 17. August liegt ein Reiseangebot vor: „Unterwegs auf dem Fluss Lena in Russland und Sibirien". Anmeldungen werden erbeten an Brigitte Sattler, Telefon (06251) 39303.

Darmstadt – Bei der Begrüßung durch die Vorsitzenden Gerhard Schröder und Dieter Leitner freute sich Schröder. dass nach langer Krankheit auch Anni Oest wieder bei uns sein konnte. Er dankte Waltraud Barth für den herrlichen Blumenschmuck auf den Tischen aus ihrem Garten. Leitner verlas die interessantesten Berichte aus der neuesten Ausgabe der „Königsberger Allgemeinen". Erwin Balduhn überbrachte Grüße der Insterburger. Gerhard Turowski erinnerte an den Preußischen Choral von Ernst Moritz Arndt aus dem Jahre 1813 und übertrug ihn in die heutige Zeit. Mit dem Gedicht „Jeden Tag ein wenig Sonnenschein" grüßte Anni Oest alle, die Geburtstag hatten. Mit Spannung wurde der Lichtbildervortrag von Gerhard Sehröder über seine Reise nach Nordostpreußen erwartet. Leider konnte seine Tochter krankheitshalber nicht kommen, so dass wir ihre Aufnahmen erst zu einem späteren Termin werden sehen können. Beeinträchtigt wurde der Vortrag bedauerlicherweise nur dadurch, dass Fenster durch fehlende Jalousien nicht verdunkelt werden konnten. Die Fahrt führte über Berlin und Schneidemühl zur Marienburg, von der wir auch Detailaufnahmen von unbekannteren Gebäuden sehen konnten. Von Braunsberg aus ging die Fahrt ein Stück über die alte Reichsautobahn. An der polnisch-russischen Grenze Stacheldraht wie ehemals zur DDR. Doch die Wartezeit betrug diesmal nur eine gute Stunde. Auf der Haffseite ging es weiter Richtung Königsberg. Dort braust der Verkehr wie zu alten Zeiten durch das Brandenburger Tor. In Pillau hat man mit einem Reiterstandbild der Zarin Elisabeth und auch dem Zaren Peter dem Großen ein Denkmal gesetzt. Der alte Leuchtturm grüßte. Eine orthodoxe Kapelle und die Zitadelle konnten die Besucher nur von außen besichtigen. Ein Besuch der Kriegsgräberstätte folgte. In Palmnicken wird Bernstein verarbeitet. In Rauschen haben reiche Russen ihre Häuser gebaut. Vertraut der Wasserturm; der Strand schrumpft. Für Thomas Mann ist eine zweisprachige Tafel angebracht. Beim Käthe-Kollwitz-Haus befindet sich eine Nachbildung des Königsberger Schlosses im Garten. Schwierig gestalteten sich die Verkehrsverbindungen nach Pobethen, der Heimat von Schröders Vater. Mithilfe von Führerin Nadja gelang es schließlich. Von der Feldsteinsteinkirche ist der größte Teil zerstört, nur der Chor ist noch erhalten. Zurück ging es nach Königsberg, wo man im Hotel Kaliningrad Quartier nahm. Hansaplatz und Nordbahnhof bieten einen vertrauten Anblick. Ungewöhnlich auf dem Platz die Straßenkehrer, die nicht nur dort ständig im Einsatz sind. Kaliningrad ist eine saubere Stadt. Ganz anders sieht es in den ländlichen Gebieten Nordostpreußens aus. Auf eigene Faust erkundete man dann die Stadt. Am Schloss werden Ausgrabungen vorgenommen, die von einer deutschen Firma finanziert werden. Am Schlossteich befindet sich in der ehemaligen Stadthalle ein Museum. In der Nähe des Dohnaturms entdeckte man ein Auto, das unter seinem Nummernschild auch den Namen Königsberg trug. Es gab noch mehrere solcher Kennzeichen. In Marauenhof haben betuchte Russen schlossartige Villen gebaut und alte Häuser wieder restauriert. Der Oberteich ist schön angelegt. Im Dom konnten Schröder und seine Tochter Renate ein Konzert mit Bachs Johannespassion in deutscher Sprache erleben; an der Orgel begleitet von Arkadi Feldman. Ausflüge führten in die Königsberger Königstraße, zu der mit deutscher Hilfe aufgebauten Rosenauer Kirche,

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Alle – auf den Seiten »Glückwünsche und Heimatarbeit« – abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Informationsbroschüre

Hamburg – Im September 2009 tagte unter der Leitung von Bundesvorstandsmitglied Gottfried Hufenbach der 7. Deutsch-Polnische Kommunalpolitische Kongress in Frankfurt an der Oder zu dem Thema „Deutsche und Polen – Nachbarn in Europa". Die Redebeiträge der Referenten wurden nun in einer zweisprachigen Broschüre (deutsch und polnisch) veröffentlicht. Neben den Grußworten des Oberbürgermeisters von Frankfurt/Oder Patzelt und des Bürgermeisters von Slubice Bodciacki enthält die Broschüre Beiträge zur Vermittlerrolle des Collegiums Polonicum zwischen Deutschland und Polen, Krzysytof Wojciechowski, und zur engen Zusammenarbeit der Nachbarn in der Euroregion Pro Europa Viadrina, Tobias Seyfarth. Annette Bauer stellt die Europa-Universität Viadrina und Kinga Hartmann-Wóycicka die Entstehungsgeschichte und den Inhalt des Geschichtslehrbuches „Geschichte verstehen – Zukunft gestalten" vor. Dem Thema „Zwischen gestern und morgen – Deutsche und Polen in Europa" widmet sich der Journalist Dietrich Schröder.

Interessenten wenden sich bitte an die Landsmannschaft Ostpreußen, Christiane Rinser, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, Fax (040) 41400819 E-Mail: rinser@ostpreussen.de

Heimatliteratur

Hamburg – „Mein Lied – Mein Land. Lieder der Ost- und Westpreußen". Das ost- und westpreußische Liederheft „Mein Lied – Mein Land" (Zusammenstellung und Sätze: Herbert Wilhelmi) ist ab sofort wieder lieferbar. Das Büchlein umfasst ca. 150 Seiten und wird gegen eine Schutzgebühr von 5 Euro / Stück zuzüglich Verpackungs- und Versandkosten abgegeben. Nachdruck der Broschüre „Die Prußen" – Auf vielfachen Wunsch hat die Landsmannschaft Ostpreußen die Broschüre „Die Prußen" von Walter Görlitz nachdrucken lassen. Das Heft umfasst 40 Seiten und wird gegen eine Schutzgebühr von 2 Euro / Stück zuzüglich Verpackungs- und Versandkosten abgegeben. Bei Abnahme von mindestens zehn Heften werden Verpackung und Versand nicht in Rechnung gestellt.

Bestellungen nimmt entgegen: Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Ute Vollmer, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080, Fax (040) 41400850, E-Mail: vollmer@ostpreussen.de

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

zur Kirche nach Heiligenwalde, nach Waldau, auf die Kurische Nehrung und nach Sarkau. Zum Abschluss zeigte Schröder ein stimmungsvolles Bild vom Steindamm in der Abenddämmerung. Herzlicher Beifall dankte ihm für seinen ausgezeichneten Vortrag.

Dillenburg – Mittwoch, 26. Mai, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Café Eckstein. Waltraud Kranick referiert ausführlich über die verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen Kaiser Wilhelm II. und Königin Sophia von Spanien.

Wiesbaden – Donnerstag, 27. Mai, 12 Uhr, Stammtisch der Gruppe in der Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach. Serviert wird „Maischolle“. Es kann auch nach Speisekarte bestellt werden. Für die Platz- und Essendisposition bitte unbedingt anmeldet bei Familie Schetat, Telefon (06122) 15358.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig – Mittwoch, 26. Mai, 16 Uhr, Treffen der Gruppe im Stadtparkrestaurant, Jasperallee, Braunschweig. Klaus Lunau hält einen Diavortrag über das „Ostseebad Cranz, das Samland und die Kurische Nehrung – früher und heute“. Gäste sind herzlich willkommen.

Göttingen – Vom 25. Juni bis 3. Juli veranstaltet die Gruppe eine neuntägige Reise nach Masuren. Der Preis beträgt 399 Euro (110 Euro EZ-Zuschlag) und umfasst acht Übernachtungen mit HP in Hotels der Mittelklasse, eine Fahrt zum Sommerfest in Allenstein, einen Besuch der Feierlichkeiten zum 20-jährigen Bestehen der Deutschen Volksgruppe in Bischofsburg, eine Rundfahrt in Masuren sowie weitere Rundfahrten im Ermland. In den acht Übernachtungen sind jeweils Zwischenübernachtungen auf der Hin- und Rückreise enthalten. Zustiegsmöglichkeiten außerhalb von Göttingen sind Seesen, Salzgitter, Braunschweig und an der BAB 2 Richtung Berlin gegeben. Anmeldungen umgehend an Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen. – Donnerstag, 5. August, 14.30 Uhr, Grillnachmittag im Holtenser Forst. Es wird ein Bus für die Hin- und Rückfahrt eingesetzt. Anmeldungen bis zum 27. Juli bei Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 63675. – Sonnabend, 4. September, findet der alljährliche Ökumenische Gottesdienst in Friedland wieder statt.

Helmstedt – Donnerstag, 27. Mai, 8.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur wöchentlichen Wassergymnastik im Hallenbad. Weitere Auskünfte erteilt Helga Anders, Telefon (05351) 9111. – Donnerstag, 3. Juni, 8.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur wöchentlichen Wassergymnastik im Hallenbad. Weitere Auskünfte erteilt Helga Anders, Telefon (05351) 9111.

Osnabrück – Freitag, 21. Mai, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43. – Donnerstag, 27. Mai, 15 Uhr, Literaturkreis in der Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43.

Rinteln – Donnerstag, 10. Juni, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Saal des Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, Rinteln. Motto: „Gemeinsames Singen ostpreußischer und anderer Volkslieder“ mit Siegfried Gehrke. Mitglieder, Freunde und interessierte Gäste sind herzlich willkommen. – Die Reise „Königsberger Provinz“ im Mai ist restlos ausgebucht. Wer eventuell Interesse an einer ähnlichen Reise im nächsten Jahr hat, kann – zur unverbindlichen Zusendung der Reiseankündigung – Adresse und Telefonnummer Joachim Rebuschat, Alte Todenmanner Straße 1, 31737 Rinteln, E-Mail: j.rebuschat@web.de, mitteilen.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Montag, 7. Juni, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Die Ostpreußische Mundharmonika-Gruppe trifft sich in unregelmäßigen Abständen. Informationen bei Bruno Wendig, Telefon (05241) 56933.

Bonn – Vom 14. bis 22. August plant die Gruppe eine neuntägige Reise nach Königsberg. Start ist in Bonn, Zustiege entlang der BAB Bonn–Köln–Dortmund–Hannover–Berlin sind nach Absprache möglich. Zwischenübernachtung im Großraum Posen. Weiterfahrt über Marienburg, Elbing, Frauenburg, Braunsberg, die polnisch-russische Grenze nach Königsberg. Ein interessantes Programm erwartet Sie. Reisepreis pro Person im DZ ab 40 Personen: 685 Euro (zuzüglich 50 Euro für das Visum), ab 30 Personen: 745 Euro (zuzüglich 50 Euro für das Visum), EZ-Zuschlag für die gesamte Reise beträgt 150 Euro. Anmeldungen bei Manfred Ruhnau, 53757 Sankt Augustin, Telefon (02241) 311395. Reiseunterlagen werden schnellstens zugeschickt.

Dortmund – Montag, 7. Juni, 10.30 Uhr, Jahresausflug der Gruppe nach Neuss, Abfahrt ab Saarlandstraße, Parkplatz HDI-Versicherung. In Neuss Besichtigung des Quirinusmünsters und Einkehr im mittelalterlichen Clarissen-Kloster-Restaurant. Anmeldungen an Helga Schulz, Telefon 802599.

Düren – Freitag, 21. Mai, 18 Uhr, Treffen der Gruppe im HDO, Holzstraße 7a, Düren.

Düsseldorf – Mittwoch, 26. Mai, 15 Uhr, Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt, Raum 311, GHH. – Sonnabend, 29. Mai, 10 Uhr, Wandertreffen am Informationsstand im Hauptbahnhof. Ziel: das Insterburger Museum in Krefeld und Besuch des Zoos.

Ennepetal – Donnerstag, 27. Mai, 18 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube. Es gibt Panhas mit Bratkartoffeln.

Gevelsberg – Freitag, 21. Mai, 16.15 Uhr, Treffen der Gruppe im Vereinslokal Keglerheim, Hagenerstraße 78, Gevelsberg. Gemütliches Beisammensein und Musik.

Gütersloh – Montag, 31. Mai, 15 Uhr, Treffen des Ostpreußischen Singkreises in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

Ostpreußisches Landesmuseum

Lüneburg – „Seitdem ich in Holz schneide, lockt da vieles.“ Entstehung eines Holzschnitts – Wochenend-Workshop für Erwachsene im Ostpreußischen Landesmuseum Sonnabend, 5. Juni, 11–17 Uhr, Sonntag, 6. Juni, 11–16 Uhr, Leitung: Marie-Luise Salden Kosten: 30 Euro inklusive Material. Vorherige Anmeldung unter E-Mail: a.kern@ol-lg.de oder Telefon (04131) 7599515 erforderlich. Mit der ältesten Drucktechnik der Welt lassen sich besonders kontrastreiche und expressive Bilder herstellen. Wie ein Holzschnitt vorbereitet wird, welche Werkzeuge notwendig sind – diese Fragen werden die Teilnehmer klären, bevor sie selbst ans Werk gehen und sich in dieser besonderen Technik versuchen. Marie-Luise Salden arbeitet als Künstlerin in den Bereichen Farbholzschnitt, Tusch- und Kreidezeichnungen und Aquarell-Malerei. Ihre Arbeiten sind in vielen Sammlungen und Museen vertreten. Marie-Luise Salden ist freie Mitarbeiterin im Käthe Kollwitz Museum in Köln.

Ostpreußische Impressionen

Ausstellung zeigte Malerei- und Grafiken von Karl Leo Herbert Guttmann

Das Gerhart-Hauptmann-Haus in Düsseldorf widmete dem bekannten ostpreußischen Künstler Karl Leo Herbert Guttmann eine aufschlussreiche Retrospektivausstellung.

Der 1907 in Memel / Ostpreußen geborene und 1978 in Düsseldorf verstorbene Maler und Grafiker ist im Laufe der Jahre leider in Vergessenheit geraten. Mit der Präsentation „Ostpreußische Impressionen“ wolle man – so Dr. Jörn Barfod vom Ostpreußischen Landesmuseum Lüneburg und Dr. Winfrid Halder, Direktor des Gastgeberhauses, anlässlich der Ausstellungseröffnung – durch eine repräsentative Bilder- und Grafiken-Auswahl das Leben und Werk Guttmanns erneut etwas näher in den Fokus der Aufmerksamkeit rücken.

Der Landschaftsmaler Prof. Karl Storch hat schon früh das künstlerische Talent des jungen Guttmann erkannt und gefördert. Und weil seine Heimat, die Kurische Nehrung, zu jener Zeit ein beliebter Aufenthaltsort bedeutender Maler war, ergab sich für den erst 13-Jährigen die Gelegenheit, mit den Künstlern auf das Haff hinauszurudern. Es ist bekannt, dass Guttmann in seinem „fahrbaren Atelier“ arbeitete und dass das in dieser Periode entstandene Bild „Alte Fischerfrau“ entscheidend für seine Aufnahme in die ehrwürdige Königsberger Kunstakademie war. Dort studierte Guttmann von 1935 bis 1941 bei den renommierten Professoren Eduard Bischoff, Franz Martens und Alfred Partikel.



Klare Formen und gedämpfte Farbigkeit: Guttmanns Aquarelle haben ihre eigene – unverwechselbare – Sprache. Bild: DG

Der Künstler wurde zum Kriegsdienst einberufen und war bis 1948 in russischer Gefangenschaft. Er fand in Düsseldorf eine neue Heimat, wo er bis 1973 als technischer Zeichner und Grafiker im Nordrhein-Westfälischen Wirtschaftsministerium tätig war.

Seine künstlerischen Arbeiten erhielten durch seine zahlreichen Reisen durch Deutschland, nach Italien, Jugoslawien, Holland und Frankreich eine besondere Prägung. Doch die Kurische Nehrung und ihre Menschen hatten es ihm angetan. In den meisten seiner Bilder kehrte er immer wieder zu Erinnerungen an seine ostpreußische Heimat zurück.

Guttmann beteiligte sich bis 1941 an verschiedenen Ausstellungen in Königsberg und Berlin. Vor dem Zweiten Weltkrieg kaufte die Stadt Königsberg Bilder und Aquarelle, in den 1980er Jahren erwarb die Stadt Düsseldorf einige Arbeiten.

Guttmanns Gemälde und Aquarelle, die Bildnisse, die ausdrucksvollen Figurenbilder und die Landschaften zeichnen sich alle durch großzügige, klare Formen und eine gedämpfte Farbigkeit aus. *Dieter Göllner*

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

(05241) 37343. – Montag, 7. Juni, 15 Uhr, Treffen des Ostpreußischen Singkreises in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

Witten – Donnerstag, 27. Mai, 15.30 Uhr, Treffen der Gruppe. Thema: „Erlebnis des Kriegsendes am 8. Mai 1945“.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Kaiserslautern – Sonnabend, 5. Juni, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube, Lutzerstraße 20, Kaiserslautern.

Mainz – Freitag, 21. Mai, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Freitag, 28. Mai, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Leipzig – Sonnabend, 5. Juni, 13.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Casino der AOK, Willmar-Schwabe-Straße 2 (Seiteneingang Jahnallee). Kostenbeitrag 2,50. Der Chor Lied der Heimat wird die Veranstaltung mit einem Kulturprogramm umrahmen.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Aschersleben – Mittwoch, 26. Mai, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Bestehornhaus“. – Mittwoch, 2. Juni, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Bestehornhaus“.

Gardelegen – Freitag, 28. Mai, 14 Uhr, Liedernachmittag mit Herrn Beckmann in der Begegnungsstätte VS Gardelegen.

Giersleben – Donnerstag, 3. Juni, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der „Alten Schule“.

Magdeburg – Freitag, 21. Mai, 16 Uhr, Singproben im TuS Neustadt.

Tangermünde – Busreise im Sommer 2010 nach Ostpreußen, ins Baltikum und nach St. Petersburg. Dr. Günter Lange plant auch in diesem Jahr wieder eine mehrtägige Reise, vom 9. bis 21. Juli 2010 wird es mit dem Bus über Ostpreußen nach Litauen, Lettland, Estland und Helsinki gehen. Von dort mit der Fähre nach Rostock. Jeweils ein bis zwei Tage Übernachtung sind geplant in Danzig, Königsberg, Insterburg, Wilna, Riga, Reval, St. Petersburg mit Stadtführungen. Der Preis beträgt etwa 1300 Euro (Übernachtung, HP), abhängig von der Teilnehmerzahl. Nähere Auskünfte unter Telefon (039322) 3760.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Mölln – Mittwoch, 26. Mai, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im „Quellenhof“. Es gibt einen Vortrag über Königin Luise, die in diesem Jahr 200. Todestag hat. Landesvorsitzender Edmund Ferner wird ausführlich über das Leben dieser populären Königin halten. Zu dieser Veranstaltung sind auch wieder die Landsleute aus Pommern, Danzig, Schlesien und Mölln eingeladen.

Pinneberg – Sonnabend, 29. Mai, 15 Uhr, „Frühlingserwachen“ der Gruppe im VfL-Clubheim, Fahltskamp 53, Pinneberg. Auf dem Programm stehen unter anderem Singen, Spielen und Lesen. Nähere Informationen oder Anmeldungen entweder bei Frau Schmidt, Telefon 62667, oder Frau Kieselbach, Telefon 73473.

Alle – auf den Seiten »Glückwünsche und Heimatarbeit« – abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

»Hier ruht Hun Berta«

Kinderliebe kann zuweilen recht erdrückend sein

Meine Cousine Eva und ich mussten uns damit abfinden nun jeden Tag in die Schule gehen zu müssen. Die sorglose Kinderzeit war vorüber! So sagte jedenfalls Opa Schmidt, Evas Großvater, mit leisem Lächeln.

Meine Schwester Angela, etwas jünger als wir, musste sich von nun an jeden Tag allein beschäftigen. Bei unseren Unternehmungen war sie eh wie ein Klotz am Bein, weil sie mit uns „großen Mädchen” nicht so recht mithalten konnte.

Klotz am Bein will keiner sein

Da in unserem kleinen Hof außer Kaninchen auch noch Hühner gehalten wurden, die rastlos auf dem winzigen Rasenstück oder zwischen den holprigen Pflastersteinen herumpickten, hatte Angela eines Tages die glanzvolle Idee, sich eins der Hühner als Spielzeug zu erwählen. Also schnappte sie sich das schwächste und kleinste unter den Tieren, zog ihm ein gehäkeltes Jäckchen und ein gestricktes Mützchen über, packte das arme Tierchen in ihren Puppenwagen und schaukelte mit ihm über den alten Marienplatz.

„Das ist Berta“, erklärte sie unserer Großmutter, „hast du vielleicht ein Fläschchen Milch für sie übrig?” Oma hatte Mühe Angela davon zu überzeugen, dass Hühner Körner fressen und es gar nicht mögen, in Puppenwagen gefahren zu werden, und befreite das Hühnchen aus seiner misslichen Lage. Angela, die den Erwachsenen ohnehin nichts glaubte, nahm sich das Tierchen wieder vor, um ihr Spiel neu zu beginnen. „Berta ist mein Kind und hat mich lieb“, sagte sie mit trotzig vorgeschobener Unterlippe und drückte es zärtlich an ihre magere Brust, bis das Huhn schließlich an der zupackenden Liebe der Kleinen verendete. Eva und ich gruben der armen Berta ein Grab in einer Ecke des Hofes, wo auch schon eine Ratte, der wir auf den Schwanz getreten hatten, bestattet lag.

„Hier rut Hun Berta”, verkündete die Krakelschrift Evas auf dem Zettel, den ich über dem Grab an ein Stöckchen geheftet hatte, „ruhe in Friden“.

Angela fühlte sich getröstet, als wir auch noch ein letztes Lied für Berta anstimmten, und sie sang aus voller Kehle mit: „Häschen in der Grube saß da und schlief …“; Häschen statt Huhn – egal, die Melodie war maßgebend. Sinnend sah das kleine Mädchen auf das Grab hinab und danach lenkte sie ihre verlangenden Blicke zu der Hühnerschar hin.

Hühner trinken keine Milch

„Wage es nicht, noch ein Huhn als Spielzeug zu missbrauchen”, sagte ich streng, „noch einmal helfen wir dir nicht!”

Angela grinste verschämt. „Schon gut, diesmal nehme ich halt Müllers Katze von nebenan. Der kann ich wenigstens auch Söckchen anziehen.” *Gabriele Lins*

Der Italiener

Veränderungen sind das Salz der Geschichte

Früher kam er mit einem alten, klapprigen, dreirädrigen Karren und kündigte sich mit seiner lauten Bimmelei unüberhörbar an – der Eismann.

Heute dagegen fährt ein schicker Verkaufswagen mit einer modernen Theke durch unsere Gassen und Straßen. Neben Eis hält er auch noch kleine Törtchen und andere Leckereien bereit. Alle nennen ihn den Italiener, obwohl er fast schon so lange wie die Kirche zum Dorf gehört.

Brütende Hitze hatte sich ausgebreitet, die bis vorhin so stille Straße belebt sich etwas. Ein Signal – es kennt inzwischen jeder – der Italiener hat sich angekündigt. Auch ich sehne mich nach einer Erfrischung. Jawohl, sogar eine ansehnliche Portion Eis sollte es diesmal sein! Eine kleine Gruppe hat sich bereits um den Verkaufswagen des Italieners eingefunden.

Ganz am Rande der Gruppe steht ein kleiner Junge mit pechschwarzen Haaren. Er sieht auch etwas anders aus als zwei dieser Rangen vor mir, die auf ihr Eis warten. Ach ja, versuche ich mich zu erinnern, das ist doch einer aus der Asylantenfamilie, die mit dem unaussprechlichen Namen. die vor kurzem in das alte leerstehende Haus dort um die Ecke eingezogen ist.

Sehnsüchtig hängen seine Blicke an dem bunten Eiswagen. Nach und nach füllt der Italiener die Becher und Eiswaffeltüten mit kühlen bunten Bällchen.

Einfaches Kinderglück – Kugel Eis bringt Augen zum Leuchten

Verlegen lutscht der Junge am kleinen Finger – vielleicht ist der in seiner Phantasie ein Eisbällchen?

„Mach mal Platz da, du kaufst ja doch kein Eis“, herrscht ein hinzukommender Mann den kleinen Jungen an und reicht dem Italiener eine Schüssel über die Theke. Eingeschüchtert weicht der Junge einen Schritt zurück, ohne jedoch dabei seine sehnsüchtigen Blicke von dem Eiswagen zu wenden. Dabei stellt er sich sogar auf die Zehenspitzen. Der Italiener beugt sich über seine Theke, um zu sehen, ob auch alle seine Kunden versorgt sind. Da sieht er den Jungen mit den schwarzen Haaren, der immer noch eingeschüchtert, wie von Fremdheit umgeben, etwas abseits steht.

„He, du, Bambino, Junge, komm zu mir“, ruft der Italiener. Dabei langt er sich eine Waffeltüte und gipfelt eine dicke Eiskugel hinauf. „Hier, hast du Eis!“

Zaghaft und mit ungläubigem Gesicht greift der Junge nach der Tüte. „Oh je, kann ich doch nicht sehen, wie Bambino da steht! Kinder müssen fröhlich sein, immer nur fröhlich”, radebrecht der Italiener mit seinem lustigen Akzent.

Der Junge schleckt eifrig sein leckeres Eis und scheint dabei die Welt zu vergessen. Solch glückliche Kinderaugen habe ich lange nicht gesehen.

So einfach und billig kann Kinderglück sein. Hätte ich nicht auch daran denken können? *Werner Hassler*

Ein Leben, ein Werk, ein Geschenk

Künstlerischer Nachlass von Ute Brinckmann-Schmolling für das Ostpreußische Landesmuseum

Das Ostpreußische Landesmuseum konnte mit der Übergabe des künstlerischen Nachlasses der aus Insterburg stammenden Künstlerin Ute Brinckmann-Schmolling seine Sammlung erweitern.

Die Malerin, Grafikerin und Kunsthandwerkerin Ute Brinckmann-Schmolling, Jahrgang 1924, gehört zu der letzten Generation von ostpreußischen Künstlern, die ihre Ausbildung noch an der Kunstakademie in Königsberg wenigstens haben beginnen können. Sie erhielt dort erste wichtige künstlerische Impulse. Aber auch ihr weiterer Ausbildungsweg nach 1945 hatte noch ostpreußische Verbindungen. Schon zuhause

Von Anfang an von Kunst umgeben

in Insterburg war sie von Anfang an von Kunst umgeben, denn ihr Vater, Paul Schmolling (1892–1965), war Maler und Kunsterzieher am Gymnasium.

Über Vermittlung von Norbert Dolezich (1906–1996), ebenfalls Kunstlehrer und dazu Dozent an der Kunstakademie in Königsberg, und mit Unterstützung ihres Vaters konnte Ute Schmolling noch 1942 ein Studium an der Akademie beginnen. Der Maler Eduard Bischoff (1890–1974) wurde dort ihr erster prägender Lehrer.

Ein Selbstbildnis von 1944 zeigt Ute Schmolling als fertige Malerin. Neben der Richtung der Ausbildung in Königsberg, wobei sich hier Bischoff als der prägende Eindruck erweist, sind Ansätze einer individuellen Formreduzierung erkennbar, Hinweise auf den eigenständigen Weg, den die Künstlerin einschlagen sollte. Doch zunächst kamen die Flucht im Herbst 1944, über Brandenburg/Havel ins Emsland, und ein schwieriger Neuanfang ab 1948 in Elmshorn. Hier arbeitete sie an der Seite ihres Vaters und hatte erste Ausstellungen.

1950 heiratete Ute Schmolling den ihr schon aus Ostpreußen her bekannten Künstlerkollegen Gerhard Matzat (1921–1994), der aus Ragnit stammte, und ging mit ihm nach Frankfurt/M., wo Wilhelm Heise (1892–1965) lehrte, den Matzat schon von der Königsberger Akademie her kannte. Durch den privaten Kontakt zu Heise erhielt sie viele Impulse für ihr graphisches Arbeiten, fühlte sich aber im Rückblick auf diese Jahre auch etwas eingeengt durch die technische Strenge Heises.

Sie ging ihren künstlerischen Weg nun in der Graphik, dazu kamen textile Arbeiten, Weben, Batik, Applikation von Bildteppichen. Eine intensive Zeit mit Ausstellungen, Wettbewerbspreisen und Aufträgen zu Kunst am Bau begann. 1957 trennte sie sich von Gerhard Matzat. Hatte sie seit 1950 intensive Arbeit in den Linolschnitt investiert, so ging sie nun in der Entdeckung weiterer Drucktechniken voran, so Siebdruck, Lithographie und Experimente mit selbst entwickelten Wegen in Monotypien. Thematisch griff sie oft Beobachtungen aus dem eigenen Alltag auf.

1959 erfolgte eine Zäsur im Leben von Ute Schmolling. Sie lernt den Darmstädter Bildhauer Helmut Brinckmann kennen, heiratet ihn und zieht nach Darmstadt, wo sie seither lebt in einem von ihrem Mann entworfenen Künstlerhaus. Auslandsreisen nach Paris, in die Niederlande, nach Italien mit einem längeren Aufenthalt dort folgen. Alles lässt sich in den Arbeiten der Künstlerin sehr anschaulich nachvollziehen. Aufträge für weitere Kunst am Bau erhält sie



1944 entstandenes Selbstbildnis, als Ute Brinckmann-Schmolling Schülerin bei Eduard Bischoff an der Kunstakademie in Königsberg war. Bild: OL

dann 1961 durch das Land Hessen. 1963 und 1964 kommen die beiden Söhne des Künstlerehepaares zur Welt.

Nach einer kurzen Pause arbeitet Ute Brinckmann-Schmolling weiter in ihrem Werk. Die textilen Arbeiten nehmen immer noch einen großen Raum in der Arbeit ein. Sie entwickelt in den Drucktechniken eigene Verfahren und wagt sich an eine schwierige Aufgabe mit großformatigen Linolschnitten. In den 1970er Jahren entdeckte sie die freie Malerei neu für sich, und zwar auf dem Weg über Collagen, die sie aus der Linolschnittarbeit entwickelt. Ab 1980 entstehen dann große Collagen.

Dieser Weg war teilweise schon durch die Textilarbeiten vorgezeichnet gewesen: Zunächst hatten selbst gewebte Stoffe als Ausgangsmaterialien für Wandbehänge – Wandteppiche – gedient. Hierin setzten sich Erfahrungen fort, die Ute Schmolling schon in ihrer Jugend in Insterburg machte. Die Weberin und Textilkünstlerin Marie Thierfeldt (1893–1984) hatte eine große Weberei in Insterburg. Ute Schmolling verbrachte viel Zeit in der Weberei und am Webstuhl, da ihre Mutter mit der auch am Bauhaus ausgebildeten Webkünstlerin befreundet war.

Andere Wandbehänge schuf Ute Brinckmann-Schmolling in den 1960er Jahren als Applikationen. Bäume, Blumen, Fische und Vögel sind beliebte Motive, jedoch in einer eleganten Wese abstrahiert, wie es der Zeit um 1960 entsprach. Nicht zuletzt gehört aber auch die Batik zu den Techniken, die für Wandbehangsgestaltung eingesetzt wurden. Der Künstlerin kam hier bei sowohl ihr technisches Geschick wie auch die Beherrschung großzügiger abstrakter Formgebung zugute. Auch aus dieser Schaffensperiode sind nun sechs große Werke als Schenkung der Künstlerin ins Ostpreußische Landesmuseum gekommen.

Seit 1974 ist Ute Brinckmann-Schmolling Mitglied der bekannten „Neuen Darmstädter Sezession“. Durch Ausstellungen gelangt ihr Ruf allmählich auch ins Ausland. Private und öffentliche Ankäufe werden getätigt. Ein schmerzlicher Einschnitt wird für sie der Tod ihres Mannes 1994. Doch als wenn dieser Schicksalsschlag einen neuen künstlerischen Impuls vorbereitet hätte, beginnt sie 1995 mit Acrylmalerei auf Papier in großen Formaten und Collagen. Damit beginnt ein neuer großer Abschnitt in ihrem Kunstschaffen. Er erreicht seinen Höhepunkt um 2005 in einer großen Serie von zweigeteilten großen abstrakten Kompositionen unter einem von ihr gewählten Obertitel „Neue Wege“, auch dokumentiert in einem gleichnamigen Katalog.

Aus gesundheitlichen Gründen musste Ute Brinckmann-Schmolling 2008 das Malen in großen Formaten weitgehend einstellen. Sie lässt sich aber von den notwendigen Anpassungen an die Gegebenheiten nicht abhalten, in neuer Weise in kleinem Format weiter zu arbeiten. Man darf gespannt sein, was sie uns, dem Publikum, noch weiterhin zu sagen haben wird.

Lebenswerk zum Vermächtnis

Das reiche, vielgestaltige künstlerische Lebenswerk von Ute Brinckmann-Schmolling entstand in Ostpreußen, Schleswig-Holstein, Hessen unter nicht immer günstigen Bedingungen, aber Dank ihrer Energie und ihres stetigen Wesens in stets lebendigem Fluss. Ihr Schaffen wurde, was sie selbst einmal von einem gelungenen Kunstwerk sagte, „ein unverwechselbares Ganzes“.

Wie schon 1998 hat die vielseitige Künstlerin im vergangenen Jahr dem Ostpreußischen Landesmuseum erneut einen Teil ihrer Arbeiten geschenkt, die als geschlossene Sammlung mit gut 100 Werken nun von dem gesamten Verlauf ihres künstlerischen Schaffens Zeugnis ablegen können.

Jörn Barfod

---

junge Sangesgruppe; Feigling (ugs.); russ.-franz. Maler (Marc); selbstlos helfender Mensch; Blütenstand; umgeknickte Heftecke; englisch: Zug; unverfälscht; wärmeloser Zustand; weibl. Aufforderung zum Tanz; Bodenerhebung; spanischer Fluss; Stille; stören, von etwas abhalten; Nebenmann; Deckenverzierung; vorzeitige Beendigung; Barkeeper; Schlag-, Klopfwerkzeug; Verlobte, zukünftige Ehefrau; Rücklage; Himmelsbrot; durchsichtige Tischauflage; in Besitz nehmen, besetzen; fressen (Wild); Gerücht (französisch); Fruchtbonbons; hochgewachsen, groß; ital. Stadt an der Nera; Stadt an der Uchte (Altmark); römische Göttin des Herdfeuers; Nichtfachmann; Bruder des Romulus; schüchtern; Trinkgefäß; Landhaus; Sennhütte; akust. Autosignalgerät; sächs. Stadt an der Elbe; tierisches Milchorgan; Prophet; großtun, sich rühmen; Asiat, Kaukasier; ein Flugzeug oder Schiff mieten; irischer Autor (George Bernard); vergangen, verstrichen; Rohrverbindungsstück; geistliches Lied; meist ungiftige Schlange; ein Bild in viele Punkte zerlegen; Niederschlag; Damenschuh m. höherem Absatz; Auslegung, Interpretation; griechischer Liebesgott; Südasiat; Fassseitenbrett; Freiheitsentzug, Haft; Wüsteninsel; Name Christi; Ellenbogen; Fädchen, Fiber; sehr feucht; verwirrt, unschlüssig; schwächer, matter werden; Platz, Stelle; Kultbild der Ostkirche; weibliches Märchenwesen; Verlassen des Landes; Kautabak; Heldengedicht; aktiv, beschäftigt; Teil des Beines; ein Mineral; Hausvorbau; in Kraft sein; eine Baltin; Telefonat; Hülsenfrucht; asiatische Raubkatze; Erfindungsschutzurkunde; Null beim Roulette; Eigenart, Charakter; Gebirge auf Kreta; aufgebrühtes Heißgetränk; Vorname Laurels; Antrieb, Verlockung; Pferdegangart; chem. Zeichen für Germanium; gut erzogen; Frau, die etwas stiehlt; historische Provinz Irlands; Beschwerde bei Gericht; kleine Schüssel; Währungseinheit

PAZ10_20

Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

CEEEI KNNRU; GILU; HNRUU; ELMU; EELNS; KSSU; EEFU; DNOR; GLLOR; FOU; EHLN SU; EEMR SS; DSU

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein anderes Wort für Werbung.

Nr.	links		rechts
1	KURZ		ZUG
2	LOCH		WAGEN
3	SEKT		GELD
4	DRUCK		HAFT
5	GAENSE		FLEISCH
6	GRAU		PILZ
7	ZAHN		TIEGEL

Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 dünnes Blättchen, Scheibe
2 Erinnerungsbauwerk
3 südlichste Provinz Portugals

So ist's richtig:

Schüttelrätsel: EINRUECKEN, U, S, GROLL, UFO, LU, MESSER, SUHLEN, SUD

Mittelworträtsel: 1. Schrift, 2. Streifen, 3. Korken, 4. Fehler, 5. Schmalz, 6. Schimmel, 7. Schmelz – Reklame

Magisch: 1. Lamelle, 2. Denkmal, 3. Algarve

Die Wandlung des Simon zum Petrus

Die Bedeutung des Pfingstfestes lässt sich nicht nur an biblischen Personen festmachen

Über kaum ein Fest gibt es so viel Unwissenheit, Ratlosigkeit oder Schulterzucken wie über Pfingsten – auch unter Kirchenmitgliedern und Christen. Was an Pfingsten eigentlich gefeiert wird, ist offenbar schwierig zu verstehen.

Pfingsten ist immerhin das dritthöchste Fest der Christenheit. Ein gewisser Umschwung zeichnet sich jedoch seit etwa 100 Jahren ab. In vielen Teilen der Welt, nicht unbedingt in Deutschland, entdecken Menschen die göttliche Person des Heiligen Geistes neu, dessen „Ausgießung“ zu Pfingsten gefeiert wird.

Schon an dieser Stelle wird mancher stutzig. Wie kann eine „Person“ ausgegossen werden? Nach dem christlichen Bekenntnis ist der Heilige Geist in der Tat eine Person, zu der man genauso reden und beten kann wie zu Gott, dem Vater oder zu Jesus Christus. Nach der Lehre von der Dreieinigkeit Gottes, hat Gott nur ein Wesen, ist aber in drei Perso-

Gott ist in drei Personen gegenwärtig und doch eins

nen gleichsam ansprechbar. Martin Luther hat von der „Dreifaltigkeit Gottes“ gesprochen. So wie ein Blatt Papier durch zwei Falzungen in drei verschiedene Blätter gefaltet wird und doch eins bleibt, so ist Gott in drei Personen gegenwärtig und doch eins. In den bekannten Pfingstliedern wird daher der Heilige Geist direkt angesprochen: „Oh komm, du Geist der Wahrheit ...; kehre bei uns ein, Du Schöpfergeist, Du Geist der Liebe, du Geist der Kraft ...“

Eine Christenheit, die diesen Geist nicht kennt oder vergessen hat, wäre logischerweise unkreativ, kraftlos, lieblos und auch ohne Orientierung. Am besten lässt sich das, was der Heilige Geist bewirkt, an einer biblischen Person studieren: an Simon mit dem Beinamen Petrus. Diesen Beinamen, der übersetzt „Fels“ heißt, bekam Simon von Jesus verliehen, lange bevor er der „Fels“, der erste Papst und Leiter der Christenheit wurde.

Als Jesus ihn zusammen mit seinem Bruder Andreas am See von Genezareth in den engsten Kreis seiner Schüler berief, wollte er ihn zum „Menschenfischer“ ausbilden (Mt 4,18-19). Doch die Bemühungen des Gottessohnes muten ziemlich erfolglos an, was dieses Lernziel angeht. Simon war zwar ein gestandener Mann, von vielem schnell zu begeistern, aber eigentlich das genaue Gegenteil eines Felsens. Als er einmal erlebte, wie Jesus während eines furchtbaren Sturmes auf dem See wandelte, wollte er das auch tun. Das gelang ihm zunächst auch, bis er zu zweifeln begann und unterging. Ebenso stürmisch bekannte Simon als Erster, dass Jesus der Sohn Gottes ist und konnte doch andere Menschen nicht davon überzeugen. Mal erkannte Simon etwas Richtiges und ein paar Minuten später tappte er wieder daneben. Seine dunkelste Stunde kam, als er am Karfreitag Jesus drei Mal verleugnete. Einen Tag zuvor hatte er noch großspurig verkündet, dass er zu Jesus halten würde, auch wenn es ihn sein Leben kosten würde.

Nach Pfingsten ändert sich dieser wankelmütige und wenig überzeugende Wesenszug des Simon grundlegend. Er wurde tatsächlich zum Petrus, zum Fels der Urkirche und zum Menschenfischer.

Nachdem die Jünger am Pfingstfest mit dem Heiligen Geist erfüllt wurden, legt Simon als Erster seine Furchtsamkeit ab. Er, der noch nie vor einer Menschenmenge gesprochen hatte, hielt eine erste und begeisternde Predigt vor vielen Tausend jüdischen Pilgern in Jerusalem (Apg 2,14-42).

Wer diese Predigt im Original liest, kommt auch heute aus dem Staunen nicht heraus. Wie hat sich dieser Simon plötzlich gewandelt!

Die Apostel sind so erregt und glücklich, dass sie als betrunken gelten. Daher beginnt Petrus mit den Worten: „Wir sind nicht betrunken.“ Und dann zeigt Petrus einen Mut, den er früher nicht hatte und der deswegen nur geistgewirkt sein konnte.

Er sagt: „Ihr habt Jesus, den Sohn Gottes, ermordet, als ihr ihn kreuzigen ließet ... aber Gott bietet euch heute die Vergebung der Sünden an ..., kehrt um, glaubt an Jesus, den Christus, und lasst euch taufen!“ Soweit die Kurzform der ersten Predigt des Simon Petrus. Und das Ergebnis war gewaltig: Statt Petrus zu steinigen, ließen sich nach dieser Predigt 3000 Menschen an diesem Pfingsttag taufen, die Kirche war geboren.

Der Unterschied zu vielen Predigten heute ist natürlich ebenso evident. Wie kraftlos, theoretisch, eitel oder selbstbezogen wirken heute viele Predigten und Prediger. Deswegen locken sie auch so wenige Menschen in die Kirchen.

Das ist in den Teilen der Welt, in denen die Christenheit wächst, in Asien, Afrika oder Südamerika völlig anders. Dort sind Prediger anzutreffen, die ganz ähnlich wie Petrus sind. Sie lassen sich nicht einschüchtern, geben ihre Berufe auf, predigen in den Slums, und die Menschen werden zu Hunderten oder Tausenden zu Christen. Diese Christen finden sich übrigens in allen Konfessionen; sie nennen sich „charismatisch“ oder gehören zu „Pfingstkirchen“. Sie alle treibt ein unbändiger Wille, missionarisch zu wirken. Wenn sie beten, bebt zwar meistens nicht die Erde wie bei den ersten Aposteln, aber viele Kranke werden getröstet oder auch geheilt – und immer wieder fällt der Heilige Geist herab und schenkt neue Kraft. So gibt es beispielsweise in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul eine Pfingstgemeinde, die vor 50 Jahren nur fünf Mitglieder hatte. Heute aber ist die Gemeinde von Pastor Paul Yongi Cho auf über 500 000 Mitglieder angewachsen. Sie schickt heute Missionare in alle Welt – übrigens auch nach Deutschland. *Hinrich E. Bues*



Rom: Der Petersdom mit dem Grabmal des Simon Petrus Bild: Intenet

Letzte Ruhe im Ferrari

Särge in ungewöhnlichen Formen finden mittlerweile auch in Deutschland Abnehmer

Der Tod ist eines der großen Tabuthemen – von testamentarischen Erbverfügungen abgesehen, befasst man sich oftmals erst damit, wenn das eigene Lebensende naht. Und da die wenigsten ihre Beerdigung noch zu Lebzeiten selbst geregelt haben, müssen Hinterbliebene entscheiden, wie ein Verstorbener bestattet und seiner gedacht werden soll. Die Bestattungskultur in Deutschland setzt dabei mehr und mehr auf Individualität: mit Bildern aus dem Familienalbum verzierte Särge und Designer-Modelle in Form von Autos, Musikinstrumenten oder Sportgeräten.

Särge mit individuellen Motiven sind die Spezialität von Sargfabrikant Jürgen Stahl aus Kleinheubach. „Für die Särge verwenden wir einen üblichen Grundkorpus aus Holz, zusätzlich bieten wir dann Motivplatten in voller, halber und drittel Länge sowie als Frontbild als Auflage an, die sich individuell gestalten lassen“, erklärt Stahl. „Für Hinterbliebene kann das sogar ein Teil aktiver Trauerarbeit sein“, berichtet Dörte Schmitz. Die junge Frau hat den Sarg ihrer verstorbenen Mutter mit verschiedenen Fotos schmücken lassen: „Von der Hochzeit meiner Mutter bis zum letzten Bild sind alle wichtigen Stationen vertreten“, so Schmitz.

Für die einen skurril, für die anderen normal

Bestattungsunternehmer Henrik Busch, Inhaber von Busch Bestattungen aus Bückeburg, kennt noch ungewöhnlichere Kundenwünsche. So hat er beispielsweise einen Ferrari aus klarlackierter Olivenesche in seinem Programm. „Letztlich ist es eine Sache des Geschmacks, für jeden Artikel gibt es einen Kunden“, sagt Henrik Busch.

Was in Deutschland als skurrile Geschäftsidee erscheint, ist in der englischen Stadt Nottingham mittlerweile Normalität: Dort stellt man seit einigen Jahren Särge in den wundersamsten Formen her. Die Särge der Firma Vic Fearn & Co. haben die Form von Ballettschuhen, Biergläsern, Golftaschen, Straßenbahnwaggons oder Müllcontainern. Der Gedanke, ihr eher eintöniges Gewerbe aufzulockern, kam John Gill und seinem Geschäftspartner David Crampton von Vic Fearn vor rund 15 Jahren durch außergewöhnliche Kundenwünsche. „Das sind keine Verrückten gewesen, sondern Menschen, die gerne in einem Gegenstand beigesetzt werden wollten, der ihnen schon zu Lebzeiten etwas bedeutet hat“, betont Crampton. „Ein tödlich verunglückter elfjähriger Junge wurde von seiner Familie in einem riesigen Skateboard beigesetzt, weil er dieses Sportgerät heiß und innig geliebt hat“, erklärt er. Die Kunden müssen allerdings einiges Geld übrig haben, denn die Särge kosten bis zu 7500 Euro. Mit einigen ihrer ungewöhnlichen Objekte sind Gill und Crampton bereits auf Ausstellungen in Deutschland gewesen. Und obwohl sie große Bewunderung hervorgerufen hatten, hält sich der Absatz in Grenzen. „Die Deutschen finden das wohl etwas pietätlos, der Tod wird dort viel ernster und religiöser betrachtet.“



Bunte Vielfalt: Särge im afrikanischen Teshie Bild: Internet

In Teshie nahe der ghanaischen Hauptstadt Accra sind derartige Särge ganz und gar nicht ungewöhnlich, sondern Teil der landesüblichen Tradition. „Für die meisten afrikanischen Völker stellt der Tod kein definitives Ende dar“, sagt die Berner Ethnologin Regula Tschumi, „nach ihren Jenseitsvorstellungen geht es in der Welt der Toten ganz ähnlich weiter wie auf Erden.“

Schreinermeister Eric Kpakpo fertigt mittlerweile nicht mehr nur für seine Landsleute an, sondern erhält Bestellungen aus der ganzen Welt. Als sich der deutsche Bundespräsident Horst Köhler zu einem Staatsbesuch in Accra aufhielt, besuchte er wie selbstverständlich auch die Werkstatt von Eric Kpakpo.

Ideen für ihre Modelle holen sich die deutschen und englischen Bestatter auf den jährlich stattfindenden „International Funeral Awards“ (IFA). Der Wettbewerb gilt als der „Oscar der Bestatterszene“. Auch Jürgen Stahl wurde mit seiner Idee nominiert und erhielt im vergangenen Jahr den dritten Platz. *Corinna Weinert*

In Kürze

Porzellan aus Tiefenfurt

Mit seiner neuen Ausstellung erinnert das Museum Haus Schlesien an den Porzellanort Tiefenfurt, der einst den Kreisen Görlitz und Bunzlau zugeordnet war und auf dessen Poststempel stand: „Tiefenfurter Porzellan ist weltbekannt“. Bis zum 29. August zeigt das Museum die bisher größte Ausstellung mit Tiefenfurter Porzellanen. Heute noch befinden sich in manchen Haushalten Geschirre mit den bekannten Dekoren „China-Blau“ und „China-Rot“, die in ihren Fabrikmarken den Namen Tiefenfurt enthalten. Auf Sammlermärkten erfreuen sich diese Porzellane nach wie vor ungebrochener Beliebtheit.

1865, und somit immerhin 26 Jahre bevor Rosenthal seine Porzellanfabrik in Selb/Bayern gründete, begann die Porzellanherstellung in Tiefenfurt. Töpfereien und Steingutfabriken bildeten die

Export bis nach Übersee

Grundlage für drei Porzellanfabriken, die 1865, 1868 und 1890 in Tiefenfurt die Porzellanproduktion aufnahmen. Die beiden älteren Unternehmen gehörten 1872 zu den ersten deutschen Porzellanfabriken, die in der Form einer Aktiengesellschaft betrieben wurden. Aus diesen gingen später die „Schlesische Porzellanfabrik P. Donath“ und nachfolgend die „Porzellanfabrik C. H. Tuppack“ sowie die „Porzellanfabrik K. Steinmann“ hervor.

Tiefenfurt zählte 1939 etwa 1350 Einwohner. Allein in den drei feinkeramischen Großbetrieben wurden zeitweise bis zu 600 Personen beschäftigt. Von der „Schlesischen Porzellanfabrik P. Donath“ (1891 bis etwa 1920) wurden Luxus- und Gebrauchsgeschirre hergestellt, die auch nach England, USA, Russland, Frankreich, Schweden sowie in die Türkei exportiert wurden. Die „Porzellanfabrik K. Steinmann“ (1883 bis 1943/45), die um die Jahrhundertwende die dritte Tiefenfurter Porzellanfabrik, die „Silesia“, übernommen hatte, nannte vor dem Ersten Weltkrieg als Spezialität „Export-Gebrauchsartikel für alle Länder der Welt“.



Bild: Haus Schlesien

Vor allem Porzellane von Donath, Tuppack und Steinmann sind in der Ausstellung zu sehen. Sie vermittelt einen Einblick in die Vielfalt der Porzellane, die in Tiefenfurt hergestellt worden sind – bis hin zu den heute wieder besonders geschätzten Porzellanen im Art-déco-Stil. *Gerhard Schmidt-Stein*

Das Haus Schlesien – Museum für schlesische Landeskunde, Dollendorfer Straße 412, Königswinter-Heisterbacherrott, ist dienstags bis freitags von 10 bis 12 Uhr sowie von 13 bis 17 Uhr, am Wochenende und feiertags von 11 bis 18 Uhr geöffnet.

Der Polizist und die Wirtin

Drama unter Militärdiktatur

Es ist eines der blutigsten Kapitel in der Geschichte Argentiniens: Im März 1976 putschten die Machthaber von Luftwaffe, Marine und Heer gegen die Regierung unter Isabel Perón, Witwe von Juan Perón. Junta-Chef Jorge Videla leitete den sogenannten Prozess der nationalen Reorganisation ein. Tatsächlich installierte er ein totalitäres Regime, das einen schmutzigen Krieg gegen seine politischen Gegner mit drastischer Brutalität führte. In den folgenden sieben Jahren verschwanden etwa 30 000 Menschen spurlos, 2300 wurden nachweislich ermordet, 10 000 verhaftet. Auf das Schicksal der Vermissten, unter denen sich zahlreiche Studenten befanden, machten ab 1977 die „Maiplatz-Mütter“ aufmerksam. Sie demonstrierten vor dem Regierungsgebäude, um Kenntnis über den Verbleib ihrer Kinder zu erhalten, und wurden selbst zu Opfern der Repression.

In dieser Zeit siedelt Norma Huidobro, geboren 1949 in der Provinz Buenos Aires, ihr Romandebüt „Der verlorene Ort“ an. Der Leser findet sich in einem Bergdorf im Nordwesten Argentiniens wieder. Dort in der von den Anden durchzogenen Grenzregion mit Bolivien und Chile treffen zwei unterschiedliche Charaktere aufeinander: die junge introvertierte Wirtin Maria Valdivieso und der korpulente, launische Polizist Ferroni, der aus der Hauptstadt angereist ist. Ferroni ist auf der Suche nach Matilde, der Frau eines Gewerkschafters aus Buenos Aires, die als vermisst gemeldet wurde. Die Briefe ihrer Freundin Matilde waren die einzige Verbindung zur Außenwelt für Maria, die mit ihrer garstigen Großmutter und einer weisen Indianerin im Ort lebt.

Der Ermittler versucht abwechselnd schmeichelnd und drohend, die Tresendame auszuhorchen. Doch Maria traut ihrem Gegenüber nicht und hält sich bedeckt: „Maria Valdivieso mit ihren Augen aus Stein. Maria Valdivieso verletzt mit ihren Augen aus Stein die Augen der Menschen, die sie ansehen, der Menschen, die in ihre Augen aus Stein sehen. Aber Ferronis Augen verletzt Maria Valdivieso nicht, denn Ferroni ist stark und kann jeden Moment sie verletzen. Aber nein. Noch nicht.“ Längst ahnt sie, dass ihre Freundin in Schwierigkeiten steckt. Die Spannung wächst, als der Polizist Maria immer weiter unter Druck setzt und sich selbst plötzlich an ein traumatisches Kindheitserlebnis erinnert.

Frau soll ihre Freundin verraten

Huidobro, die für ihr Debüt den renommierten Premio Clarín erhielt, ist ein feinsinnig-psychologischer Roman gelungen. Die Autorin verbindet argentinisches Lebensgefühl zwischen langen Röcken und gefüllten Maisteigtaschen mit einer weiblichen Weltsicht und männlichen Diktaturverbrechen. Ihre Figuren wie die Großmutter und die Indianerin scheinen einem Märchen entsprungen zu sein. Tatsächlich hat Huidobro in der Vergangenheit zahlreiche Kinder- und Jugendbücher veröffentlicht. Sie ist Literaturprofessorin und leitet eine Schreibschule. Die Autorin bekennt sich als Feministin, doch ihre Umsetzungen erscheinen zu konstruiert. Die über das Buch verteilten Liebesbriefe Matildes verwischen schließlich die Grenze zwischen Sentimentalität und Kitsch.

Sophia E. Gerber

***Norma Huidobro: „Der verlorene Ort“**, Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg 2010, geb., 224 Seiten, 18 Euro*



Missglückte Fürsprache

Plädoyer für türkische Immigraten mutiert zur Anklage

Bei Leon sind die Eltern geschieden, Darius kennt gar keinen Vater, Sarah zieht mit ihrer Familie von der Großstadt aufs Land nach Brandenburg, Maries Mutter stirbt, als sie sechs ist, Sarinas kleiner Bruder ist dauerhaft krank und Jonas Eltern sprechen nach einem Streit nicht mehr mit seinen Großeltern mütterlicherseits; jedes dieser Kinder hat sein Päckchen zu tragen und nur wenige wachsen in einer perfekten, konfliktfreien Welt auf. Und bei jenen, bei denen das so zu sein scheint, entpuppt sich dieser schöne Schein manchmal als bloße Fassade. Mit dieser Erkenntnis im Hinterkopf nervt das Buch „Jung, erfolgreich, türkisch – Ein etwas anderes Porträt der Migranten in Deutschland“ häufig einfach nur. Wobei es nicht die Einzelschicksale sind, die die Autoren Erkan Arikan und Murat Ham anführen. Diese 17 Kurzbiographien in Deutschland lebender Menschen mit türkischen Wurzeln machen die Veröffentlichung sogar lesenswert. Anders als die im Buch verstreuten Kapitel der Herausgeber. Diese sind Ratschläge für eine bessere und auch notwendige Integration, doch der Tenor dieser in erster Linie an die aufnehmende Gesellschaft in Deutschland gerichteten Ausführungen ist derart fordernd, mahnend und belehrend, dass er einfach nur verstimmt. Zumal der Nachwuchs nach Deutschland eingewanderter Türken ständig in die Rolle der vernachlässigten, unterschätzen Opfer gedrückt wird. „Nach dem Abitur ging Arzu zur Uni, wo sie eine andere Spezies traf: reich, verwöhnt, gelangweilt. Sie waren Gäste auf den Empfängen, bei denen sie kellnerte“, schreiben die Autoren mitleidsheischend. Doch den nicht türkischstämmigen Leser, der zufälligerweise auch kellnerte, um sein Studium zu finanzieren, und ebenfalls nicht dieser verwöhnten Spezies, die eine Minderheit ist, angehörte, ärgern derartige Formulierungen nur.

Junge Türken werden als Opfer dargestellt

Und auch wenn es ohne Zweifel stimmt, dass Personen mit türkischen Hintergrund trotz guter Ausbildung auf dem Arbeitsmarkt mit Vorurteilen zu kämpfen haben, so können diese nicht von ungefähr. Vorurteile gibt es immer und überall und sie sind zwar schlimm, aber man kann sie durch positive Gegenbeispiele widerlegen und genau das haben ja die im Buch vorgestellten 17 Personen getan.

„Meine Deutschkenntnisse sind der Schlüssel zu meinem beruflichen Erfolg, aber auch der Grund dafür, dass ich mich in Deutschland zu Hause fühle“, so die Journalistin Hatice Akyün.

Wer die 40-jährige, in Zentralanatolien geborene Frau sieht, erblickt eine elegante deutsche Frau mit südländischen Wurzeln. Ihre Wurzeln bestimmen ihr deutsches Leben nicht viel anders, als es bei anderen die bayrischen oder schwedischen täten. Und Hatice Akyün bringt das Problem vieler in Deutschland lebender Kinder mit türkischen Eltern, die nicht wissen, wo sie hingehören, knapp auf den Punkt: „Ich bin überzeugt davon, dass eine gesellschaftliche Veränderung nur dann erfolgt, wenn Kinder, egal welchen sozialen Hintergrund sie haben, bereits im Vorschulalter an die Hand genommen werden“ ... und die deutsche Sprache lernen.

Dass die deutsche Sprache in manchen türkischstämmigen Familien nicht gern gehört wird, liegt schlicht daran, dass die Eltern sie nicht gut verstehen und deswegen von ihren Kindern verlangen, jene Sprache zu sprechen, die auch sie voll erfassen. Hiervon berichten auch einige der 17 Befragten, doch alle sind trotzdem ihren Weg gegangen, haben häufig Abitur gemacht und einen Beruf gefunden, der sie ausfüllt und finanziell unabhängig macht.

Rebecca Bellano

***Erkan Arikan, Murat Ham: „Jung, erfolgreich, türkisch – Ein etwas anderes Porträt der Migranten in Deutschland“**, Ehrenwirth, Bergisch Gladbach 2009, geb., 235 Seiten, 19,95 Euro*



Leider keine Paparazzi-Parodie

Kriegsreporter zählt die Höhepunkte seiner Berufslaufbahn auf

„Adabei“ nennt der Wiener Volksmund Typen wie Perry Kretz, einen „Auchdabei“, einen „Wichtigmacher“. Nach eigener Aussage ist er ein Nichtskönner: Bei der Suche nach seinen „Talenten“ wurde er „nicht fündig“, ein US-Offizier zeigte ihm an einer Kamera, „wie Auslöser, Sucher, Blende und Zeiteinstellung funktionierten“ – mehr braucht's nicht für einen „Kriegsreporter“, der ruhig Halbanalphabet sein dürfe, denn „das Schreiben von Artikeln liegt mir nicht“. Ist das eine Paparazzi-Parodie? Wie kommt so etwas ins Programm eines klassischen deutschen Verlags, zu dessen Hausautoren einst Heinrich Heine gehörte?

Kretz, geboren 1933 in Köln, legt sich schon 1944 mit der Gestapo an, ist nach Kriegsende Boxer, Schwarzmarkthändler, Radrennfahrer. 1947 taucht er in den USA auf, ist erst bei der Mafia aktiv, dann bei der Army, 1957 bei der New Yorker Polizei: Wo etwas „los“ war, da war Perry „adabei“, als „Polizeifotograf“ und Überflieger. 1969 war er kurz in Hamburg zu Besuch, wo ihn „Stern“-Chef Nannen umgehend abwarb, woraus „schließlich 35 Jahre Arbeit für den ‚Stern‘ werden sollten“.

Was für eine Arbeit? Schreiben kann er nicht, fotografieren auch nicht besonders (nach den im Buch überreichlich abgedruckten Bildern zu urteilen), aber das braucht ein moderner Baron Münchhausen auch nicht. Kretz war in allen Erdteilen, bei zahllosen Konflikten, immer in vorderster Linie, stets auf Augenhöhe mit Gangstern, Militärs, Politikern, Prominenten oder wenigstens mit deren Doppelgängern: „Drinnen saß im Kerzenlicht Che Guevara. Jedenfalls sah ihm El Comandante mit seinem Bart verdammt ähnlich.“ Baskenland und Bagdad, Baby Doc und Bin Laden, Straßenkinder in Bogota und Kriegswaisen in Vietnam, Hinrichtungen und Gefängnisalltag in den USA – Adabei globalisiert! Glaubwürdig? 1992 und 1994 will er ein paar Tage in Bosnien gewesen sein, was mir (der ich Bosnien wie meine Hosentasche kenne) wenig glaubhaft erscheint. Gesehen und erlebt hat er offenkundig wenig, aber angenehme Zeit in der Hotelbar verbracht.

Was immer Kretz widerfuhr, hat er im Stil eines Klippschul-Aufsatzes niedergeschrieben, dabei oft erwähnt, wer ihn wann „begleitet“ hat. Spaßig ist allein, wie und wo Kretz seinen Hausausweis vom „Stern“ als Sesam-öffne-dich zückt – in den 1980er Jahren, als der „Stern“ nur wegen gefälschter Hitler-Tagebücher „berühmt“ war und jeder deutsche Journalist sich lieber die Zunge abgebissen hätte, als seine Zugehörigkeit zu Nannens Rosstäuschern einzugestehen.

Wolf Oschlies

***Perry Kretz: „Augen auf und durch – Mein Leben als Kriegsreporter“**, Hoffmann und Campe, Hamburg 2010, geb., 352 Seiten, 25 Euro*

Licht und Schatten

Analyse der deutschen Geschichte

Die deutsche Geschichte lief nicht automatisch auf Adolf Hitler zu. Mit diesen Worten lässt sich Alexander Gaulands schmaler Band „Die Deutschen und ihre Geschichte“ zusammenfassen. Der Autor ist ein bekennender Konservativer. Seine Artikel erscheinen heute vor allem im „Tagesspiegel“ oder in der „Welt“. Für Caspar von Schrenck-Notzings „Criticón“ hat er in den 70er und 80er Jahren einige noch immer lesenswerte Autorenporträts vornehmlich englischer Schriftsteller geliefert. Zuletzt war der 1941 geborene Gauland, der einst auch als Staatssekretär in der hessischen Staatskanzlei diente, als Herausgeber und Geschäftsführer der „Märkischen Allgemeinen“ tätig.

Wer in der Geschichtswissenschaft nicht dem Kult des Bruchstücks huldigt und sich bei Autoren wie Joachim Fest, Golo Mann oder Sebastian Haffner zuhause fühlt, wird sich auch von Gaulands jüngstem Werk angesprochen fühlen. Das Buch ist angenehm kurz, die Prosa elegant und gut lesbar.

Durchaus kritisch äußert sich der Autor zum „Lebensgesetz Preußens“, insbesondere aber auch zur „Radikalität“ im Handeln von Friedrich dem Großen: „So haben schließlich der preußische Klassizismus und Fontane mehr für die Stabilität dieses Staatswesens getan als die Eroberung Schlesiens. Doch trotz dieser kulturellen Leistungen bleibt der Satz des Historikers Erdmann gültig, dass es keine preußische Idee gab, mit der dieser Staat – anders als Frankreich, England oder auch Spanien – in die Welt hätte hinauswirken wollen.“

»Fontane effektiver als Schlesische Kriege«

Um mehr Gerechtigkeit plädiert Gauland auch im Hinblick auf die Beurteilung der Jahre nach dem Wiener Kongress. Sie seien nicht Sinnbild für Reaktion, Stillstand oder Verzopftheit, sondern glückliche und friedliche Jahre, „in denen der Metternichsche Pessimismus für eine ungestörte Privatheit sorgte, deren ästhetischer Ausdruck das Biedermeier war“. Während das Werk Bismarcks durchaus Anerkennung erfährt, fällt das Urteil über die wilhelminische Gesellschaft scharf aus. Die bürgerliche Gesellschaft der damaligen Zeit sei eine „Gesellschaft ohne Selbstbewusstsein“ gewesen.

Dass eine solche Gestalt wie Hitler sich die Macht in Deutschland ergaunerte, habe viel mit den Belastungen des Versailler Vertrages sowie den Belastungen der Weimarer Republik an ihrem Beginn durch Niederlage und Inflation zu tun. Bismarck, Friedrich der Große oder auch Luther waren jedenfalls keine direkten Vorfahren Hitlers.

Mit der Wiedervereinigungspolitik Helmut Kohls kam die deutsche Geschichte dann doch an ein (vorläufiges) glückliches Ende: „Seit Bismarcks Bündnissystem von den Nachfolgern aufgegeben worden war, war es das erste Mal, dass ein deutscher Regierungschef wieder Weltpolitik machte, ohne das Land ins Chaos zu führen.“

Ansgar Lange

***Alexander Gauland: „Die Deutschen und ihre Geschichte“**, wjs Verlag, Berlin 2009, kartoniert, 167 Seiten, 19,95 Euro*



Konferenz der Detektive

Der Tod eines Meisterschnüfflers gibt Rätsel auf

Wem Krimi-Klassiker wie Sherlock Holmes gefallen, der sollte den Roman „Das Rätsel von Paris“ des argentinischen Erfolgsautors Pablo De Santis versuchen: Wir schreiben das Jahr 1889, als sich in Paris, kurz vor Beginn der Weltausstellung, die zwölf berühmtesten Detektive der Welt treffen, um ihrerseits eine Ausstellung über die Zunft der Detektive vorzubereiten. Der argentinische Detektiv Craig schickt zum Missfallen der elf anderen jedoch lediglich einen Lehrling seiner Assistentenschule. Sigmundo Salvatrio, Sohn eines Schusters, ist jedoch alles andere als auf den Kopf gefallen. Als sich die mysteriösen Ereignisse um den großen Eisenturm, das Krönungsobjekt der Weltausstellung, zu häufen beginnen, macht auch Sigmundo sich auf die Suche nach des Rätsels Lösung. Der Paris überragende Turm Gustav Eiffels scheint nichts Gutes zu verheißen.

„Monumental reckte sich der Turm dem grauen Himmel entgegen und verdeutlichte ihm seine fehlende Bestimmung. Er schien allein für verregnete, wolkenverhangene Tage gemacht zu sein ... ‚Sie haben Louis Darbon umgebracht‘, rief Benito, als er auf meiner Höhe war. Ich hatte den Eindruck immer noch zu träumen. Wie konnte es sein, dass einer der Detektive ermordet worden war? Waren sie nicht unsterblich? ... Nach einem 20-minütigen Hindernislauf erreichten wir schließlich den Fuß des schmiedeeisernen Turms ... ‚Was ist passiert?‘ ‚Darbon hatte die Feinde des Turms im Visier. In jüngster Zeit hatten sie hunderte anonymer Briefe geschickt und ein paar kleinere Anschläge verübt. Er ist in jener Nacht auf den Turm geklettert, weil er einer Spur folgen wollte. Allein. Von der zweiten Plattform ist er dann hinuntergestürzt.‘“

Spurensuche im Paris des Jahres 1889

Der polnische Detektiv Arzaky beschließt, die mysteriösen Umstände, die zum Sturz seines Kollegen Darbon vom Eisenturm führten, aufzuklären und wählt Sigmundo zu dessen großem Erstaunen als seinen Adlatus.

Schon bald kristallisiert sich heraus, dass Sigmundo anders ist als die Assistenten der anderen Detektive. Er ermittelt auf eigene Faust, benutzt seinen eignen Kopf und steht am Ende vor der großen Aufgabe, die einzelnen Puzzleteile zu einem sinnvollen Ganzen zusammenzufügen. Wieso musste der Detektiv Darbon sterben, warum hält der holländische Detektiv Castelvetia die Identität seines Assistenten geheim, was hat die bildhübsche Sirene mit der Zunft der Detektive zu tun, und wer sind die geheimnisvollen Feinde des düsteren Turms?

Einer Sache ist sich der junge Adlatus jedoch gewiss, die Ehre und die Reputation der traditionsreichen Zunft der Detektive stehen auf dem Spiel.

Pablo De Santis „Das Rätsel von Paris“ wurde 2007 mit dem Premio Casamèrica ausgezeichnet und ist ein spannender klassischer Detektivroman, wie er im Buche steht.

Vanessa Ney

***Pablo De Santis: „Das Rätsel von Paris“**, Unionsverlag, Zürich 2010, geb., 308 Seiten, 19,90 Euro*

Heimatklänge aus Ostpreußen

Lieder, Gedichte und Schmunzelgeschichten mit Agnes Miegel, Marion Lindt, Ruth Geede und Dr. Alfred Lau

CD

Die schönsten Lieder und Tänze aus der alten deutschen Provinz Ostpreußen verbinden sich auf diesem Tonträger mit wunderbaren Schmunzelgeschichten in ostpreußischem Dialekt, mit humorvollen Vertellkes und nostalgisch-wehmütigen Gedichten zu einem unvergeßlichen Reigen aus ostpreußischen Heimatklängen.Für viele Ostpreußen ist dieses Hörerlebnis eine akustische Wiederbegegnung mit unvergessenen Interpreten wie Marion Lindt, Ruth Geede und dem gebürtigen Insterburger Dr. Alfred Lau. Und auch die Stimme Agnes Miegels, der Königsberger Dichterin, die von ihren Landsleuten den Ehrentitel „Mutter Ostpreußen" erhielt, ist zu hören. Mit ihrem Gedicht „Es war ein Land" gab sie dem Zauber der Erinnerung an das „Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen" den wohl schönsten lyrischen Ton.
So finden auf dieser CD Musik und Wort zu einer klanglichen Einheit, die heimatliches Erinnern und Bewahren verbinden und auch den Nachgeborenen Freude am Neuentdecken der ostpreußischen Kultur geben möchte.
Aus dem Inhalt: Land der dunklen Wälder – Ostpreußenlied (Brust/Hannighofer), Bergedorfer Kammerchor, 1:50, Brief an den treulosen Heinrich / Sprecherin. Marion Lindt, 2:45, Goldaper Kirmestanz (Volksweise), 0:48, De Brautschau / Sprecher: Dr. Alfred Lau, 3:07, Anke von Tharaw (Silcher / Dach), Karl-Horst Schröder, Bariton, 2:11, u.v.m
Gesamtlaufzeit: 1:17:25
Best.-Nr.: 6770, € 12,95



Schlesien-Schlüsselanhänger



Best.-Nr.: 6779, € 5,95

Sudetenland-Schlüsselanhänger



Best.-Nr.: 6879, € 5,95

Die schönsten Kinderlieder



CD

Fuchs, du hast die Gans gestohlen
Die schönsten Kinderlieder (Folge 2)
Fuchs, du hast die Gans gestohlen • Es tanzt ein Bi-Ba-Butzemann • Grün, grün, grün sind alle meine Kleider • Suse, liebe Suse • Trarira, der Sommer, der ist da • Kleine Meise • Eine kleine Geige • u.v.a.
Rundfunk-Kinderchor Berlin, Pilharmonischer Kinderchor Dresden u.a.
Best.-Nr.: 6449, € 12,95

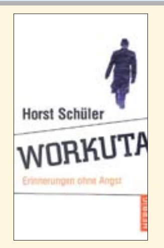
Ein Männlein steht im Walde
Die schönsten alten Kinderlieder
Hänschen klein • Jetzt kommen viele Musikanten • Kuckuck, Kuckuck ruft´s aus dem Wald • Alle meine Entchen • Ich bin die Frau Hummel • Ein Männlein steht im Walde • Der Schaffner hebt den Stab • Liebe Schwester, tanz mit mir • Zeigt her eure Füße • Backe, backe Kuchen u.a.
RUNDFUNK-KINDERCHOR BERLIN und der ARMONISCHER KINDERCHOR DRESDEN
Best.-Nr.: 6448, € 12,95



CD



Helmut Schnatz
Der Luftangriff auf Swinemünde
Dokumentation einer Tragödie
Geb., 192 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6924,
statt € 24,90 nur noch € 14,95



Horst Schüler
Workuta – Erinnerung ohne Angst
Geb., 256 Seiten mit Abbildungen
Best.-Nr.: 1015, € 9,95



Dieckert / Großmann
Der Kampf um Ostpreußen
Geb., 264 Seiten (mit 14 militärischen Lageskizzen) und 24 Bildseiten
Best.-Nr.: 1472, € 19,80



Hartmut Bachmann
Die Lüge der Klimakatastrophe
Kart., 268 Seiten
Best.-Nr.: 6314, € 18,90

Armin Fuhrer / Heinz Schön
Erich Koch – Hitlers brauner Zar
Geb., 248 Seiten
Best.-Nr.: 6913, € 24,90



Waltraut Schülke
Geliebtes Ostpreußen
Erinnerungen an Kindheit und Jugend
Kart., 48 Seiten
Best.-Nr.: 5209



Michael Grandt
Der Staatsbankrott kommt!
Gebunden, 384 Seiten
Best.-Nr.: 6940, € 19,80

statt früher € 15,90 nur noch € 7,95

Harald Saul
Unvergessliche Küche Ostpreußen
Geb. Buch, 128 Seiten
Best.-Nr.: 6820



lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

Ron Paul
Befreit die Welt von der US-Notenbank!
Die Fed ist korrupt und verfassungswidrig ...
... diese These untermauert der US-Kongressabgeordnete Ron Paul in seinem Buch "Befreit die Welt von der US-Notenbank!". Er bezieht sich auf die amerikanische Geschichte und die Wirtschaftswissenschaft, vor allem aber liefert er faszinierende Berichte aus seiner eigenen langjährigen politischen Tätigkeit. Die Fed inflationiert die Währung in einem Maße fast wie einstmals in Weimar oder heute in Zimbabwe. Sie droht die Welt damit in eine Depression zu stürzen, in der selbst 100-Dollar-Scheine nur noch wertloses Papier darstellen. Kaum jemand ist sich darüber im Klaren, dass die Fed - die einst von den Morgans und Rockefellers in einem privaten Club vor der Küste von Georgia ins Leben gerufen wurde - den persönlichen Interessen der Bürger entgegenwirkt. Pauls Appell an die Bürger und an die Vertreter von Staat und Regierung macht uns eindringlich klar, was falsch gelaufen ist und was nun unternommen werden muss, um die Weltwirtschaft im Interesse der kommenden Generationen wieder auf den richtigen Kurs zu bringen. Tatsache ist: Die Federal Reserve ist ein Kartell privater Bankunternehmen, die Geld an die Vereinigten Staaten verleihen. Sie präsentiert sich wie eine Regierungsbehörde. Doch genau das ist sie nicht! Durch die Inflationierung der Geldmenge und ihr Eingreifen in die freien Märkte trägt die Federal Reserve Bank die Schuld an der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise. "Eine so deutliche Abrechnung mit dem Zentralbankwesen hat es seit dem 19. Jahrhundert nicht mehr gegeben. Nie zuvor ist die Fed einer so vernichtenden Kritik unterzogen worden. Sie stammt von einem Mann, der seit Beginn seiner politischen Laufbahn gegen die Fed kämpft. Mehrere Kapitel in diesem Buch dokumentieren Wortgefechte zwischen Paul und den Fed-Chefs Greenspan und Bernanke.
Gebunden,
176 Seiten
Best.-Nr.:
6953
€ 16,95





Carolin Philipps
Luise- Die Königin und ihre Geschwister
Kart., 457 Seiten mit Abbildunge
Best.-Nr.: 6942, € 12,95

Gabi Köpp
Warum war ich bloß ein Mädchen?
Das Trauma einer Flucht 1945
Geb., 158 Seiten
Best.-Nr.: 6905, € 16,95

Zogen einst fünf wilde Schwäne
24 Lieder aus Ostpreußen

Endlich wieder lieferbar!

Die vorliegende CD mit einer Auswahl der schönsten ostpreußischen Lieder schließt eine schon lange vorhandene Lücke. Kunstlied- bzw. sinfoniegewohnte Berufsmusiker, stellten ihre künstlerische Konzerterfahrung in den anspruchsvollen Dienst der Darstellung des vorliegenden Liedgutes, und zwar mit einer Hingabe, die in diesem Ausmaß überraschend und für den Wert der Musik wohl bezeichnend war.
Lieder: 1. Ännchen von Tharau, 2. Die Erde braucht Regen, 3. Sag, wohin fährst du, 4. Hab' ein Gärtlein, 5. Reiter, schmuck und fein, 6. Das Feld ist weiß, 7. Wir kommen herein, 8. Leute, steht auf, 9. Ach, Voader, leewste Voader, 10. Ging ein Weiblein Nüsse schütteln, 11. Es dunkelt schon in der Heide, 12. Abends treten Elche aus den Dünen, 13. Laßt uns all nach Hause gehen, 14, Zeit zu gehen ist's, 15. Zogen einst fünf wilde Schwäne, 16. An des Haffes anderem Strand, 17. O käm das Morgenrot herauf, 18. Et wär emoal twee Schwestre jung, 19. Es stand am Ran ein Hirtenkind, 20. Gehn will ich, 21. Land der dunklen Wälder, 22. Freiheit, die ich meine, 23. Der Vogel singt, 24. Eine Birke seh ich stehen
Best.-Nr.: 6934
Hörproben finden Sie auch meiner Internetseite

CD

€ 12,95

Deutsche Flüchtlinge in Dänemark

Leif Guldmann Ipsen
Menschen hinter Stacheldraht
Flüchtlinglager in Oksböl 1945–1949
Geb., 133 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 1719, € 29,95



Aren Gammelgaard
Auf Führerbefehl in Dänemark
Dtsch. Flüchtlinge 1945–1949
Geb., 242 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 5173, € 35,00



Arne Gammelgaard
Treibholz
Deutsche Flüchtlinge in Dänemark 1945–49
Geb., 160 Seiten
Best.-Nr.: 1823, € 24,95





Donga- Sylvester/ Czernetzky/ Toma (Hg.)
Ihr verreckt hier bei ehrlicher Arbeit!
Deutsche im Gulag
Geb., 367 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6862
statt € 26,90 nur noch € 14,95

Elchschaufel-Schlüsselanhänger



Elchschaufel-Schlüsselanhänger
Best.-Nr.: 6638, € 4,95

Abzeichen Volksabstimmung Ostpreußen



Replik eines Originalabzeichens
Inschrift: Abstimmung: Ost- und Westpreußen 11.7. 1920
Durchmesser: 25 mm an Nadel mit Sicherungshülse
Best.-Nr.: 6925, € 6,95



Doppel-CD

Georg Friedrich Händel
Orgelkonzerte Op. 4
Johannes- Ernst Köhler, Orgel und dem Kammerorchester der Staatskappelle Weimar
Aufnahme von 1975, Spieldauer: CD 1: 52,50, CD 2: 56,36
Best.-Nr.: 6915, € 16,95



CD

Orgelkonzert mit Günther Ramin
in der Thomaskirche zu Leipzig: Reger und Bach.
Historische Aufnahmen von 1946 - 1951
Gesamtspieldauer: 54:03 Min
Best.-Nr.: 6954, € 9,95

CD

Saint-Saëns und Poulenc
Camille Saint-Saëns: Orgelsymphonie No. 3, C- Moll
Francis Poulenc: Orgelkonzert G- Moll
Joachim Dalitz, Orgel und dem Berliner Sinfonie,
Gesamtspieldauer: 58:52 Min
Best.-Nr.: 6951, € 9,95



CD

Gottfried Piefke
Preußische Armeemärsche
Stabsmusikkorps Berlin
Mit dem Großen Zapfenstreich, Preußens Gloria, u.v.m.
23 Titel,
Gesamtspielzeit: 46:55 Min
Best.-Nr.: 6894, € 13,90

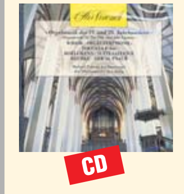
CD

Die Trost-Orgel der Schloßkirche zu Altenburg
Krebs-Orgelwerke, 14 Titel,
Spieldauer: 53:03 Min
Best.-Nr.: 6946, € 9,95



CD

Musik für Horn und Orgel
Krebs, Finger, Homilius, Viviani, Poulenc, Krol
18 Titel,
Spieldauer: 55:37 Min
Best.-Nr.: 6947, € 9,95



CD

Orgelmusik des 19. und 20. Jahrhunderts
Widor, Boellmann, Reubke
9 Titel,
Spieldauer: 48:22 Min
Best.-Nr.: 6948, € 9,95

Heimat-Anstecker



Ostpreußen-Provinz-Anstecker Best.-Nr.: 5889
Ostpreußen-Elchschaufel-Anstecker Best.-Nr.: 6055
Königsberg-Anstecker Best.-Nr.: 6056
Westpreußen-Anstecker Best.-Nr.: 6504



Sudetenland-Anstecker Best.-Nr.: 6880
Schlesien-Anstecker Best.-Nr.: 6778
Elchschaufel-Wappen-Anstecker Best.-Nr.: 6830
Elchschaufel-Anstecker Best.-Nr.: 6642

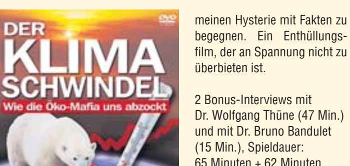




Preußenadler-Flaggen-Anstecker Best.-Nr.: 6722
Preußen-Anstecker Best.-Nr.: 6057
Pommern-Anstecker Best.-Nr.: 6928



Der Klima-Schwindel
Wie die Öko-Mafia uns abzockt
CO_2, Erderwärmung, abschmelzende Pole, dramatisch ansteigender Meeresspiegel, Treibhauseffekt – wir alle kennen diese Weltuntergangsszenarien. Doch jetzt sorgen sensationelle Enthüllungen über Fälschungen und manipulierte Daten in höchsten Kreisen der UN weltweit für Aufsehen. Ist die These vom menschengemachten Klimawandel der Bluff des Jahrhunderts? Sind wir alle Opfer einer Öko-Mafia, die uns Bürger und Steuerzahler ausnehmen will? Die Filmemacher reisten zur Internationalen Klimakonferenz nach Berlin und zum UN-Klimagipfel nach Kopenhagen. Sie trafen sich mit kritischen Wissenschaftlern und Journalisten, um der allgemeinen Hysterie mit Fakten zu begegnen. Ein Enthüllungsfilm, der an Spannung nicht zu überbieten ist.



2 Bonus-Interviews mit Dr. Wolfgang Thüne (47 Min.) und mit Dr. Bruno Bandulet (15 Min.), Spieldauer:
65 Minuten + 62 Minuten Bonusfilme

Best.-Nr.: 6949





Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Geburten gehen weiter zurück

Wiesbaden – Erneut wurden 2009 in Deutschland weniger Kinder geboren als im Vorjahr. Die Zahl der Geburten sank um 24000 oder 3,6 Prozent auf 651000, so das Statistische Bundesamt in Wiesbaden. 2009 starben 190000 Menschen mehr als geboren wurden, 2008 hatte der Negativsaldo noch bei 168000 gelegen. Insgesamt lebten Ende November 2009 81,84 Millionen Menschen in Deutschland, 211000 weniger als ein Jahr zuvor. *H.H.*

Staat: weniger Beschäftigte

Berlin – Die Zahl der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst bei Ländern und Gemeinden ist von 2000 bis 2008 um rund 600000 auf 3,2 Millionen gesunken. Beim Bund schrumpfte ihre Zahl (ohne Soldaten) im gleichen Zeitraum von 315460 auf 278602. Dies gab die Bundesregierung bekannt. Viele öffentliche Aufgaben wurden jedoch an private Firmen vergeben, die aus dem Steuersäckel bezahlt werden, so dass die Einspareffekte überschaubar blieben. *H.H.*

ZUR PERSON

Mehr als nur ein großer Name?

Benigno Aquino III. will seine Macht als neu gewählter Präsident der Philippinen nutzen, um die ausufernde Bestechlichkeit im Lande zu bekämpfen. In einem Volk, in dem ein Drittel der Menschen von einem Dollar pro Tag lebe, seien jahrzehntelang bedeutende Teile des Volksvermögens veruntreut worden, so der 50-Jährige nach seinem erdrutschartigen Wahlsieg im Mai.

Aquino trägt einen großen Namen: Sein Vater Benigno wurde unter Diktator Ferdinand Marcos ermordet, seine Mutter Corazon, die 2009 an Krebs starb, war nach Jahren im US-Exil die erste demokratische Präsidentin nach dem Sturz des Despoten Ferdinand Marcos 1986. Benigno III. löst nun die der Korruption bezichtigte Präsidentin des 90-Millionen-Volkes, Gloria Arroyo, ab. „Ate Glo“ durfte wegen der Beschränkung der Amtszeit auf zwei Perioden nicht mehr antreten.

Sein größter Herausforderer Joseph Estrada (Erap), ein Ex-Schauspieler, kam nur auf 25,5 Prozent der Stimmen, während Aquino 40,2 Prozent auf sich vereinigte. Estrada war wegen angeblicher Plünderung des Volksvermögens, Meineids und Korruption 2001 aus dem Amt des Präsidenten entfernt und ursprünglich zu lebenslangem Gefängnis verurteilt, dann aber wegen Falschaussagen seiner Ankläger begnadigt wurde.



Neben der Korruption und den Widerständen aus der herrschenden Finanzklasse gegen Reformen ist der muslimische Süden des Landes mit seinen beinahe täglichen Terroranschlägen das Hauptproblem der neuen Regierung. Doch die größte Rebellengruppe, die Moro Islamic Liberation Front, will mit Aquino verhandeln. Da er nicht durch Wahlbetrug in sein Amt gekommen ist, sehen selbst die Rebellen in ihm eine moralische Autorität *J. Feyerabend*



Zeichnung: Mohr

Ruhe bitte!

Warum Josef Ackermann schweigen soll, wie Sarkozy Merkel vor die Kanone band, und was die Deutschen nie erfahren dürfen / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Sie haben uns nicht die Wahrheit gesagt, diese Bankleute. Deshalb sind wir in diese Krise gerutscht, die wir erst bemerkt haben, als alles im Dreck saß. Politiker, vor allem die von links der Mitte, werden nicht müde, den Geldsäcken die Schönfärberei vorzuhalten, mit der sie „uns getäuscht haben“.

Es gibt in den Augen unserer Politiker aber noch etwas, das weit verachtungswürdiger ist, als uns nicht die Wahrheit zu sagen, nämlich, uns die Wahrheit zu sagen. Wie bitte? Doch, doch: „Er hätte einfach mal die Klappe halten sollen“, schnaubte Renate Künast dem Josef Ackermann dieser Tage ins Gesicht. Was der vielgehasste Mann Böses gesagt hat? Nun, Griechenland (das nach Auffassung der allermeisten Deutschen schlicht pleite ist) sei seiner Auffassung nach schlicht pleite, das hat er gesagt. „Unverantwortlich“ sei das, donnert es ihm von allen Seiten entgegen. Mit solchen Aussagen „verunsichere“ er die Märkte. Da loben wir uns doch die US-Ratingagenturen, die den Märkten hinsichtlich Lehman Brothers und Co. jahrelang ein beruhigendes Schlaflied sangen. Dass die Markthalle lichterloh brannte, merkten wir erst, als die Flammen auf deutsche Sparkonten übergesprungen waren.

So macht man das als verantwortungsbewusster Geldakrobat, Herr Ackermann! Also halten Sie bitte den Rand, wir verbitten uns jede weitere Beunruhigung.

Ach ja, Ruhe ... einfach schlafen gehen und alles wird gut, das wär's. Wünschen wir uns nicht jeden Tag, dass wir das ganze Zeug nur träumen? Wenn wir träumen, dann jedoch bitte nur das Richtige, warnen uns wohlmeinende Fachleute, die einen ganz fatalen Traum ausgemacht haben: Die Hälfte der Deutschen wünscht sich laut Allensbach-Umfrage die D-Mark zurück. Das sei gefährliches Wunschdenken, mahnen uns die Verantwortlichen. Der Euro sei nämlich „unumkehrbar“, an ihm hänge gar unser „Schicksal“. Anders gesagt: Wir sind im Euro gefangen, die Schlüssel haben sie weggeworfen. Schon deshalb sollen wir uns und die Märkte mit aller Macht beruhigen. Es ist die Ruhe desjenigen, der alle Hoffnung fahren ließ, weil er schon auf dem Schafott steht. Manche Beobachter vergleichen die Appelle für den Kampf um den Euro gar mit den Durchhalteparolen der letzten Kriegstage: Weitermachen! Es kann doch nicht alles umsonst gewesen sein!

Ein US-Ökonom warnt zudem, dass man den Euro nicht einfach so abwickeln könne, weil so etwas in Demokratien erst monatelang oder länger öffentlich diskutiert werden müsse. In der Zeit würde alles aus den Fugen geraten, was aus den Fugen geraten könne.

Da merkt man, dass der Mann Amerikaner ist. Bei uns wird nur Klimperkram öffentlich verhandelt. In der Tradition von Europas absolutistischen Monarchen und schneidigen Diktatoren erörtern unsere Führer die wirklich wichtigen Sachen ganz unter sich. Über das 750-Milliarden-Umverteilungsmonster wurde daher in (oder gar mit) der Öffentlichkeit keine lumpige Sekunde lang gesprochen. Die Deutschen erfuhren abends aus den Nachrichten, dass ihr Geld ab sofort allen gehört.

> Für uns ist Europa Schicksal, sagt Berlin. Für die anderen ist es bloß Geld. Also zahlen wir.

Im Bundestag waren einige Politiker dann allerdings ein bisschen verlegen deswegen. Musste denn jedem Hanswurst so dick aufs Brot geschmiert werden, dass das Parlament, das sich in endlosen Sitzungen über die Freigabe von ein paar läppischen Millionen zerfleischt, bei 750 Milliarden keinen Pieps zu sagen hatte außer „Ja“?

Schnell musste irgendetwas gefunden werden, das man „energisch fordern“ konnte, um den (zutreffenden) Eindruck von der eigenen Bedeutungslosigkeit in dieser Frage zu kaschieren. Man fand die „Transaktionssteuer“ und schleppte sie solange als demokratische Trophäe durch den Reichstag, bis auch die Kanzlerin ihren Hut zog und zustimmte. „Die haben wir durchgesetzt“, prahlen jetzt alle, auch die, die eigentlich dagegen waren.

Bei dem 750-Milliarden-Poker habe sich die französische Position „zu 95 Prozent“ durchgesetzt, jubelt Nicolas Sarkozy. Um das hinzukriegen, hat der Franzosen-Präsident die deutsche Kanzlerin regelrecht vor die Kanone gebunden und mit der Lunte gefuchtelt, petzen spanische Zeugen: Wenn Merkel dem Paket, das hauptsächlich zulasten der Deutschen gehen wird, nicht zustimme, dann würde Frankreich den Euro verlassen, soll er gedroht haben. Eine Margret Thatcher an Merkels Stelle hätte dem Franzosen da nur noch kühl „good bye“ gewünscht. Angela Merkel gab ihm, was er wollte. Für uns Deutsche ist der Euro eben „unser Schicksal“, für die Franzosen ist es bloß „unser Geld“.

Und davon kann man sich so viel nachdrucken wie man lustig ist. Die Mittelmeervölker sind legendär lustig, was sich auch in ihren flimmernden Währungen niederschlägt, hießen sie nun Escudo oder Drachme, Lira, Peseta oder Euro.

Die Deutschen müssen sich an all das erst noch gewöhnen, ihre eigenen Gelddruckereien liefen normalerweise ganz sachte im Gleichklang mit dem Wirtschaftswachstum. Sie können nicht vergessen, wie schnell ihr Geld in der Hitze rasender Druckmaschinen zweimal verdunstet ist.

Um ihnen die Gewöhnung zu erleichtern, haben sich die Herren des Euro eine besonders raffinierte Therapie ausgedacht: Ab Herbst 2011 soll Bundesbankchef Axel Weber an die Spitze der Europäischen Zentralbank rücken. Damit bekäme die windelweiche Währung ein stahlhartes Gesicht. Tarnen und Täuschen gehört halt zum Geschäft. Die Deutschen wird das gewiss beruhigen, die Märkte vielleicht auch – für ein paar Tage zumindest.

Was aber noch besser ist: Weber, der als störender Hartwährungsfalke bereits überall aneckt, müsste bis zu seiner Wahl Kreide fressen, damit er „konsensfähig“ bleibt. Damit bliebe der nervende Teutone solange geknebelt, bis die Weichspülung abgeschlossen ist. Wenn er dann auf dem Stuhl von Jean-Claude Trichet Platz nimmt, ist sowieso alles gelaufen. Der Deutsche darf dann für Sarkozys 95 Prozent den Kopf hinhalten und „die Märkte beruhigen“, denn im EZB-Rat haben die Weichspüler bekanntlich die Mehrheit.

In Deutschland ist jedem vernünftigen Menschen klar, dass wir Schulden haben und kräftig sparen müssen. Das predigt nicht bloß die Kanzlerin. Überall soll gekürzt werden, da sind sich alle einig, das heißt, wie immer: überall, nur nicht bei mir und den Dingen, die mir wichtig sind. Aber das Problem ist nicht neu und wird die politische Führung in Berlin kaum umwerfen. Etwas anderes hingegen könnte Ungemütlichkeit auslösen: Was, wenn die Deutschen nicht nur wissen wollen, wovon gespart werden soll, sondern auch, wofür? Kühle Rechner erwarten, dass der deutsche Staat bald schon spürbar höhere Zinsen zahlen muss für seine Schulden, weil seine Bonität unter den vielen Rettungspaketen für unsere europäischen Freunde leidet. Das kostet Milliarden.

Im Klartext: Die deutschen Schulen vergammeln weiter, die deutschen Straßen verrotten noch mehr und für die Kitas ist auch kein Geld mehr da, weil sich das EU-Land X oder Y auf unsere Zinskosten verschuldet? Wie die Deutschen wohl auf diese Nachricht reagieren? „Klar doch, wir sind gute Europäer. Und da Europa für uns Deutsche Schicksal bedeutet und für die anderen Geld, nehmen wir das Schicksal an, den anderen unser Geld zu geben.“ So wäre es allen recht und der Euro könnte weiter sein Werk tun.

Doch immer mehr Deutsche haben es bedrückenderweise satt, allen recht zu sein. Machen sie mit dieser Haltung ernst, könnten sie die gesamte Idee des Euro unterminieren. Daher bedarf es noch viel mehr Aufklärungsarbeit im Sinne der europäischen Solidarität: Alle verantwortungsbewussten Europäer müssen gemeinsam dafür sorgen, dass die Deutschen nie erfahren, was wirklich mit ihnen gespielt wird. Dafür sollten wir Leute wie den Ackermann allerdings schnell in den Keller sperren, bevor der uns nochmal „beunruhigt“.

ZITATE

*Die Zeitschrift „Capital“ fragte den Vermögensverwalter **Jens Ehrhardt**, ob es den **Euro** in zehn Jahren **noch geben** werde:*

„In seiner jetzigen Form kann ich mir das nicht vorstellen. Deutschland kann die Mittelmeerländer nicht ewig mitschleifen.“

*Der 51-jährige Sozialpsychologe **Harald Welzer** im „Focus“ vom 10. Mai über die eingeschränkte **Vorbildfunktion westlicher Industrienationen**:*

„Wir haben jede Menge ungelöster Probleme und eine historisch einzigartige Generationenungerechtigkeit. Meine Generation ist noch mit dem Gedanken aufgewachsen, dass in Zukunft alles besser wird. Diese Zuversicht ist dahin. Was für ein politisches Konzept bietet man den heute 16-Jährigen, außer dass sie die Zeche für die Umweltschäden und die Staatsschulden zu zahlen haben? Darin liegt für die westeuropäischen Gesellschaften ein großes Konfliktpotenzial. Dadurch unterscheiden wir uns stark von den Schwellenländern, die gefühlt eine große Zukunft vor sich haben. Uns ist sie ziemlich abhanden gekommen.“

*Der renommierte US-Ökonom **Nouriel Roubini** warnt im „Spiegel“ vom 10. Mai vor zu viel **Staats- und Zentralbankhilfen**:*

„Wir haben uns entschieden, die Welt mit Geld zu überschwemmen, um die Volkswirtschaften zu stabilisieren. Nun laufen wir Gefahr, dass wir damit neue Übertreibungen zulassen und dieselben Fehler machen wie zuvor ... wir müssen aufpassen, dass wir nicht zu lange in diesem Modus fahren. Wir riskieren sonst, dass wir all diese Zombie-Banken, Zombie-Unternehmen und Zombie-Staaten am Leben erhalten, die besser pleitegehen sollten. Schauen sie sich die Finanzbranche an: Die Bankenindustrie ist noch größer und noch wichtiger geworden ...“

*Der FDP-Finanzexperte **Frank Schäffler** warnt eindringlich vor den Folgen des **750-Milliarden-Schirms** für notleidende Euro-Länder:*

„Damit werden die Schulden von Ländern der Euro-Zone sozialisiert. Inflation ist unweigerlich die Folge.“

Keine Bubengeschichte

Seht, der Euro ist im Steigen,
hieß es, als der Dollar fiel,
denn der Kurs, der sollte zeigen,
unsre Währung sei stabil.

Ist der Dollar jüngst gestiegen?
Nein – das wär' auch nicht so trist –
doch man hatte einst verschwiegen,
dass der Kurs nicht Kaufkraft ist!

Und jetzt merkt trotz Maasgetrichter
das geprellte Volk erschreckt:
Zapperment! Dat Ding werd lichter,
weil nur durch Papier gedeckt!

Leider fehlt ein Bauer Mecke,
der das ganze Lumpenpack
endlich rein in Säcke stecke,
zur Vermahlung rickerack ...

Pannonicus